Mittwoch, 18. September 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 217 - 38.W.-Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Wechsel: Die neue Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süssmuth (CDU), wird ihr Amt am 26. September antreten. Die Nachfolgerin von Heiner Geißler ist dann neben Bildungsministerin Wilms die zweite Frau im Kabinett.

Alfonsin: Am zweiten Tag seines offiziellen Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland hat der argentinische Präsident gestern mit Bundesaußenminister Genscher die Lage in Zentralamerika erörtert. Heute trifft Alfonsin mit Kanzler Kohl *zusammen.*

Anschläge: Von Januar bis August 1985 gab es in der Bundesrepublik Deutschland fast jeden Tag einen politisch motivierten Brand- oder Sprengstoffanschlag, erklärte Innenminister Zimmermann in Wiesbaden.

Brandt: Der SPD-Vorsitzende reist heute zu seinem dreitägigen Besuch Mitteldeutschlands nach Ost-Berlin, wo er morgen mit SED-Chef Honecker zusammentrifft. Seit seiner Begegnung mit dem damaligen Ministerpräsidenten Stoph 1970 in Erfurt war Brandt nicht mehr in der „DDR". Heute trifft Honecker den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, dem gestern die Ehrendoktorwürde der Universität Jena verliehen wurde. (S. 5)

Frankreich: Das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior" ist nach einem Bericht der Pariser Zeitung „Le Monde" am 10. Juli in Auckland von zwei französischen Agenten versenkt worden, die in dem von Staatspräsident Mitterrand angeforderten Bericht gar nicht erwähnt werden. Das Blatt beruft sich auf „übereinstimmende Quellen".

Abrüstung: Die Hauptunterhändler der USA und der Sowjetunion bei den Rüstungskontrollgesprächen in Genf, Kampelman und Karpow, *haben sich* gegenseitig vorgeworfen, Fortschritte bei der Begrenzung von Atomrüstung zu blockieren. Nach einer Pause von zwei Monaten werden die Genfer Gespräche morgen wiederaufgenommen.

Südafrika: In einem Zeitungsinterview hat der südafrikanische Minister für Recht und Ordnung, Louis Le Grange, angedeutet, daß der vor neun Wochen über 36 Bezirke verhängte Ausnahmezustand in absehbarer Zeit wiederaufgehoben werden könnte.

Thailand: Im Zusammenhang mit dem am Montag vergangener Woche gescheiterten Putsch haben die Sicherheitsbehörden gegen 33 Personen Haftbefehl erlassen, darunter auch gegen den ehemaligen Premierminister Kriangsak Chomanand.

WIRTSCHAFT

Inflation: Die Bundesrepublik Deutschland ist 1984 im Kampf gegen die Inflation unter den westlichen Industrieländern am erfolgreichsten gewesen. Mit einer Preissteigerungsrate von zwei Prozent liegt sie noch vor der Schweiz mit 2,2 Prozent und Japan mit 2,6 Prozent. (S. 14)

Luftfahrt: Die Deutsche Lufthansa hat bei der US-Flugzeugfirma Boeing zehn Flugzeuge vom Typ Boeing 737-300 für rund 280 Millionen Dollar (etwa 840 Millionen DM) bestellt.

Nutzfahrzeuge: Was bislang noch keinem ausländischen Hersteller auf dem britischen Markt gelungen war, hat Daimler-Benz jetzt geschafft: Das deutsche Unternehmen hat sich im Bereich der schweren Lkw (über 3,5 Tonnen) in die Spitzengruppe der drei bestverkauften Marken geschoben. Der Marktanteil von Daimler-Benz im Bereich schwere *Nutzfahrzeuge hat sich von 9,3 auf* 11,5 Prozent erhöht. (S. 15)

US-Defizit: Die Vereinigten Staaten sind zu einem Netto-Schuldnerland geworden, das heißt, in Form von Geld- und Sachvermögen schulden sie dem Ausland mehr als umgekehrt. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington verfügten die USA Ende 1984 noch über einen Überschuß von 28,2 Milliarden Dollar. Er verschwand im ersten Halbjahr 1985, als das Defizit in der Leistungsbilanz 62,1 Milliarden Dollar erreichte. (S. 13)

Börse: Ein neues Rekordhoch erreichten die Aktienmärkte. In gebesserter Verfassung präsentierte sich der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 216,39 (213,83). BHF-Rentenindex 105,315 (105,267). Performance-Index 107,775 (107,696). Dollarmittelkurs 2,8784 (2,9158) Mark. Goldpreis je Feinunze 317,60 (319,30) Dollar.

KULTUR

Literatur: Seit 30 Jahren werden am Becher-Institut in Leipzig „Diplom-Schriftsteller" ausgebildet. Doch unter den fast hundert Literaten, die in den letzten Jahren aus der „DDR" in den Westen gekommen sind, gibt es keine zehn Absolventen aus Leipzig. Die Geschichte des Becher-Instituts ist eigentlich nur aus der Perspektive der dort Gescheiterten interessant. (S. 23)

Emotionen: In seinem neuen Film „Rendez-Vous" ist Regisseur André Téchiné weniger an einer Geschichte interessiert als am stets anders arrangierten Aufeinanderprallen der Emotionen. Die Entdeckung des Streifens ist Juliette Binoche. Sie spielt die 18jährige Nina, die glücklich der Provinz entronnen ist und in Paris als Schauspielerin Karriere machen will. (S. 23)

SPORT

Fußball: Heinz Gründel (28) vom Bundesligaklub Hamburger SV ist der einzige Neuling im Aufgebot von Teamchef Franz Beckenbauer für das WM-Qualifikationsspiel am 25. September in Stockholm gegen Schweden. (S. 9)

Schach: Die 6. Partie um die Weltmeisterschaft in Moskau wurde von Dienstag auf Donnerstag verlegt. Herausforderer Garri Kasparow hat seine erste Auszeit genommen. Titelverteidiger Anatolij Karpow führt mit 3:2 Punkten.

AUS ALLER WELT

Erzwingungshaft: *Im Prozeß* gegen den früheren rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden Scholl hat der mit Spannung erwartete Zeuge Klaus Kessler-Seiffert gestern die Aussage verweigert. Das Gericht sprach gegen den von der Verteidigung benannten Mann eine fünftägige Erzwingungshaft aus. Er gilt als eine der Schlüsselfiguren in dem Prozeß. (S. 24)

***Anschlag:** Der kurz nach dem* Anschlag auf ein Café in der römischen Via Veneto, bei dem 38 Menschen verletzt worden waren, verhaftete Palästinenser Ahmad Ali Hossen Abu Sereya ist nach Angaben der Polizei auch der Täter. Das Straßencafé *gehört* einem Syrer. (S. 24)

Wetter: Wolkig. 16 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Fragen nach Pannen im Fall Willner

Warnte Tiedge das Ehepaar? / Aus dem Spanien-Urlaub nicht nach Bonn zurückgekehrt

ms./hey. Bonn

Die Flucht der Kanzleramtssekretärin Herta-Astrid Willner (46) und deren Ehemann Herbert (59) in die „DDR" hat in Bonn zu der Frage geführt, ob es im Vorfeld Pannen bei der Spionageabwehr oder im Entscheidungsprozeß des zuständigen Bundesinnenministeriums gegeben hat. Nach Informationen der WELT hat der frühere Verfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich Ende Juni 1985 Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann über die Verdachtslage gegen die inzwischen verhaftete Sekretärin im Präsidialamt, Margarete Höke, und gegen Herbert Willner unterrichtet.

Hellenbroich soll dabei, auch auf Willner bezogen, von einem „ernsten Fall" gesprochen und deutlich gemacht haben, daß er die Überprüfung des Post- und Telefonverkehrs des Ehepaares Willner für notwendig erachte. Dieser Empfehlung ist das Innenministerium, das einen Antrag bei der G-10-Kommission des Parlaments stellen müßte, offenbar nicht gefolgt. Die Gründe dafür sind bislang unbekannt. Allerdings erfordert das G-10-Gesetz für einen solchen Eingriff „konkrete Anhaltspunkte", also ein Faktum.

Nach Informationen der WELT ist Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. August, also einen Monat später, über „Verdachtsmomente" gegen Herbert



Die Willners bei einem Empfang der Naumann-Stiftung FOTO: DIE WELT

Willner unterrichtet worden. Dies ist im Zusammenhang mit der Vorlage eines zweiten Berichts zum Verratsfall Tiedge geschehen. Tiedge war in der Spionageabwehr über den Verdachtsfall gegen Willner unterrichtet gewesen. Über Tiedge wurde er offenbar gewarnt.

Der Bundeskanzler hat angeordnet, daß dieser Verdacht „unverzüglich" mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten überprüft wird. Zu diesem Zeitpunkt war das Ehepaar Willner allerdings schon zu einem Urlaubsaufenthalt in Spanien (seit 12. August).

Bei diesen Abläufen innerhalb der Bundesregierung konzentriert sich jetzt die Diskussion auf zwei Fragen: „Ob und welche operativen Maßnahmen wurden in der Zeit zwischen Ende Juni und dem 28. August eingeleitet?" Warum hat das Bundesinnenministerium auf einen Antrag auf Überwachung des Post- und Telefonverkehrs verzichtet?

Herbert Willner, das hat sich inzwischen herausgestellt, war seit 1977 im „Verdachtsfeld" der Spionageabwehr. Allerdings, das wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingeräumt, habe zu keinem Zeitpunkt der „durchschlagende Beweis" gegen ihn erbracht werden können.

Willner, der zuletzt bei der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitete, hat von Ost-Berlin aus in einem gestern in Bonn eingegangenen Brief sein Arbeitsverhältnis gekündigt. In einem handschriftlichen Brief hat er seine Flucht damit begründet, er habe Angst vor seiner Verhaftung wegen Landesverrats gehabt. In dem Kündigungsschreibens Willners an die Friedrich-Naumann-Stiftung heißt es: „Durch einen Bekannten im Bundesinnenministerium erhielt ich Kenntnis davon, daß gegen mich Überwachungsmaßnahmen laufen und eine Verhaftung geplant war, die mit nachrichtendienstlichen Tätigkeiten gegen die Bundesrepublik begründet werden sollte. Daran ist nichts Wahres... Aber ich bin 59 Jahre alt und muß auch an meine Frau und deren Gesundheit denken. Durch die Mühle gedreht zu werden und am Ende zwar unschuldig, aber mit der Vernichtung meiner beruflichen und privaten Existenz dazustehen, das

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Die Maulwürfe verziehen sich

HERBERT KREMP

Die Spionagesträhne reißt nicht ab. Ist Bonn ein Agentennest? Seit Ende Juni war Herbert Willner im Visier des Verfassungsschutzamtes zu Köln. In der Abteilung, die mit Spionageabwehr beschäftigt ist, saß damals ein gewisser Tiedge, heute Ost-Berlin. Er wußte genau, was lief. Sein Wissen löste die Warnung aus. So konnten Herr und Frau Willner unbeobachtet in Urlaub reisen und von dort unbeobachtet entkommen.

Die Willners sind offenbar *ordnungsliebende* Menschen; denn sie haben aus Ost-Berlin briefformell bei ihren Arbeitgebern, der Friedrich-Naumann-Stiftung und beim Bundeskanzleramt, gekündigt. Willner galt als emsig, arbeitssam und zielstrebig. Der frühere Soldat der Waffen-SS und „Spiegel"-Redakteur organisierte die wehrpolitischen Kongresse der FDP, betreute in der Partei den Bundesfachausschuß I – Außenpolitik, Deutschland, Europa und Sicherheitspolitik –, bevor er sich als Referent in der Naumann-Stiftung breitmachte. Er hatte viel mit William Borm zu tun, bei dem ostpolitische Fäden zusammenliefen und, wie Frau Lüneburg, mit Martin Bangemann, der von 1983 bis 1984 dem Bundesfachausschuß I vorsaß.

Systematisch mauert die östliche Spionage die Opfer ihrer Beobachtung ein. Man weiß das nicht erst seit heute. Deshalb *ist zu fragen, ob* Bundesinnenminister Zimmermann, der vom Kölner Amt Ende Juni über Verdachtsmomente gegen Willner unterrichtet worden war, im Kanzleramt gleich Alarm geschlagen hat. Willners Frau war dort seit Juli 1973 bei drei Leitern der Abteilung 3 (Innere Angelegenheiten, Sozialpolitik, Planung) als Sekretärin tätig. Der Schluß, daß sie ähnlichen Engagements folgte wie ihr Mann, ist nicht zwingend, aber naheliegend. Hätte man sich von Frau Willner nicht vorsichtshalber trennen müssen?

Ein Staat, in dem sich die Spionagefälle in der Zentrale häufen, gerät in ein fahles Licht. Zweifel an der inneren Sicherheit machen sich breit. Das unangenehme Gefühl und das rumorende Mißtrauen überlagern die Erkenntnis, daß die östlichen Geheimdienste in der Bundesrepublik in rascher Folge Positionen verlieren. Die *Maulwürfe verziehen sich.* Das Ehepaar Willner war nicht der letzte Eklat.

Kohl stellt Südafrika-Haltung klar

„Wir dürfen nicht zur Verschärfung der Situation beitragen" / Interview der WELT

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem WELT-Interview die Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika präzisiert. Kohl schilderte auch den Verlauf der Kabinettssitzung, in der Bundesaußenminister Genscher über die EG-Sanktionen berichtet hatte. Mit Kohl sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Bundeskanzler, die Ereignisse in Südafrika haben einen gefährlichen Höhepunkt erreicht. Welchen Kurs steuert die Bundesregierung ?

Kohl: Der Kurs ist klar: Die Bundesregierung will eine baldige Überwindung der Rassendiskriminierung. Südafrika benötigt eine gesellschaftliche und politische Ordnung, die von der Zustimmung aller Gruppen in Südafrika getragen werden kann. Unser Land hat ein wesentliches Interesse an einem friedlichen Zusammenleben aller Rassen. Nur so ist eine langfristige innen- und außenpolitische Stabilisierung im Süden unseres Nachbarkontinentes möglich.

Eine solche Entwicklung ist jedoch nicht durch Gewalt zu erreichen, sondern nur auf dem Wege friedlicher Reformen. Eine weitere Ausdehnung der Gewalt in Südafrika kann nur zu einem Blutbad führen. Aufgabe aller Verantwortlichen ist es daher, nicht zu einer weiteren Verschärfung der Situation beizutragen, sondern nach Möglichkeit mäßigend auf den weiteren Gang der Entwicklung einzuwirken.

WELT: Es gibt Forderungen, Bonn solle mehr Druck auf die Regierung in Pretoria ausüben.

Kohl: Die südafrikanische Regierung hat in der Vergangenheit Reformmaßnahmen eingeleitet, und dies ist positiv zu bewerten. Leider waren diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichend. Öffentliche Äußerungen von Präsident P.W. Botha und Mitgliedern seiner Regierung signalisieren die Entschlossenheit zu einem weitergehenden *Reformprozeß. Ich* hoffe, daß es nicht bei diesen Signalen bleibt, da sonst eine schlimme Entwicklung zu befürchten ist.

WELT: Hinsichtlich der Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika ist es zu Irritationen gekommen. Was hat das Bundeskabinett unter Ihrer Leitung am 11. 9. beschlossen?

Kohl: In der Kabinettssitzung am 11.9. hat der Bundesaußenminister unter dem Tagesordnungspunkt „Internationale Lage" über die Sitzung des EPZ-Ministerrates in Luxemburg vorgetragen. Wir haben erörtert, daß die Bundesrepublik Deutschland von den meisten Maßnahmen, über die im Rahmen des EPZ-Ministerrates die Haltung der Mitgliedstaaten abgestimmt werden soll, nicht betroffen ist. Im Kabinett bestand Einvernehmen, daß das seit 1962 bestehende bilaterale Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika gekündigt wird

● mit dem Ziel, mit Südafrika sofort Verhandlungen aufzunehmen, um dann im Zuge eines geänderten Kulturabkommens die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen Südafrikas am kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Austausch mit der Bundesrepublik Deutschland rechtlich abzusichern. Außerdem wurde beschlossen, daß in der Frage der Visapflicht an dem derzeitigen Zustand nichts geändert werden soll.

Bundesbank bestätigt Aufschwung

cd. Frankfurt

Der hohe Export und die wachsende Inlandsnachfrage, zu der neuerdings auch die privaten Verbrauchsausgaben und sogar die Nachfrage nach Bauleistungen beitragen, verstärken die Dynamik der deutschen Konjunktur, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht, in dem sie der Exportwirtschaft trotz des bis August deutlich gesunkenen Dollarkurses eine gefestigte Wettbewerbsfähigkeit bescheinigt. Als besonders erfreulich hebt sie hervor, daß sich der Konjunkturaufschwung während der vergangenen Monate bei völliger Preisstabilität vollzieht. Die kräftigen Zinssenkungen hätten die Voraussetzungen für eine Fortsetzung des spannungsfreien Aufschwungs noch verbessert.

Die konjunkturelle Belebung hat auch den Arbeitsmarkt erreicht, betont die Bundesbank unter Hinweis darauf, daß trotz der beachtlichen Entlassungen in der Bauwirtschaft im zweiten Quartal 165 000 Personen mehr erwerbstätig waren als vor einem Jahr. Der weitgehende Abbau der Personalreserven in den Betrieben begünstigte die Neueinstellung von Arbeitskräften.

Mit Befriedigung vermerkt die Bundesbank, daß ausländische Kapitalanleger die günstige außenwirtschaftliche Konstellation und die besser eingeschätzten wirtschaftlichen Perspektiven seit Mai mit Rekordengagements in deutschen Wertpapie*ren honoriert* haben; bis Juli haben Ausländer für fast zehn Milliarden Mark deutsche festverzinsliche Papiere und für netto 3,5 Milliarden Mark Aktien gekauft. Gleichzeitig haben aber deutsche Anleger in diesen drei Monaten auch einen Rekordbe*trag von 8,3 Milliarden Mark in* ausländische Wertpapiere investiert.

Seite 13: Wettbewerbsfähig

SPD gibt Frauen mehr Mandate

p.p. Bonn

Die Frauen sollen in der SPD stärker als bisher Funktionen und Mandate erhalten. Ganz offen hat der Parteirat in seinem fast einstimmig gefaßten Beschluß deutlich gemacht, daß es hierbei auch um Machtpolitik geht: *Die „Wahlchancen" sollen* besser „ausgeschöpft" werden. Die Partei-Arbeitsgemeinschaft der Frauen hatte zu Beginn die Zielrichtung vorgegeben: 1987 sollen der neuen SPD-Bundestagsfraktion 25 Prozent Frauen angehören. Mitte der 90er *Jahre soll der Anteil bereits bei einem* Drittel liegen, Ende des Jahrzehnts bei 50 Prozent. Der Parteirat hat sich zwar nicht festgelegt, aber den Vorstand aufgefordert, bis zum nächsten Parteitag einen die SPD „verpflichtenden" Beschluß vorzubereiten.

Seite 3: Die Krönung folgt später

Koalition mit Überschuß befaßt

gba. Bonn

Eine Koalitionsrunde hat sich gestern abend mit der Verwendung der Überschüsse in Höhe von rund fünf Milliarden Mark befaßt, die bei der Bundesanstalt für Arbeit angefallen sind. Schon im Vorfeld dieses Exper*tentreffens der drei Koalitionspartei*en hatte man sich im Grundsatz darauf geeinigt, daß rund 2,5 Milliarden davon für die im Dreiergespräch der Bundesregierung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften vereinbarte Qualifizierungskampagne für Arbeitslose *sowie für die Verlängerung* des Arbeitslosengeldes älterer Erwerbsloser und eine geringfügige Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung ausgegeben werden sollen.

Zu der Qualifizierungskampagne *hat sich auch die DAG bekannt.*

Schlußstrich unter Ausweisungsreigen?

DW. London

Nach der Ausweisung weiterer sechs sowjetischer Spione aus London hofft Premierministerin Margaret Thatcher, daß jetzt ein „Schlußstrich" unter den diplomatischen Kleinkrieg zwischen beiden Ländern gezogen wird, der durch das Überlaufen des hohen KGB-Funktionärs Gordijewski ausgelöst wurde. Jedoch verlautete gestern in Moskau aus amtlichen Kreisen, voraussichtlich würden weitere Briten die Sowjetunion verlassen müssen. Bei den sechs betroffenen Sowjets *handelt* es sich um zwei Diplomaten, zwei Botschaftsangestellte, einen Journalisten und einen Schiffahrtsagenten. Frau Thatcher hatte die Ausweisung von 25 Briten aus Moskau als „reinen Vergeltungsakt" bezeichnet. Vorher waren *25 Sowjets ausgewiesen worden.*

Die Rückkehr zu den Naturheilmitteln

DIETER THIERBACH, Bonn

Die Naturheilkunde *scheint,* wie mehrjährige Trenduntersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen, eine Renaissance zu erleben. Jeder zweite Deutsche glaubt an einen therapeutischen Nutzen von Wirkstoffen auf pflanzlicher Basis. Nur jeder *zwanzigste hält* Naturheilmittel für nicht wirksam. Der Anteil derer, die eine Zulassung von Naturheilmitteln für „sehr wichtig" halten, hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt (1975: 11 Prozent, 1984: 23 Prozent). 41 Prozent der Befragten halten heute eine amtliche Zulassung immerhin noch für „wichtig"; noch vor zehn Jahren taten dies nur 31 Prozent.

„Angenommen, Sie müßten ins Krankenhaus und hätten zwei zur Auswahl: *Im einen bekommen* die Patienten hauptsächlich Naturheilmittel sowie homöopathische oder anthroposophische, im anderen wird man ganz oder überwiegend mit chemisch-pharmazeutischen Medikamenten behandelt". 37 Prozent der 2189 Befragten über *16 Jahren in der* Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ziehen in dem Fall eine Klinik vor, in der man hauptsächlich Naturheilmittel verabreicht bekommt. 27 Prozent würden in ein herkömmliches Krankenhaus gehen; 36 Prozent ist es egal.

Muß man Naturheilmittel als Scheinmedikamente ansehen, Placebos, die weder Haupt- noch Nebenwirkung besitzen, dafür aber in stark suggestiver Weise verordnet und mit besonderer Erwartung empfangen werden? Bemerkenswert ist, daß *mehr als die Hälfte aller Befragten* mit dauerhaft schlechter Gesundheit attestieren: Naturheilmittel haben geholfen. Der Slogan „Rein natürlich, rein pflanzlich" kommt also an.

Ein weiteres zeigt sich bei der Befragung *ganz* deutlich: je schlechter der Gesundheitszustand, desto höher der Anteil der Naturheilmittelanwender. Es sind besonders die chronisch Kranken, die vermehrt zugreifen und auch die heilsame Wirkung bestätigen. Sie sind davon überzeugt, ver*hältnismäßig* geringe Nebenwirkungen zu verspüren. Eine Gruppe also, die meist unter einer Dauermedikation steht und die durch beunruhigende Meldungen und zum Teil auch durch eigene Erfahrungen über mögliche schädliche Nebenwirkungen bestimmter Arzneimittel sehr sensibel reagiert. Sie wird in ihrer Forderung nach *„schärferer Kontrolle" der* Arzneimittel auf schädliche Nebenwirkungen von 57 Prozent der Bevölkerung unterstützt.

Zumeist führen persönliche Empfehlungen zu den Naturheilmitteln. Das Vertrauen steht im Vordergrund, wenn bei der Umfrage 42 Prozent aller Naturheilmittel-Anwender sagen: „Menschen, die ich gut kenne, haben mir zu Naturheilmitteln geraten." Sicher spielen auch Enttäuschungen und Resignation gegenüber den Möglichkeiten der Schulmedizin eine entscheidende Rolle, denn immerhin berichteten insgesamt 17 Prozent, daß sie zu den Naturheilmitteln gekommen sind, da alle bisherigen Medikamente nicht geholfen haben, oder daß es der *„letzte Ausweg" war.*

Traf Nordkoreas Nummer drei in Seoul Staatschef Chun?

Japans Regierungssprecher bestätigt Ho Dams Geheimbesuch

DW. Seoul/Tokio

Zwischen Nord- und Südkorea hat es Anfang dieses Monats offenbar Geheimgespräche auf hoher Ebene gegeben, die gestern von einem Regierungssprecher in Seoul bestritten, von seinem Kollegen in Tokio jedoch bestätigt wurden. Danach ist der ehemalige nordkoreanische Außenminister Ho Dam, der jetzt Politbüromitglied und Vorsitzender einer „Kommission für die friedliche Wiedervereinigung" ist und als Nummer drei in der Machtstruktur Nordkoreas gilt, in Seoul mit Staatschef Chun Doo Hwan zusammengetroffen.

„Der Geheimbesuch von Ho könnte, je nach den Ergebnissen, die Situation in ganz Ostasien beeinflussen, nicht nur auf der koreanischen Halbinsel", schrieb gestern die japanische Zeitung „Yomiuri Shimbun".

Das Zusammentreffen zwischen Chun Doo Hwan und Ho Dam wäre, falls es tatsächlich stattfand, seit dem Ende des Korea-Kriegs 1953 beispiellos. Seoul und Pjöngjang haben in den vergangenen Jahren mehrfach Dialogansätze in bitterer Atmosphäre abgebrochen.

Erst seit einigen Monaten sind Rotkreuz-Verhandlungen über Familienzusammenführung und Wirtschaftsgespräche geführt worden. Vom 20. bis zum 23. September sollen erstmals seit Kriegsende ausgewählte Gruppen beider Staaten ihre jeweiligen Verwandten besuchen dürfen.

Die Presseberichte über die Geheimgespräche sind vom Informationsministerium in Seoul dementiert worden: „Der Bericht beruht auf grundlosen Sekulationen. Diese Art von Berichterstattung wird für den laufenden Nord-Süd-Dialog nicht hilfreich sein", sagte der Sprecher Yu Te Wan.

Japans Regierungssprecher Takao Fujinami erklärte jedoch auf einer Routine-Pressekonferenz in Tokio, er habe Informationen über die Seoul-Reise von Ho. Der Besuch sei „politisch etwas heikel", und deshalb hätten die Japaner die Südkoreaner nicht um nähere Auskünfte gebeten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schein oder nicht Schein

Von Enno v. Loewenstern

Auch Johannes Rau wird es mit Schmerzen erfahren: Noch-nicht-Kandidaten umgibt in aller Regel ein Schimmer populärer Verklärung; ist aber die Erwartung zur Tatsache geworden und der Hut in den Ring geflogen – ist, um die Seelentiefe deutschen Politikverständnisses auszuloten, aus dem fernen Geliebten der Bewerber geworden – so legt sich in aller Regel des Gedankens Blässe über zukünftige Umfragen.

Ihm dieses zu ersparen, beschlossen seine Parteifreunde, Rau als Mehrstufenrakete zu zünden: Er hat Ja gesagt, aber wir tun so, als sei er es noch nicht. Die „politische Figur" des Spitzenkandidaten wird nicht offiziell in die Diskussion gebracht. Rau wird zunächst nur Vorsitzender der SPD-Ministerpräsidenten und darf sich im November mit einer „Grundsatzrede" allseits empfehlen. Offiziell nominiert wird er erst Ende des Jahres, und der Parteitag segnet ihn im August 1986 ab.

„Die früh verbrauchte Regierung Kohl" soll nämlich mit ihrem „raschen Kompetenzverfall" konfrontiert und es soll ihr ja nicht erlaubt werden, daß sie „vor den Aufgaben Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ungerechtigkeit, für die Sicherung des Friedens und für eine große nationale Anstrengung des Umweltschutzes davonläuft und sich hinter einem lärmenden Vorwahlkampf um Schein-Themen" verbirgt.

Aber das möchte gewiß niemand. Deshalb könnte die Regierung Kohl auf den Einfall kommen, ganz un-lärmend nach der Kompetenz der Regierung Rau zu fragen. Nach den Schulden Nordrhein-Westfalens, die Rau in fünf kurzen Jahren von 30,8 Milliarden DM auf reichlich 75 Milliarden mehr als verdoppelt hat. Nach der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet (mit 15 Prozent mit die höchste einer Region) und dem, was Rau dagegen unternommen hat (null Prozent). Nach dem Aachener Klinikumskandal, den Justizskandalen, der Frontstellung gegen die Zukunftsindustrien – grundlose Drohung mit Kalkar-Schließung, nur um sich bei den Grünen anzubiedern – und der Abwanderung von Fachkräften in den industriefreundlichen, vor allem zukunftsindustriefreundlichen Süden.

Schein-Themen? Man versteht, daß Rau möglichst lange eine unpolitische Figur bleiben soll. Hoffentlich hält sich die Regierung Kohl an ihren Teil des Drehbuchs.

Warum kein Marshallplan?

Von Günther Bading

Argentiniens Präsident Raúl Alfonsín hat bei seinem Staatsbesuch das hier weitverbreitete Vorurteil auszuräumen vermocht, daß lateinamerikanische Politiker außer liebenswürdigem Wortschwall und heftiger Gestik nichts zu bieten hätten. Die schonungslose Offenheit, mit der er die prekäre Wirtschaftslage seines Landes schilderte, und seine feste Zusage, daß Argentinien allen Auslandsverpflichtungen nachzukommen gedenke, hat Eindruck gemacht.

Vor den Wirren der siebziger Jahre mit dem schmutzigen Krieg gegen die Guerrilla, Machtergreifung des Militärs und dem sinnlosen Krieg um die Malwinen hatte Argentinien als exzellenter Schuldner gegolten, der Fälligkeiten preußisch-pünktlich beglich. Daran will Raúl Alfonsín anknüpfen.

Ohne Larmoyanz hat der Präsident daran erinnert, daß die hohe Auslandsschuld nicht ausschließlich auf eigene Mißwirtschaft und Milliardenausgaben des Militärs, sondern auch auf protektionistische Maßnahmen der Europäer zurückzuführen ist, die dem Getreide- und Fleischexporteur Argentinien durch Subventionierung der eigenen Produktion manche Möglichkeit genommen haben, sich die zur Tilgung seiner Schulden notwendigen Devisen zu verdienen. Sein Vergleich der wirtschaftlichen Krisenlage Lateinamerikas mit dem zerschlagenen Europa der Nachkriegszeit, wie ihn Alfonsín vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag formulierte, ist geschickt. Die Hilfe vornehmlich der USA beim Wiederaufbau Europas nach dem Kriege habe nicht nur zu Wohlstand auf dem alten Kontinent geführt, sondern auch den Hilfeleistenden selber genützt, stellte Alfonsín fest. Warum also sollte es nicht auch eine Art Marshallplan für Lateinamerika geben?

Der Gedanke hat etwas für sich. Denn jede Mark, die in einem Land wie Argentinien investiert wird, dient nicht nur dem Wiederaufbau der zerrütteten Wirtschaft dort. Sie hilft auch der jungen argentinischen Demokratie, denn deren Stabilität hängt weitgehend davon ab, wie weit die Bemühungen der Regierung Alfonsín erfolgreich sind, dem Land wieder eine gesunde Volkswirtschaft zu geben.

Dressur-Übung

Von Klaus Blume

Pfiffig war's, was Claudia Görgens gestern im ZDF-Sportstudio „Pfiff" darbot. Die junge Dame aus dem Schwäbischen absolvierte eine wunderschöne Dressurübung – auf einem Springpferd! Geschehen war das mitten in Südtirol, in der Nähe von Hafling, oberhalb von Meran.

Geschehen konnte so etwas wohl aber auch nur dort – weil die Umstände es so erforderten.

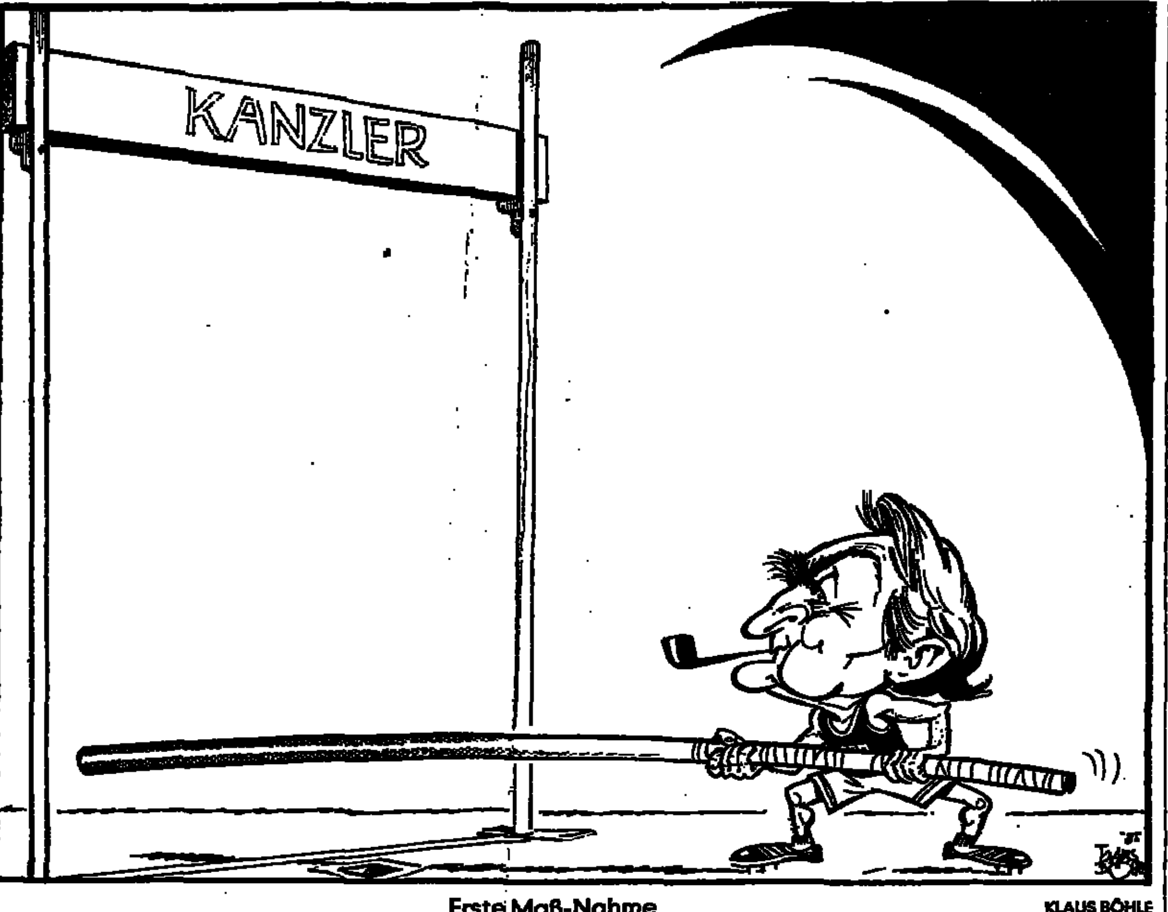
ZDF-Redakteur Michael Sauer und seine Kollegen waren nach Südtirol ausgerückt, weil das Thema der Sendung „Reiten" hieß und weil sich so etwas in der Heimat der berühmten Haflinger eigentlich recht gut bewerkstelligen lassen müßte. So dachte man jedenfalls in Mainz und lud als Star-Gast Claudia Görgens ein, die Junioren-Europameisterin der Dressurreiter aus Metzingen bei Reutlingen.

Als die junge Dame mit ihrem Pferd „Bonnami" an die italienische Grenze kam, wurde ihr allerdings gesagt, sie habe dort auf den Tierarzt zu warten. Sie wartete – sechs Stunden lang. Der Arzt kam nicht. Ein Beamter sagte ihr, wann der Dottore erscheinen würde, wisse man nicht. Frau Görgens fuhr mit ihrem Pferd wieder nach Hause, 600 Kilometer weit.

Am anderen Tag reiste sie erneut an – ohne „Bonnami". Doch nun war guter Rat teuer, weil es überall in Südtirol kein Dressurpferd aufzutreiben gab. Die Sendung drohte zu platzen. Da kam jemand auf die Idee, es mal mit einem Springpferd zu versuchen. Gesagt und – Frau Görgens brachte dem Pferd die notwendigen Lektionen in einer halben Stunde bei, zum Erstaunen der anwesenden italienischen Reitlehrerin.

Das alles war, wie unschwer zu erkennen, diesmal nicht die Folge der hierzulande sprichwörtlichen südländischen Lässigkeit. Denn sowohl die Regierungsstellen in Rom als auch die Redaktionen beim italienischen Fernsehsender RAI wissen sehr genau, wie intensiv die Sendungen des ZDF in Südtirol verfolgt werden. Und allzu gern sieht man das nicht.

Als das ZDF nun gar vor Ort produzieren wollte, mußte man zwar zustimmen. Doch allzu zustimmend war diese Zustimmung nicht. Was freilich nichts half, weil aus den italienischen Bocksprüngen doch noch Südtiroler Reiterspiele wurden.



Erste Maß-Nahme KLAUS BÖHLE

Palaverintelligenz

Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Wir sollten baldmöglichst begreifen: bei unserem fehlreformierten Bildungssystem geht es nicht um Probleme vergangener Jahre, die man vergeben und vergessen kann, sondern um Zeitzünder, die im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte noch weitere gefährliche Wirkungen hervorrufen werden. Dies zu einer Zeit, da wir mehr denn je leistungs- und kooperationsfähig sein müßten. Auch wenn die Ideologieschwemme der sechziger und siebziger Jahre weitgehend in Schubladen und Bibliotheken versickert sein mag, in verflachter Form spukt eine Mischung von Utopie und Nihilismus weiter in den Köpfen jener, die den Marsch durch die Institutionen antraten.

Von einer Trendwende fort von einem permissiven Anarchismus kann keine Rede sein. Am deutlichsten zeigt sich dies jetzt an den irrealistischen Verkrampfungszuständen jener kämpferischen Minderheiten, die in den Kirchen, den Gewerkschaften und in unserer Rechtsprechung immer wieder die Szene beherrschen; vom Fernsehen und bestimmten Teilen der Presse sowie den desolaten Zuständen in der SPD ganz zu schweigen. Zusammenfassend läßt sich zum Schicksal unserer Mißbildungsreform sagen: Wenn man die Intellektualisierung junger Menschen zu antiautoritären Hinterfragern als höchstes Bildungsziel ansieht, wenn man dabei von einer nicht existierenden Gleichheit der Menschen ausgeht und allzu viele bis ans Ende ihres dritten Lebensjahrzehnts als nur Lernende von praktischer Verantwortung fernhält, dann kann man weder deren unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen gerecht werden noch diese mit den Aufgaben, die jeder in unserem Gemeinwesen zu übernehmen hat, in bestmögliche Übereinstimmung bringen.

Man überläßt leicht emotionalisierbaren Minderheiten, die sowohl durch Unsachlichkeit als auch durch fehlende Sachkenntnis unzureichend qualifiziert sind, zu großen Einfluß auf lebenswichtige Bereiche unserer Gesellschaft, irritiert durch Führungslosigkeit die Mehrheit junger Menschen und läßt von ihnen immer mehr zu orientierungsloser Lethargie verunglücken. Gleichzeitig macht man unsere Gesellschaft durch Polarisierungsfolgen, die man zu vertuschen sucht, immer unbeweglicher und damit unfähiger, auf die sich verschärfenden Belastungen, die unserem Gemeinwesen von innen und außen drohen, lebenskräftig und solidarisch zu reagieren.

Selbst heute haben nur wenige Politiker den Mut, immer von neuem deutlich zu machen, daß Arbeitslosigkeit zum unabwendbaren Schicksal einer Gesellschaft wird, wenn das Ausbildungssystem am tatsächlichen Bedarf vorbeiproduziert, aber jeder den Anspruch beibehält, nicht unter oder neben seinem vermeintlichen oder tatsächlichen Bildungsniveau beschäftigt zu werden – und daß, sobald solcher Anspruch nicht anerkannt wird, die Zahl der unzufriedenen, politischen Revoltierer wachsen muß, was Politik und Wirtschaft *noch unberechenbarer* werden läßt, als sie schon sind.

Trotz modischer Feindschaft gegen wirtschaftliches Wachstum und gegen die Überflußgesellschaft erhofften viele offenbar von beiden die nötige Finanzhilfe und außerdem von den Gastarbeitern die Bereitschaft, die ungeliebten Tätigkeiten zu verrichten. Daß die Gastarbeiter auch die Teilnahme an unserem Bildungssystem beanspruchen könnten, war offenbar nicht bedacht worden. Sofern man sich überhaupt der drohenden Widersprüche aus der Bildungsreform bewußt war, ging man wohl davon aus, daß unser Wohlstand sich von selbst erhalten und intellektuelle Berufe in beliebiger Art und Zahl (z. B. die Zahl der Lehrer) – ob für die Gesellschaft notwendig oder nicht – ermöglichen werde. Ob die von der Bildungsreform verordnete „spekulative Palaverintelligenz" für den größten Teil des Volkes ein zweifelhaftes Glück sein könnte, danach wurde sowieso nicht gefragt.

Die heute noch beliebte Behauptung, Bildung könne keinesfalls schaden, ist dann falsch, wenn das Bildungssystem auf so vielen Irrtümern und Mißbräuchen ruht wie bei uns, vor allem, wenn es einseitig intellektualistisch ausgerichtet ist und die praktisch und musisch Begabten sich selbst entfremdet. Die Meinung, daß ein Taxifahrer mit akademischer Ausbildung glücklicher als ein ungebildeter sei, scheint mehr als leichtfertig. Ob er nun sein Studium abgeschlossen hat oder nicht: ist er aus reiner Aufstiegsbeflissenheit dank unseres Bildungssystems in eine Richtung gedrängt worden, die seinen geistigen Interessen nicht entspricht, dann wird er auch mit den „geistigen Freuden", die ihm akademisch erschlossen wurden, in seiner Freizeit wenig anfangen können. Vielleicht wird er aber entdecken, daß es reizvolle nichtakademische Berufe gibt, für die er inzwischen zu alt ist oder vielleicht durch Erziehung zur Leistungs*feindschaft verdorben* wurde.

Ist freilich sein Aufstiegswille noch nicht versiegt und dabei seine Palaverintelligenz genügend entwickelt, steht ihm immer noch die politische Laufbahn offen. Aber sind gerade dies die Politiker, die wir brauchen?

Ob es in absehbarer Zeit möglich sein wird, unser „veröffentlichtes Bewußtsein" zu den für eine Revision *erforderlichen Einsichten zu* bringen, ist zweifelhaft. Schließlich ist der heute vorherrschende Irrealismus selbst eine Folge unserer Bildungsreform. Die Unfähigkeit der Bundesregierung, gerade hier eine Tendenzwende herbeizuführen, bestätigt den Zweifel. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis die Erkenntnis sich durchsetzt, daß der „permissive Weg ins Beliebige" irreführt. Aber ohne diese Einsicht werden wir weder ein zeitgemäßes Bildungswesen bekommen noch mit den großen Herausforderungen unserer Zeit fertig werden.

GAST-KOMMENTAR



Professor Heinz-Dietrich Ortlieb war Leiter des Hamburger Weltwirtschafts-Archivs FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH Bengt Westerberg

Der lachende Dritte

Von Gottfried Mehner

Kein Zweifel, Bengt Westerberg, der Führer der schwedischen Liberalen, hat die Arena der Reichstagswahl mit dem Image des Siegers verlassen. Bemerkenswert: Es war überhaupt der erste Wahlkampf, den er bestritt. Im Reichstag sitzt Westerberg erst seit 1984. Und Berufspolitiker war er erst zwei Jahre, als er den glücklosen Ole Ullsten im Parteivorsitz ablöste. Ein kometenhafter Aufstieg für den 42jährigen.

Das schwedische Nachwuchstalent wurde am 23. August 1943 als Sohn eines Farbenhändlers geboren, studierte Medizin am Karolinska Institut, ist verheiratet mit Marie Ehrling und hat zwei Kinder aus früherer Ehe. 1978/79 war Westerberg Staatssekretär im Industrieministerium, 1979 bis '82 im Finanzministerium. Deshalb war er im Falle eines bürgerlichen Wahlsieges für den Posten des Finanzministers vorgesehen. Von gewinnendem Äußeren, wie Mütter sich ihren Schwiegersohn wünschen, argumentiert er nicht gerade lebhaft, aber sachkundig. Überhaupt wirkt er mehr als Experte denn als Politiker. Eine schwedische Erfolgsmischung?

Während alle anderen Parteien Stimmenverluste und Mandatsrückgänge im Reichstag hinnehmen mußten, konnten die Liberalen dreißig Mandate bzw. 8,4 Prozentpunke hinzugewinnen. Das führte zu einer Akzentverschiebung im bürgerlichen Lager, wo jetzt die Parteien der Mitte das Übergewicht haben.

Westerbergs 14,3 Prozent kontrastieren stark mit den katastrophalen 5,3 Prozent der Wahl von 1982. Aber auch mit den Zahlen von 1979 oder 1976 als Vergleichsniveau erscheinen drei bis vier Prozentpunkte Zugewinn auf Westerbergs Konto zu gehen. Er selbst verweist freilich auf den „Catch-up-Effekt": Entweder komme gar nichts oder sehr viel. Allerdings verlaufen die Wahlen für das bürgerliche Lager regelmäßig als *Nullsummenspiel: Dem Zugewinn* eines Partners stehen Verluste der beiden anderen Parteien gegenüber.

Westerberg scheint öfters in der Position des lachenden Dritten gewesen zu sein: Während Sozialdemokraten und Konservative programmatisch aufeinander losgingen, traf er mit einer moderaten Mischung den Publikumsgeschmack: Einerseits Steuersenkungen, Haushaltseinsparungen, Kürzungen beim Krankengeld, andererseits mehr Hilfe für Familien mit Kindern und stärkere Anstrengungen auf dem Feld der Entwicklungshilfe sowie eine positive Einstellung zum Sozialstaat. „Eine Gesellschaft der Vielfalt und Wahlfreiheit", so sein Credo, „stärkt auch den einzelnen gegenüber Bürokratie, Großkapital und mächtigen Organisationen."



Erfolg in Schweden: Westerberg mit Ehefrau FOTO: DPA

Eine erste Belastungsprobe werden Palmes Umarmungsversuche für Westerberg. Auch im Interesse der Liberalen liegt es, daß Palme von seiner Abhängigkeit von den Kommunisten loskommt. Zuerst aber, so Westerberg, müsse der Stolperstein Arbeitnehmerfonds beseitigt werden, bevor an eine punktuelle Zusammenarbeit gedacht werden könnte.

„Staatsminister" – also Ministerpräsident – hatte er halb scherzhaft im Wahlkampf auf die Frage geantwortet, welche Position er im Falle eines bürgerlichen Sieges einnehmen wolle. *Man* wird mit *ihm* zu rechnen haben. Wegen ihrer nur dreijähriger Legislaturperiode führen die Schweden eine Art Dauerwahlkampf. Das Thema liegt auf Wiedervorlage für 1988, traditionell am dritten Sonntag im September.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Kandidatur Raus wird von den meisten Zeitungen skeptisch betrachtet:

Badische Zeitung

Bei aller Gunst der Popularität: Eine Bundestagswahl ist aus der Opposition heraus nicht nur mit der Attraktivität eines Kandidaten zu gewinnen, dazu bedarf es auch der Überzeugungskraft der besseren Problemlösungen und der kompetenteren Politik. Die Defizite, die die SPD hier hat, sind auch nicht durch einen programmatischen Weichzeichner wie *Johannes Rau zu übertünchen.* **(Freiburg)**

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Was *gestern am Ende der Sitzungen* der SPD-Führungsgremien stand, gleicht fatal dem alten Spruch „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß".

DONAU KURIER

Die langwierige Kanzlerkandidatenkür ist also nicht nur Taktik, sondern spiegelt auch die gewaltigen internen Schwierigkeiten der SPD wider, die weder in der Außen- und Sicherheitspolitik noch in Fragen der Konsolidierung der Staatsfinanzen Tritt gefaßt hat. **(Ingolstadt)**

DIE RHEINPFALZ

Doch helfen der Opposition, sieht man die Sache realistisch, die ganzen Manöver nichts ... Rau ... ist dem gefürchteten Verschleißprozeß ungeschützt ausgesetzt. Einem Prozeß, an dem nicht nur die Regierungsparteien kräftig mitwirken werden, sondern, wie man die SPD kennt, auch viele aus den eigenen Reihen. Das Bülow-Papier gab Rau bereits einen Vorgeschmack des Kommenden. **(Ludwigshafen)**

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Was seine Weltläufigkeit, seine internationalen Erfahrungen angeht, so hat er schon jetzt erheblich mehr davon als vor Zeiten der heutige Titelverteidiger im Kanzerleramt. Der war – nicht zu vergessen – einmal rheinland-pfälzischer Ministerpräsident. **(Dortmund)**

Kölner Stadt-Anzeiger

Eine Rechnung kann für die Opposition nicht aufgehen: die Koalition mit ihren vermeintlichen Blößen zu stellen, ohne selbst gestellt zu werden.

NEUE PRESSE

So ist es zur echten Alternative für die SPD noch ein weiter Weg, der 1987 kaum zu Ende sein dürfte. **(Hannover)**

Münchner Merkur

Rau ist ein politischer Wim Thoelke. Er benutzt ein Deo, das Massen anzieht. Von einem Spitzenmann wird mehr verlangt als Gemüt.

Nach unseren Erfahrungen mit der Kulturbehörde

Frau Schuchardt, die Völkerstämme und das Strichmädchen Domenica / Von Uwe Bahnsen

Hamburgs parteilose Kultursenatorin Helga Schuchardt, bei ihrem Amtsantritt nach der letzten Bürgerschaftswahl von Regierungschef Klaus von Dohnanyi noch als „Traumbesetzung" gepriesen, geht heute einen schweren Gang. Im Landesparlament wird das Thema „Haushaltswirtschaft der Kultursenatorin" aufgerufen, und die christdemokratische Opposition wird ihren Rücktritt verlangen.

Es ist für die Nichtgenossin schon fatal genug, daß die CDU sich bei der Demissionsforderung auf massive Kritik des sozialdemokratischen Haushaltsausschußvorsitzenden Gerd Weiland zum Finanzgebaren der Schuchardt-Behörde stützen kann – ausgelöst durch die Tatsache, daß in diesem Ressort mal eben 281 000 Mark für bühnentechnische Reparaturen im Thalia-Theater ausgegeben wurden, die nicht bewilligt worden waren und dementsprechend nicht zur Verfügung standen. Schlimmer noch ist, daß die vom Genossen Horst Gobrecht geleitete Finanzbehörde der Kulturbehörde soeben in einem internen Papier eindeutige Verstöße gegen die Landeshaushaltsordnung, „unüberlegtes Handeln", einen „beträchtlichen Mangel an Kooperationsbereitschaft" und Angaben in einer Senatsvorlage attestierte, die „nach unseren Erfahrungen mit der Kulturbehörde nicht unbedingt den Tatsachen entsprechen" müssen.

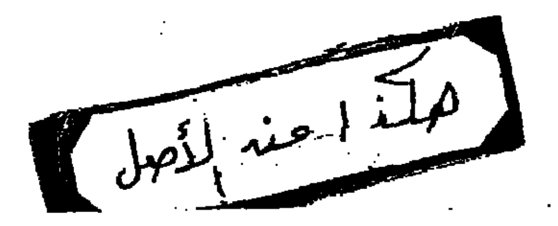
Nun hatten Dohnanyi und der SPD-Fraktionschef Henning Voscherau die Erklärung der Kultursenatorin, die gerügte Geldausgabe sei zur Abwendung unmittelbarer Gefahr erforderlich gewesen, noch mit zusammengebissenen Zähnen akzeptiert und, da sie Frau Schuchardt für die nächste Bürgerschaftswahl zum Einsammeln der heimatlosen Linksliberalen und der berufstätigen jungen Frauen zu brauchen glauben, eine Vertrauenserklärung der SPD-Fraktion folgenden Inhalts arrangiert: Kritisiert werde nicht die Kultursenatorin, sondern „kritisiert worden sind Mitarbeiter". Überdies könne dieses nur sehr kleine Ressort auf die „formale Perfektion" der zu liefernden Haushaltsvorlagen nicht „ganze Völkerstämme ansetzen".

Inzwischen allerdings gab Helga Schuchardt in einem Gespräch mit der WELT zu, daß die gerügten Ausgaben keinesfalls hinter ihrem Rükken, sondern mit ihrem Wissen und ihrer Zustimmung getätigt worden seien: „Es ist nicht so, daß man mich nachträglich informiert hat darüber, sondern im Vorfeld. Wir haben dieses abgewogen und sind zu dieser Entscheidung gekommen." Das ist ein loyales Bekenntnis, zugleich aber eine interessante Neuigkeit für Dohnanyi und Voscherau. Zumal da Frau Schuchardt gleich nach Weilands Schelte im Parlament, die sie in der Sache „entschieden zurückwies", bereits erklärt hatte, sie würde „keine Minute mit dem Rücktritt zögern", wenn „diese Vorwürfe zuträfen". Daran werden die Christdemokraten, mit dem internen Papier der Finanzbehörde wedelnd, sie heute wohl erinnern.

Es geht zunächst um die ominösen 281 000 Mark, um Verstöße gegen die Landeshaushaltsordnung und, wie die CDU meint, auch gegen die Hamburger Verfassung. Aber Weilands Kritik, im Parlament weithin geteilt, reichte weiter – sie traf beispielsweise auch die mehr als generöse Art und Weise, in der „arbeitsunwillige Intendanten" der staatlichen Bühnen – gemeint waren Niels-Peter Rudolph und Kurt Horres – gegen Zahlung erheblicher Beträge vorzeitig aus ihren Verpflichtungen entlassen wurden. Selbst Voscherau zeigte sich darob in seiner Vertrauenserklärung für Helga Schuchardt noch nachträglich erbost: „Ganz Hamburg hat sich damals über die reisenden Herren geärgert", die sich ihren „Vertragsbruch" noch hätten „vergolden lassen".

Allzu großzügiger Umgang mit Steuergeldern wurde dem Kulturbereich schon etliche Male vorgeworfen; *so sah sich der Rechnungshof* veranlaßt, die Verwendung von 600 000 Mark zu monieren, die der Haushaltsausschuß für das Kommunikationszentrum „Fabrik" freigegeben hatte. Und die Mienen von Helga Schuchardts Senatskollegen, allen voran die des Finanzsenators Horst Gobrecht, verfinstern sich bei jedem Hinweis auf das von ihr favorisierte Vorhaben, dem grünen Kunstprofessor Joseph Beuys aus Düsseldorf 400 000 Mark in die Hand zu drücken – für die Bepflanzung eines Spülfeldes in Altenwerder mit grünen Bäumchen der ökologischen Hoffnung. Das ging damals sogar Dohnanyi über die Hutschnur: „Das Aufforsten können auch Förster besorgen. Und die haben wir selbst."

Im Senat mag der Kollegin keiner so recht mehr attestieren, sie habe ihr Ressort im Griff. Dafür aber nimmt das kulturelle Angebot in der Hansestadt an Farbigkeit zu. In der ehrwürdigen Kunsthalle wird in Kürze eine Dame des horizontalen Gewerbes, Domenica geheißen und mit hanse*stadtbekannter Oberweite ausgestat*tet, im Rahmen einer Ausstellung über den Maler Henri de Toulouse-Lautrec auftreten – in dem Stück „Mein kleiner Schatz Toulouse". Domenica paukt derzeit ihren Text am Arbeitsplatz.



Der Kandidat ist gekürt, die Krönung folgt später

Vor dem Wort Kanzlerkandidat scheuen SPD und Johannes Rau weiterhin wie vor dem Leibhaftigen zurück. Doch daran, daß der Wahlsieger von Nordrhein-Westfalen seine Partei auch im Kampf um Bonn 1987 anführen soll, wird nun kein Zweifel mehr laut.

Von PETER PHILIPPS

Der weiße Rauch, der am späten Montag abend im Foyer der Bonner SPD-Zentrale aufstieg, stammte zwar nur aus Zigaretten wartender Journalisten, aber ein „Habemus" wurde dennoch verkündet: Um 20 Uhr 40 sprach Johannes Rau den seit Monaten erwarteten Satz: „Ich stehe für künftige bundespolitische Aufgaben zur Verfügung."

Nein, Kanzlerkandidat wollte er sich weiterhin noch nicht nennen lassen, aber „ich habe heute erkennen lassen, der Kanzler aller Bürger würde ich wohl werden". Sein Vorstands-Genosse Karsten Voigt brachte das befreiende Gefühl am Ende der dreieinhalbstündigen Vorstandssitzung auf die flapsige Formel: „Nominierung erfolgt – Krönung folgt später", nämlich am Jahresende im Vorstand, im August 1986 in Nürnberg vom Fußvolk auf dem Parteitag.

Mit dem „Druckpotential des Restzweifels", wie es ein enger Rau-Vertrauter nannte, hatte er die Partei auf seine inhaltliche und personelle Linie zwingen, das Schmidt-Syndrom vermeiden wollen, auf Stimmenfang bei den Bürgern zu gehen, während die Mehrheit der Genossen in eine ganz andere politische Richtung als der Steuermann rudern will. Das Druckpotential ist nun weg, ehe es wirklich eingesetzt werden konnte. Denn Restzweifel bestehen seit Montag abend nicht mehr, seit Parteichef Willy Brandt die „Vorentscheidung" des Vorstands „über den dem Parteitag zu unterbreitenden Nominierungsvorschlag" in gewundenen Worten verkündet hat. Der Vorrat an Druckpotential hatte nur eben für die Vier- und Sechs-Augen-Gespräche mit Brandt und Vogel gereicht.

Der Kandidat, der im Grunde seines Herzens so gerne nur Landesvater in Düsseldorf und Familienvater in Wuppertal geblieben wäre, soll nun Statur bekommen. Seit dem überraschend hohen Wahlsieg im Mai wußte er, daß er diesmal die Bürde nicht wieder auf den Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel abwälzen konnte, sondern als „Hoffnungsträger" der Partei in die Verantwortung mußte.

„Johannes Cunctator" hieß zwar über Monate seine ohnehin liebste Rolle, aber die Entscheidung war längst gefallen. Am Montag abend zog er die Konsequenz: „Ich entziehe mich meiner Partei nicht. Ich tue den Dienst, wo ich ihr nützlich sein kann." Ein befreit wirkender Vogel stand dabei lächelnd im Hintergrund, nachdem er hinter den verschlossenen Türen ein „flammendes Plädoyer" für seinen Nachfolger als Kandidat gehalten hatte: Mit Rau „zeigen wir, daß wir für 1987 auf Sieg setzen".

Es waren nicht nur die taktischen Erwägungen, zu denen sein Zögern von Beratern nach außen hin hochstilisiert wurde, nicht allein das „Druckpotential des Restzweifels", das jedes Liebäugeln mit einem grünen Partner oder außen- und sicherheitspolitischen Seiltänzen verhindern sollte – Johannes Rau wollte aus ganz persönlichen Gründen den Sprung auf das unsichere Kandidaten-Karussell überhören.

Seine eigene Lebensplanung lief darauf hinaus, viele Jahre lang der Landesvater an Rhein und Ruhr zu sein, irgendwann vielleicht auch Nachfolger Willy Brandts auf den Zinnen der Partei, den „Stab Bebels" (Brandt) zu übernehmen. Es gebe schöneres als die Kanzlerkandidatur, nicht nur wegen des Risikos, 1987 „gegen die Plumpe zu laufen" (ein vertrauter Genosse), sagte er auch in diesem Sommer noch: „zum Beispiel Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen."

Hinzu kam das im relativ späten Mannesalter begründete Familienglück mit der Enkelin seines politischen Ziehvaters Heinemann und den – noch – zwei Kindern Anna Christina und Philip-Emanuel. Niemand entgeht ihm selbst bei brisanten Parteivorstands-Beratungen, ehe nicht die neuesten Fotos und Geschichten des Nachwuchses angehört wurden. Und wehe, es fehlt das notwendige Interesse. Rau ist dünnhäutig wie ein Elefant und mit einem mindestens genauso guten, notfalls auch nachtragenden Gedächtnis ausgestattet. „Wozu habe ich wohl noch eine Familie gegründet", stellte er in der WELT klar, „ich will meiner Tochter schließlich noch einen Mann aussuchen."

Bereits im letzten Europa-Wahlkampf unterhielt er die Zuhörer auf Marktplätzen mit seinen Künsten beim Windel-Wechseln; bei der NRW-Wahl waren die Bilder seiner Sprößlinge auf Plakaten nicht zu unterschätzende Werbeträger. Und als ihn am Montag abend ein Rundfunkreporter zum Interview für Dienstagfrüh überreden wollte, kam die Antwort: „Nein. Und wissen Sie auch warum? Weil ich mit meiner Tochter spielen will."

Nun reist er erst einmal, um seine außenpolitische Lektion zu lernen, in der Welt herum, wird regelmäßig an der Spitze der SPD-Länderchefs innenpolitische Wegmarkierungen setzen, „Regierungshandeln deutlich machen" (Brandt) und das „Gespräch in der Sache mit allen Bürgern und allen Gruppen" suchen – wobei Brandt bei dieser Ankündigung den Akzent auf „alle" setzte: Auf die Grünen als Koalitionspartner wird die SPD nach Raus Willen nicht schielen, auf deren Anhänger aber sehr wohl. Am 19. November will die Nummer Eins im westfälischen Ahlen den Führungsanspruch mit einer Grundsatzrede über „Soziale und ökologische Erneuerung in Frieden" sichtbar werden lassen.



Die Aufgaben sind geteilt: Parteichef Brandt, Kanzlerkandidat Rau und Fraktionschef Vogel FOTO: AP

Bibelfest ist der Predigersohn nachweislich, Kumpel an der Biertheke, *Alleinunterhalter* von hohen Graden auf Parteiabenden, aber auch Staatsmann ohne aufgesetzte, künstlich steife Würde. Seit Jahren gehört er zu denen, die auf Parteitagen die besten Stimmergebnisse einsacken. „Everybody's darling" nicht *nur* bei den Genossen, sondern auch bei vielen Bürgern scheint er ausweislich der Meinungsumfragen seit Monaten ebenfalls zu sein.

Manche vergleichen ihn mit Reagan, denn Rau scheint von einer ähnlichen Teflon-Schicht umgeben zu sein: Skandale und Mißergebnisse in seinem Land haben seiner Popularität keine Kratzer beibringen können, gleiten an ihm ab.

Aber es gibt andererseits auch nur wenige 54jährige, die so lange Politik als Beruf betreiben und zugleich so wenige inhaltliche Furchen hinterlassen haben. Als er nach der Kandidaten-Kür mit Hinweis auf das von ihm im Gegensatz zu Brandt in einer ersten Reaktion bereits in Moskau harsch kritisierte Bülow-Papier um seinen sicherheitspolitischen Standort gefragt wurde, kam denn auch die Antwort: „Die SPD hat hierzu klare Positionen" auf den letzten Parteitagen beschlossen, „an denen ich mitgearbeitet habe. Das werde ich auch in Zukunft tun." Nur, seine Handschrift läßt sich bisher nicht ausmachen.

Nicht der Spitzenkandidat, sondern Brandt markierte auch die Eckpunkte der Wahlauseinandersetzung: „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen soziale Ungerechtigkeiten, für die Sicherung des Friedens und für eine große, nationale Anstrengung zugunsten des Umweltschutzes." In der scharfen Tages-Auseinandersetzung soll sich ohnehin Rau „nicht verschleißen", wie es euphemistisch heißt. Dem Kanzler in den kommenden 71 Wochen Paroli bieten, „die Bundesregierung immer wieder mit den zentralen Themen der deutschen Politik konfrontieren und dabei die sozialdemokratischen Lösungsvorschläge vertreten" (Brandt) wird Vogel.



Gastwirt Holthaus und Stammgast Rau: Zweimal pro Woche ein Besuch in der Stammkneipe FOTO: TEUTOPRESS

Ob diese Taktik, *für die im* wesentlichen Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sowie die Rau-Vertrauten Wolfgang Clement (Parteisprecher) und Bodo Hombach (Landesgeschäftsführer) verantwortlich sind, richtig ist, wird sich noch erweisen müssen.

Johannes Rau ist ein Mann, der auf Harmonie bedacht ist, der Kontroversen so lange liegen läßt, immer wieder hin und her wendet, bis am Ende der einigende, von ihm vertretene Kompromiß gefunden ist. Er ist kein Visionär wie Brandt, nicht innen- und schon gar nicht außenpolitisch. Er ist aber auch kein so Detailkenntnis-reicher Präzisions-Fanatiker und Praktiker wie Vogel oder einst Schmidt. Nicht umsonst wird er – häufig hämisch gemeint – von den eigenen Genossen als „Kohl der SPD" gekennzeichnet.

Vieles verbindet die beiden Gegner des Wahlkampfs 1986/87 schon vom Naturell her. Es eint sie zusätzlich das Talent, gute Mitstreiter um sich zu versammeln, die sich für ihren Vormann zerreißen, selbst wenn sie – wie beispielsweise Friedhelm Farthmann – ursprüngliche harte Rivalen auf dem Weg an die Spitze waren. Und auch Kohl wurde von seinen Gegnern lange Zeit – und wird es manchmal auch heute noch – in seinem Beharrungs- und Durchsetzungsvermögen unterschätzt.

Gegenüber Bonn und dem dortigen politischen Treibhausklima, wo über den eigenen Nabel ungern hinausgeblickt wird, hat Rau eine tiefsitzende Aversion. Er ist lieber „dort, wo die Menschen sind", zu denen er auch dann Zugang findet, wenn sie eigentlich eher Anhänger der politischen Konkurrenz sind – am liebsten bei Pils und „Bütterken", wie die Mettbrötchen mit Gurken in seiner Heimat heißen. Doch nun muß er wohl, wie er es selbst ausdrückte „gelegentlich öfter" in der Bundeshauptstadt auftreten.

Es ist bisher eine nahtlose Polit-Karriere, die der gelernte Verlagskaufmann hinter sich gebracht hat, der einst vor dem Abitur die Schule verließ. Zielstrebig und mit viel *machtpolitischem Fingerspitzengefühl* hat er den Aufstieg geschafft, Konkurrenten wie seine jetzigen Kabinetts-Mitglieder Farthmann und Posser ausgebootet, ohne länger schmerzende Narben zu hinterlassen. *Nur die Aufgabe der Kanzlerkandidatur* hat er nicht angestrebt, sich gesträubt, auf dem Münchner Parteitag 1982 noch Vogel überlassen und sich in einem Vieraugen-Gespräch im Hotelzimmer statt dessen für das *repräsentative Amt* des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden entschieden.

Am Montag war nun sein „hic rhodos, hic salta" – und im Hinterkopf hat Rau dabei immer seine größte Schreckensvision, als Oppositionsführer in Bonn bleiben zu müssen, falls er im Januar 1987 zu kurz springt.

Flug AR 880 – der große Satz über das ewige Eis

Seit einem Jahr fliegen die Argentinier im Linienflug die südlichste Route der Welt: 10 900 Kilometer von Buenos Aires nach Auckland in Neuseeland, davon 8000 Kilometer über Meer und die Eiswüste der Antarktis. Bei aller Perfektion: kein Routine-Flug.

Von GÜNTHER BADING

Knapp vermeldet die Anzeigentafel im internationalen Flughafen Ezeiza von Buenos Aires: AR 880 Buenos Aires–Auckland. Ein Flug wie jeder andere? So scheint es, wenn da nicht der Zusatz „vuelo traspolar" wäre, der einen Flug über das südliche Polargebiet ankündigt. Erinnerungen werden wach an Bücher, in denen von den Strapazen der Antarktisforscher auf dem schwierigen Landweg die Rede war; und an die Beschreibung des sensationellen ersten Flugs über den Südpol durch den Amerikaner R. E. Byrd am 29. November 1929.

Seit fast einem Jahr fliegt die argentinische Gesellschaft „Aerolineas Argentinas" schon auf der im weiten Bogen um den Südpol geschwungenen Route nach Neuseeland. Und dennoch hat dieser gewaltige Sprung von 10 000 Kilometern noch immer etwas Pionierhaftes. Kein anderer Linienflug führt so weit ab von der Zivilisation über eine menschenleere Wasser- und Eiswüste um die halbe Welt. Andere Luftverkehrsgesellschaften meiden die Südpolar-Route noch. Neuseeland ist von Europa aus für sie nach wie vor nur über Südostasien oder über das nordamerikanische Festland und Hawaii erreichbar.

Wichtig sind die rettenden Stützpunkte

Keine andere Linie allerdings verfügt auch über soviel Erfahrung mit Antarktis-Flügen. Die Argentinier haben dort ihre festen Luftwaffen- und Marine-Stützpunkte – eine Voraussetzung für den Flug auf der südlichsten Route der Welt. Denn, wo der nächste Landeplatz Tausende von Kilometern entfernt liegt, da kommt es nicht allein auf technische Zuverlässigkeit an. Wichtig ist die Nähe rettender Basen auf dem antarktischen Kontinent und die ständige Funkverbindung mit diesen Stützpunkten nach Verlassen des Bereichs der Flugkontrolle in Südchile und vor dem ersten Kontakt mit den neuseeländischen Lotsen nach fast elfstündigem Flug.

Die gewaltige Boeing 747 fliegt zunächst von Buenos Aires auf geradem Kurs nach Süden. 2700 Kilometer sind es bis nach Rio Gallegos auf dem Südzipfel des Halbkontinents. In der baumlosen patagonischen Ebene, wo noch vor einem Jahrzehnt die Landebahnen gerade für Propeller-Flugzeuge mittlerer Größe ausreichten, erwarten den erstaunten Fluggast eine großzügige Runway und moderne technische Einrichtungen zur letzten mechanischen Kontrolle vor dem Flug über die eisigen Wasser des südlichen Pazifik. Die moderne Technik rührt nicht zuletzt daher, daß der Flughafen von Rio Gallegos im Krieg mit Großbritannien um die Malvinas (Falkland-Inseln) Start- und Landeplatz der argentinischen Luftwaffe gewesen ist. *Noch heute* ist die Luftwaffe Hausherr auf dem Flugplatz.

Nach knapp einstündigem Warten in der Cafeteria des Flughafengebäudes, zwischen Menschen, deren wettergebräunten Gesichtern man vielfach den indianischen Einschlag des patagonischen Schafhirten ansieht, geht es wieder an Bord. Der Flug hatte um 8.00 Uhr Ortszeit in der argentinischen Hauptstadt begonnen. Jetzt ist es bald Mittag. Rund elf Stunden dauert der Flug nach Auckland auf der subtropischen Nord-Insel Neuseelands noch. Man käme also zu nachtschlafener Zeit, kurz nach Mitternacht an. Tatsächlich aber erlebt der Fluggast seinen wohl längsten Tag: Die Sonne geht auf dem gesamten Flug nicht unter. Man landet in Neuseeland am frühen Nachmittag. 15 Stunden Zeitunterschied machen sich bemerkbar. Man kann rund 18 Stunden lang ununterbrochenen Sonnenschein genießen.

Mit fünf Piloten und Autopilot

Im Cockpit herrscht die übliche gelassene Ruhe eines Langstreckenfluges. Fünf Piloten sind an Bord. Zwei schlafen gerade. Die Boeing 747 wird vom Autopiloten auf Kurs gehalten. Wir sind knapp 35 000 Fuß hoch, fliegen mit 437 Knoten nach Westen. Kapitän Roberto Ferro, einer der erfahrensten Kapitäne der Gesellschaft, erzählt von den ersten Flügen auf der Südpolar-Route. Zum ersten Mal hatte man diesen Sprung von insgesamt 10 900 Kilometern, davon rund 8000 über Wasser und das Eis der Antarktis, am 7. Juni 1980 gewagt. Eigentlich sollten schon 1982 Linienflüge beginnen. Wie so vieles in Argentinien hat der Malvinen-Krieg auch diesen Plan zunächst verhindert.

Ferro erklärt, warum man auf dem Hinflug nach Neuseeland so weit nach Süden ausweicht und noch eine Zwischenlandung in Patagonien macht. Es sind nicht etwa technische Gründe, denn zurück geht es von Auckland direkt nach Buenos Aires – in nur zehneinhalb Stunden. Ursache sind die „Brüllenden Vierziger", eine starke westliche Luftströmung auf dem 40. Breitengrad, gegen die anzufliegen einen stark erhöhten Kraftstoffverbrauch bedeuten würde. Im übrigen würde dann den meisten Passagieren auch das gute Essen – saftige Steaks und tiefroter, kräftiger argentinischer Rotwein – beim Ritt gegen die „Brüllenden Vierziger" wohl kaum noch munden.

Die Südpolar-Route bietet dem Weltreisenden neue Möglichkeiten. Zwar werden 80 Prozent des Passagieraufkommens – derzeit fliegt man im Vierzehn-Tage-Rhythmus, will aber zum Jahresende wöchentlich fliegen – heute noch von nach Australien oder Neuseeland ausgewanderten Südamerikanern gestellt, die bisher über Hawaii und Los Angeles reisen mußten.

NRW nicht benachteiligt

Schwarz-Schilling: Kein Rückstand beim Glasfasernetz

PETER JENTSCH, Bonn

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling hat in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau den Vorwurf zurückgewiesen, Nordrhein-Westfalen werde beim Ausbau des Glasfasernetzes benachteiligt. Nach dem heutigen Planungsstand sei bereits 1986 der Aufbau örtlicher Glasfasernetze in Köln, Bonn, Essen, Düsseldorf und Dortmund vorgesehen, und der weitere Ausbau werde zur Zeit untersucht, betont Schwarz-Schilling.

Die Glasfaser-Weitverkehrsverbindung, die bis Ende 1986 bundesweit von Nord nach Süd fertiggestellt sein werde, erreiche noch in diesem Jahr Münster, und auch das Teilstück Köln-Bonn werde noch 1985 realisiert. Schwarz-Schilling: „Von einem Rückstand Ihres Landes beim Glasfasernetzausbau gegenüber Baden-Württemberg oder anderen Bundesländern kann also überhaupt keine Rede sein."

Nachdrücklich weist der Minister auch Raus „Vermutung" zurück, bei den Ausbauplanungen des Integralen digitalisierten Fernmeldenetzes (ISDN) gäbe es Präferenzen für den süddeutschen Raum. Die Orte für ISDN-Pilotprojekte seien unter dem Gesichtspunkt ausgewählt worden, möglichst günstige technische und betriebliche Randbedingungen zu schaffen. Dazu gehöre die Nähe zu den Herstellerfirmen. Der Einsatz digitaler Ortsvermittlungstechnik beginne bundesweit 1985/86, zur Zeit *werde in Wuppertal eine digitale Orts*vermittlungsstelle aufgebaut. Schwerpunkt der Digitaltechnik könne künftig das Ruhrgebiet werden.

„Von einer Bevorzugung der von der Union regierten Länder" bei der *Suche nach freien TV-Kanälen* für lokale Fernsehsender könne ebenfalls keine Rede sein, schreibt Schwarz-Schilling. Der Auftrag sei „an alle Oberpostdirektionen ergangen". Betroffen seien 70 Städte, davon die Hälfte in Nordrhein-Westfalen.

Richtig sei allerdings, daß die Untersuchung in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein dringlich erfolgen solle, da aufgrund der dort bestehenden oder angestrebten medienrechtlichen Voraussetzungen ein hohes Interesse bestehe. „Ich nehme zur Kenntnis, daß inzwischen auch das Land Nordrhein-Westfalen an einer Nutzung lokaler Sendemöglichkeiten besonders interessiert ist"; dies werde berücksichtigt.

CDU besorgt über Politik der EKD

idea, Bonn

Mit Sorge verfolgt die CDU, in welcher Weise sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit der Deutschland- und Ostpolitik befaßt. Eine interne Studie der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, die sich mit der gegenwärtigen Lage des Protestantismus auseinandersetzt, rät dazu, aufmerksam zu beobachten, wie sich die Wahl des SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Schmude zum Präses der EKD in einem neuen deutschlandpolitischen Engagement der Kirche niederschlagen könnte.

Besorgt verfolgt die CDU die Spannungen zwischen ihrer Partei und zahlreichen Kirchenleitungen und Theologen etwa in Fragen der Sicherheitsfragen und Umweltpolitik. Sie sieht ein einseitiges politisches Engagement zahlreicher Pfarrer, dem kaum Einhalt geboten werde.

Fast jeden Tag ein Anschlag

E. N. Bonn

Von Anfang Januar bis Ende August dieses Jahres gab es in der Bundesrepublik Deutschland fast jeden Tag einen politisch motivierten Brand- oder Sprengstoffanschlag. Darauf hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern zur Eröffnung einer Arbeitstagung „Gewalt und Kriminalität" des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden aufmerksam gemacht. Gegenüber den 143 Anschlägen im Vergleichszeitraum 1984 seien jetzt bereits 184 erfaßt worden. Mit besonderer Aufmerksamkeit müsse die engere internationale Kooperation der Terrorgruppen beobachtet werden.

Unter Hinweis auf Richtersprüche zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, die im Widerspruch zum Bundesverfassungsgericht stünden, warnte Zimmermann vor einer Politisierung der Justiz.

Die Sozialdemokraten wollen zum „guten Klima" beitragen

Von HANS-R. KARUTZ

Die Berliner Sozialdemokraten bieten dem CDU/FDP-Senat an, ihren Teil dazu beizutragen, „insgesamt günstige Rahmenbedingungen und ein gutes Klima für die Stadt zu erhalten". Diese Offerte machte – ungeachtet der auch auf die Stadt ausgedehnten Kontroverse über das Bülow-Militärpapier – der Vorsitzende des für die politische Landschaft Berlins wichtigsten Parlamentsausschusses, der frühere Finanzsenator und neue SPD-Landeskassierer Klaus Riebschläger.

In einem Gespräch mit der WELT sagte er: „Berlins Schicksal wird auch weiterhin von der Wirtschaft bestimmt." Die Stadt habe „schon ganz andere, nämlich echte Bedrohungen" überstanden als die von der Union behauptete Unsicherheit für Berlin, die vom Inhalt des Bülow-Papiers ausgehe. In diesem Sinne hatte sich nach Bekanntwerden der umstrittenen Thesen des SPD-Verteidigungsexperten Berlins Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) geäußert. (Währenddessen fand SPD-Fraktionschef Walter Momper in dem Papier einen „diskussionswürdigen Denkanstoß".)

Riebschläger meinte, für die politische Kultur in der Bundesrepublik wäre es wichtig, wenn sich weder die Union in „Vor-Verurteilungen" ergehe noch die SPD sich „mit jeder These" von Bülows identifiziere.

Berlins SPD-Führung hat sich nach dem Schock des Wahl-Fiaskos vom 10. März und der Reduzierung der SPD zu einer „Drittel-Partei" neu geordnet. Neben dem linken Landeschef Jürgen Egert bauen die Genossen auf die Pragmatiker und problembewußten, konzeptionell und in längeren Zeitabläufen denkenden Partei-Recken wie Klaus Riebschläger, den Bundestagsabgeordneten Nils Diederich – Gegenkandidat zu Egert – und den neuen Geschäftsführer Hans Kremendahl. „Innovativ" – der Hang zu dieser Lieblingsvokabel *verbindet* Riebschläger, Vorstandsmitglied der angesehenen Wohnungsbaukreditanstalt, mit Wirtschaftssenator Elmar Pieroth.

Mit Riebschläger bekam zudem ein anerkannter „Generalist" in der neuen SPD-Spitze das wichtigste politisch-parlamentarische Feld bis Ende der achtziger Jahre überlassen: die Arbeit an den wirtschaftichen Perspektiven der Stadt und die Kontaktpflege zur Berliner Wirtschaft, *wo er – auch von politischen Stürmen* nicht zerzaust – hohes Ansehen genießt. Die SPD will auf dieser Flur, auf der der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen zu einem „Wettstreit der Ideen" aufrief, mittelfristig und in Wählerstimmen gemünzt, die Ernte einfahren.

„Wir werden immer wieder den Finger auf die Wunden einer unserer Meinung nach auch weiterhin unzureichenden Politik für die 75 000 Arbeitslosen in der Stadt legen", kündigte Riebschläger in dem Gespräch an. Die Partei werde sich „mit überzeugenden eigenen Vorschlägen" zu Wort melden. Denn auch die Sozialdemokraten wissen, daß bei sämtlichen Umfragen die Wirtschafts- und

Landesbericht Berlin

Arbeitsmarktlage die Sorge Nr. 1 aller Berliner geblieben ist . . .

Riebschläger – als Landeskassierer zugleich Chefsanierer der organisatorisch und finanziell allmählich wieder zu sich selbst findenden Berliner SPD – steckt einige Zielmarken ab: „Das Wählergebnis vom 10. März hat eines gnadenlos widerlegt: Berlin sei strukturell eine sozialdemokratische Stadt und lediglich konjunkturell von der CDU übernommen worden". Vermeintliche, aber lediglich „eingebildete" Sympathie der Berliner für die SPD helfe der Partei keineswegs weiter.

Der SPD-Politiker setzt auf die ausgerufene Offensive des Senats für die rund 75 000 Arbeitslosen in Berlin. Ihre Zahl entspricht nahezu zehn Prozent aller Beschäftigten außerhalb des öffentlichen Dienstes. Der hohe Anteil ungelernter Kräfte, die kaum zu vermitteln sind, verschärft das Problem weiter. Riebschläger weist Vorwürfe, frühere SPD/FDP-Regierungen hätten sich dem Technologie-Thema verschlossen, strikt zurück: „In dieser Hinsicht müssen wir uns nichts vorwerfen lassen. Seit *Mitte der siebziger Jahre haben wir* im damaligen Senat, unter den damals durchaus nicht immer freundlichen Blicken aus dem Gewerkschaftslager, ein positives Verhältnis *zur Innovation und zu den neuen* Technologien entwickelt. Wir betrachten sie allerdings nicht als Allheilmittel dafür, die strukturellen Probleme der Arbeitslosigkeit in Berlin zu beseitigen."

Die Idee einer Qualifizierungskampagne – im Wahlkampf von Pieroth und seinem damaligen Vize und heutigen Finanzsenator, Günter Rexrodt (FDP), kreiert – komme spät, aber „gewiß nicht zu spät". Zudem handele es sich dabei um die Kopie einer DGB-Forderung.

Der SPD-Politiker, der für seine Partei eine „Politik der Mitte" ansteuert, erteilt der denkbaren Strategie einer „zerstörerischen Opposition" eine Absage. Auf frühere Attacken des damaligen CDU-Fraktionschefs Lummer anspielend, meinte Riebschläger: „Wir verzichten auf derartige Elemente, die früher uns gegenüber von einer keineswegs auf den Ruf der Stadt bedachten Union gebraucht worden waren."

Zur Neubelebung der SPD an der Spree bemerkt Riebschläger selbstkritisch: „Heute wissen wir, warum die SPD seit 1975 Stück für Stück die Macht preisgeben mußte: Es war schlicht ihre Unfähigkeit, irgend etwas wichtiger zu nehmen als sich selbst. Die Stadt galt als Lehen der Partei. Die enormen Verluste zur *Mitte* hin und der *Drang* der Jungen zu den Alternativen haben zur Neubesinnung beigetragen."

Wolle die SPD wieder mehrheitsfähig werden, dann müsse ihr der „radikalste Wandel in ihrer stärksten Schwäche" gelingen: „Wir sind zur typischen ‚in-group' verkümmert." Das verständliche Anlehnungsbedürfnis der Berliner werde heute durch die CDU wesentlich effektiver gestillt: „Wehleidigkeit gegenüber den Medien", der Hang zur „Resolutionitis" und eine unmoderne Orga*nisations- und Finanzstruktur hätten* die SPD zurückgeworfen.

Vorsichtig und eher verklausuliert entdeckt Riebschläger dennoch Morgenröte am politischen Horizont: „Wenn alles optimal läuft, dann liegt die Zukunft der Berliner SPD nicht *in ihrer Vergangenheit.*"

Nicht auf Weltniveau

Ost-Berlin: Immer noch zu hohe Kosten in der Industrie

hrk. Berlin

Die Berufstätigen in der „DDR" müssen sich, je näher das Jahresende und der Übergang zum nächsten Fünfjahrplan rücken, auf einen weiter erhöhten Leistungsdruck einstellen. Ostberlins Vize-Finanzminister Siegfried *Zeißig (SED) verwies jetzt* darauf, es bedürfe noch „erheblicher Anstrengungen", um bei der unbedingt einzuhaltenden Senkung der Kosten in Industrie und Wirtschaft „das Jahresziel zu erreichen".

Der hohe Parteifunktionär unterstrich, die Kosten für die Herstellung der „DDR"-Industrieprodukte – sie müssen auf dem europäischen Markt erheblich „kämpfen", und es fehlt ihnen häufig noch immer das verlangte Weltniveau – müßten 1985 um 2,6 Prozent gesenkt werden. Auf diesem Wege seien jedoch noch immer „Rückstände" zu beklagen, räumte Zeißig ein. Er ließ in seinem Beitrag für den „Morgen", Organ der Liberaldemokraten in der „DDR", das beliebte Argument nicht gelten, das Wetter sei mal wieder an allem schuld.

Zeißig äußert nun die Befürchtung, das ehrgeizige Ziel einer Selbstkostensenkung in der Industrie *um* weitere 2,6 Prozent für 1985 (1984 waren von den Staatsplanern 2,3 Prozent verlangt worden) könnte verfehlt werden. Die vorhandenen Reserven auf diesem Gebiet seien noch „nicht ausreichend genutzt worden", bemängelte der Finanzexperte.

Was auf die „DDR"-Werktätigen an weiteren Belastungen und Strapazen in den nächsten Wochen zukommen könnte, ließ Zeißig in seinem Zeitungsbeitrag nicht im verborgenen. Als Rezept empfahl er den weiteren Ausbau der „rollenden Woche" – das heißt, eine dreimal acht Stunden lange Schicht hält die häufig gegen teure D-Mark oder Dollars angeschafften modernen Maschinen Tag und Nacht in Schwung.

Zeuge von Fall und Aufstieg

GEORG SCHRÖDER, Bonn

Durch einen Autounfall in Frankreich ist Rolf Lahr aus dem Leben gerissen worden. Als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als Botschafter, zuletzt in Rom, war dieser Mann des Jahrgangs 1908 ein Beamter, der sich große Verdienste um die Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland erworben hatte.


Rolf Lahr (76) starb bei einem Autounfall

Lahr war Jurist und *kam* von der Wirtschaftspolitik her. Sein Name wurde weiteren Kreisen bekannt, als er 1958 zum Sonderbotschafter ernannt *und mit der* Führung der ungewöhnlich schwierigen Verhandlungen über ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen beauftragt wurde. Ob es um das Saar-Statut oder um das deutsch-holländische Abkommen zur Regelung der aus der Kriegszeit herrührenden Fragen ging, immer wurde dieser zähe, nicht aus der Ruhe zu bringende, stets fröhlich wirkende Sonderbotschafter von Heinrich von Brentano eingesetzt. So war es denn auch nur logisch, daß er der Staatssekretär im Auswärtigen Amt für Handelspolitik, Entwicklungshilfe, Kulturpolitik wurde.

1981 faßte der inzwischen im Ruhestand lebende ewige Junggeselle viele seiner privaten Briefe, die er an seine Adoptivmutter oder an seine Geschwister geschrieben hatte, zu einem ungewöhnlichen Buch zusammen: „Zeuge von Fall und Aufstieg". In der Einleitung *sagte Lahr*: „Ich gehöre einer Generation an, die von sich sagen kann, daß sie soviel erlebt wie drei frühere Generationen zusammen: *Meine Generation* hat in ihrer Jugend verhängnisvoll geirrt. Die Irrtümer, die heute drohen, sind nicht ungefährlicher." Lahr fügte hinzu, wer von der Vergangenheit nichts wisse, irre leicht in der Gegenwart, eine These, von der er hoffte, die Jungen nicht zu verärgern, die die Vernachlässigung der Geschichte für fortschrittlich hielten. An all das, an das Wirken und Denken dieses bedeutenden *Mannes sei in der Stunde* erinnert, in der wir seiner gedenken.

Zum anderen Teil Deutschlands war das Verhältnis von Willy Brandt schon immer kühl

P. PHILIPPS/R. KARUTZ, Bonn

Es ist ein weiter politischer Weg, dessen vorläufig letzte Markierung der SPD-Vorsitzende Willy Brandt heute setzt, wenn er gegen 14 Uhr in der Bornholmer Straße von Berlin (West) nach Berlin (Ost) fährt, von Erich Honecker mit allen Ehren empfangen, die für höchste Gäste zur Verfügung stehen. Zum ersten Mal seit dem Treffen mit Willi Stoph in Erfurt 1970 ist der Lenker einer „neuen Ostpolitik" wieder Gast der SED.

„Willy, Willy" schallten an jenem 19. März die von Rundfunk- und Fernsehanstalten in alle Welt übertragenen Rufe über die Straßen von Erfurt. Polizei-Ketten wurden überrannt. Eher verschämt nahm der damalige Bundeskanzler die Ovationen entgegen. Die Rufe sind gemeinsam mit vielen Hoffnungen verhallt, in den innerdeutschen Beziehungen herrscht der Alltag, zu dem auch gehört, daß die Herrschenden in Ost-Berlin alles daransetzen werden, daß sich Szenen wie in Erfurt nicht wiederholen. „Die lassen mich in der DDR nicht frei herumspazieren, die denken gar nicht daran", dämpfte Brandt selbst kürzlich in seinem alten Berliner Wahlkreis Wedding alle Hoffnungen. Helmut Schmidts Gang durch das zur Geisterstadt abgeriegelte Güstrow ist da noch in genauso guter Erinnerung wie Brandts einziger Kurz-Aufenthalt in der „DDR", als er 1981 François Mitterrand auf der Fahrt von dessen einstigem Internierungslager in Thüringen in den Westen begleitete: *Die gesamte Autobahnstrecke war weiträumig abgesperrt.*

Sicherlich war es vor allem Günter Guillaume, der von östlichen „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) an des Kanzlers Seite plazierte Spion, der Brandt-Reisen in die „DDR" bis zum heutigen Tag verhindert hat. Der 1974er Verrat im doppelten Sinne, inszeniert von den als Entspannungspartnern auserkorenen Mächtigen im anderen Teil Deutschlands, sitzt tief. Bis heute verschweigt sich Brandt auch im kleinen Kreis, wenn auf seine Gefühle gegenüber der „DDR"-Führung nach dem Auffliegen Guillaumes die Rede kommt. Daß er nun fährt, hat auch etwas mit einer inzwischen gewachsenen Geste der Erhabenheit über kleinkarierte Funktionäre zu tun, die ihm dieses *Kuckucksei ins Nest plaziert haben.*

Repräsentant einer veränderten Ost- und Deutschlandpolitik – dies ist das Markenzeichen Willy Brandts seit den sechziger Jahren. Doch dabei wird allzu leicht übersehen, daß hierbei erhebliche Unterschiede zu machen sind: Für den Emigranten und Widerstandskämpfer während des Dritten Reichs gehörte die Aussöhnung, die enge partnerschaftliche Beziehung zu Moskau, Warschau und Prag vor allem zu den Antriebskräften seines Handelns. Der Kniefall in Polen symbolisierte dies. Zum anderen Teil Deutschlands ist sein Ver*hältnis sehr viel distanzierter.*

Hier ist der SPD-Vorsitzende auch heute noch von seinen Berliner Erfahrungen *beeinflußt, von seiner Zeit* als Regierender Bürgermeister in schwerem politischen Wetter. Wer erinnert sich heute, da das Wort vom anderen deutschen Staat so leicht über die Zunge geht, noch daran, daß es Brandt war, der zu den letzten Spitzenpolitikern gehörte, die noch abfällig von „der Zone" sprachen? Im Jahre 1960, gerade zum ersten Mal als Kanzlerkandidat der SPD aufgestellt, *forderte er:* „Wir müssen endlich unsere Passivität überwinden und geistig und politisch stärker auf die Zone einwirken. Was immer die Zonenmachthaber tun, sie *können* nicht ignorieren, daß es das andere, das eigentliche Deutschland gibt." Es war noch vor dem Mauerbau, daß Brandt die „deutschen Patrioten" lobte, die „in der Zone Widerstand *leisten* und dafür in die Kerker wandern oder ihre eigene Heimat verlassen".

Es war aber vor allem der aus Dresden stammende Herbert Wehner, der die Mächtigen in Ost-Berlin noch aus gemeinsamer Vergangenheit kannte, der sich *dieser Patrioten* in den Kerkern annahm, sich um innerdeutsche Reiseerleichterungen kümmerte – kurzum das deutschlandpolitische Feld im Verborgenen wirkungsvoll beackerte. Hans-Jochen Vogel ist inzwischen in seine Fußstapfen getreten. Brandt behielt immer eine innerliche Distanz zu dem Geschehen östlich der Elbe. Symptomatisch ist dafür auch, daß in einem rororo-Bändchen über „Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den siebziger Jahren" Herbert Wehner über die Deutschlandpolitik schrieb. *Brandt beschäftigte sich mit* Europa.

Mit einem Redneraustausch hatten im Frühjahr 1966 erstmals Kontakte zwischen demokratischen und Einheits-Sozialisten aufgenommen werden sollen. Brandt, Wehner und Erler wollten in *Chemnitz* (heute: Karl-Marx-Stadt) und Hannover mit Ulbricht und anderen diskutieren. Zu den vorformulierten Fragen gehörte an erster Stelle: „Wie soll denn in Deutschland offen und unbefangen diskutiert werden, wenn auf Menschen geschossen wird, weil sie aus dem durch Minenfelder, Mauer und Drahtverhauen abgetrennten Teil ihres deutschen Vaterlandes ausbrechen wollen?"



Willy Brandt 1970 in Erfurt: Stophs Lächeln mochte er nicht teilen
FOTO: SVEN SIMON

Das Ende ist bekannt, die SED verzichtete auf derartige Diskussionen. Derjenige, der dem seit kurzem amtierenden SPD-Vorsitzenden Brandt die Absage übermitteln ließ, heißt Erich Honecker, *damals als* Politbüromitglied für Sicherheitsfragen zuständig. „Kommunistische Drückebergerei" lautete Brandts Antwort.

„Wandel durch Annäherung" lautete die Formel von Brandts ostpolitischem Chefarchitekten Egon Bahr, der heute ebenso wie der deutschlandpolitische Berater Günter Gaus mit von der Partie ist. Gewandelt hat *sich seit jenen Tagen in der Tat manches*, geblieben ist Brandts innere Distanz zu den Herrschern in der „DDR". Niemals wäre er auf die Idee gekommen, zur Hilfe für verfolgte Menschen in Honeckers Landhaus in der Schorfheide zu fahren, wie dies Wehner im Frühjahr 1973 gemacht hat. Er kommt, mit allen erdenklichen Aufmerksamkeiten empfangen und untergebracht im Schloß Niederschönhausen, um möglichst weitergehende, größere Perspektiven zu besprechen.

Daß er trotz allem aber die deutsche Geschichte, das Thema Nation unverändert im Gedächtnis behält, wird mit Besuchen im „Museum für deutsche Geschichte" und am „Ehrenmal" in der alten Berliner Prachtstraße Unter den Linden ebenso deutlich wie mit dem Abstecher am *Ende in Goethes Heimatstadt* Weimar.

Studie widerlegt Sorge der Krankenversicherer

„Auch sozial tragbare Selbstbeteiligung kostendämpfend"

PETER JENTSCH, Bonn

Was Gesundheitsökonomen als Mittel der Kostendämpfung im Medizinbetrieb schon lange fordern, belegt jetzt eine von der Robert-Bosch-Stiftung geförderte, international vergleichende Studie: auch eine sozial tragbar gestaltete Selbstbeteiligung der Patienten wirkt kostendämpfend. Die Studie mit dem Titel „Sozial tragbare Selbstbeteiligung in der sozialen Krankenversicherung" widerlegt damit *Bedenken etwa der Verbände der* gesetzlichen Krankenversicherung, wonach eine Selbstbeteiligung unter Berücksichtigung sozialer Kriterien keinen Beitrag zur Kostendämpfung leisten könne.

Nach Darstellung der Studie zeigt die Selbstbeteiligung in den untersuchten Ländern einen „signifikanten Steuerungseffekt". Sie kommt zu dem Ergebnis: „Bei einer Erhöhung *der Selbstbeteiligung um zehn Prozent* ist mit einer Senkung des Kostenniveaus von 1,9 Prozent zu rechnen." Dabei variiere der Steuerungseffekt nach Leistungsarten und Versichertengruppen; Bezieher geringer Einkommen reagieren im allgemeinen stärker auf Selbstbeteiligungsänderungen (etwa durch eine geringere Inanspruchnahme von Leistungen) als Bezieher höherer Einkommen.

Dies sei bei der Gestaltung der Selbstbeteiligung zu berücksichtigen, etwa durch eine Differenzierung *nach sozialen Kriterien, durch Härte*regelungen bei besonderen Belastungen oder durch eine öffentliche Bezuschussung eigentlich versicherungsfremder, aber politisch *gewollter* Leistungen (z. B. Abtreibung auf Krankenschein).

Klarer Steuerungseffekt

Die Studie zeigt weiter, daß ein Versicherter in Schweden mit 182 Mark doppelt soviel aus der eigenen Tasche hinzuzahlt wie in der Bundesrepublik (92 Mark). In Belgien (305 Mark), Frankreich (304) und in der Schweiz (328) ist es mehr als das Dreifache. Diese Selbstbeteiligungsunterschiede in den fünf untersuchten *Ländern haben nach Darstellung der* Studie für die Zeit von 1975 bis 1981 „zu einem feststellbaren Steuerungseffekt bei den Krankheitskosten" geführt. Dabei basiere die Selbstbeteiligung sowohl in Schweden wie in der Schweiz auf dem Sachleistungsprinzip (die Leistungsträger rechnen mit den Kassen ab). Es müsse also nicht erst ein Kostenerstattungsprinzip (der Versicherte zahlt voraus und erhält den Aufwand von der Versicherung erstattet) eingeführt werden, wohl aber eine versichertenbezogene Abrechnung der Leistungen.

Das Sachleistungsprinzip in Verbindung mit einer Zuzahlung bei ambulanten ärztlichen Leistungen hätte zudem den Vorteil, *daß* einzelne Ärzte Honorarforderungen nicht einseitig zu Lasten der Versicherten (also ohne Verträge mit den Krankenkassen) durchsetzen können.

Das Beispiel Schweden

Als „unverständlich" *stellt die Studie heraus*, daß nach dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik zumindest teilweise die Versorgung schwerer Pflegerisiken dem einzelnen zugemutet werde, während Bagatellerkrankungen in der Regel solidarisch finanziert würden. Im Ausland seien höhere Zuzahlungen für die Behandlung geringfügiger Krankheiten selbstverständlicher als in Deutschland.

Die Studie schlägt vor, die Selbstbeteiligung auf Teile der ambulanten ärztlichen Versorgung *auszudehnen*, etwa auf die Konsultation von Fachärzten, Folgebehandlungen, einzelne technische Leistungen und Überweisungen. Um Belastungskumulationen aus verschiedenen Leistungsbereichen zu begrenzen, wird die Einführung einer „Selbstbeteiligungskarte" nach schwedischem Muster empfohlen. Darauf sollen alle ambulanten Behandlungen eingetragen werden, *die* von der 15. an in einer Abrechnungsperiode (Quartal) selbstbeteiligungsfrei sind.

Durch eine solche Karte ließen sich die Selbstkosten im Falle häufiger verschiedener Leistungsinanspruchnahmen in einem Quartal (z. B. ärztliche Behandlung, Arzneimittel, Zahnersatz, Krankenhaus oder Heil- und Hilfsmittel) begrenzen. Um die Verschleppung von Krankheiten zu *vermeiden*, weil vielleicht jemand auf einen Arztbesuch aus Kostengründen verzichtet, soll die Konsultatiuon eines niedergelassenen Allgemeinmediziners nicht *zuzahlungspflichtig* gemacht werden.

Für die SPD ist das Gymnasium gescheitert

dpa, Bonn

Klagen über angebliche Benachteiligung von *„Höchstbegabten" sind* nach Auffassung der Sozialdemokraten ein Eingeständnis der Konservativen, daß das traditionelle Gymnasium gescheitert ist. In einer Konferenz sozialdemokratischer Bildungspolitiker in Bonn empfahlen der saarländische Kultusminister Professor Diether Breitenbach und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern, eine neue Offensive für die Einführung von Gesamtschulen als Antwort auf das „gescheiterte traditionelle Gymnasium" zu starten. Sie sei die einzige Schule, die Breitenbildung garantiere und mit ihren individuellen und differenzierten Angeboten zugleich auch auf die besonderen Bedürfnisse und Neigungen hochbegabter Kinder eingehen könnte.

In der Diskussion wurde zugleich gefordert, die Gesamtschule solle sich wieder stärker auf ihre ursprünglichen pädagogischen *Reformziele* besinnen. Für die Schüler sei nicht allein abfragbares Schulwissen entscheidend, sondern vielmehr Phantasie, Kreativität, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit.

Nachrüstung: Den Haag deutet Stationierung an

HELMUT HETZEL, Den Haag

Mit bemerkenswerter Deutlichkeit hat die niederländische Königin Beatrix in ihrer diesjährigen Thronrede gestern im historischen Rittersaal des holländischen Parlamentes die bisherige und künftige Politik der Haager Mitte-Rechts-Regierung unter Führung des christdemokratischen Premierministers Ruud Lubbers dargestellt. Vor allem der Appell an ihre 14 Millionen Landsleute, bei jeder von der Regierung zu treffenden politischen Entscheidung „Respekt vor den demokratischen Bildungs- und Entscheidungsprozessen der Mehrheit des Parlaments" zu beweisen, wird in Den Haag als deutlicher Hinweis gewertet, daß die Regierung Lubbers intern bereits über die Stationierung der im Rahmen der NATO-Nachrüstung für Holland vorgesehenen 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen des Typs Cruise Missile entschieden hat und diese Raketen auf dem Militärstützpunkt Woensdricht im Süden des Landes auf jeden Fall aufstellen lassen will.

Die offizielle Stellungnahme der Regierung dazu wird allerdings erst zum 1. November erwartet. Zudem war an diesem für die Niederlande historischen dritten Dienstag im September in Den Haag hinter vorgehaltener Hand zu erfahren, daß das Kabinett Lubbers beabsichtige, einen mit den USA noch auszuhandelnden Vertrag über die Modalitäten der Raketenstationierung juristisch so auszuformulieren, daß er einseitig nicht aufkündbar sein soll. Eine im Frühjahr eventuell aus den Parlamentsneuwahlen hervorgehende holländische Regierungskoalition mit sozialdemokratischer Mehrheit hätte dann keine Möglichkeit mehr, eine erfolgte Stationierung im nachhinein rückgängig zu machen.

Weiterer Schwerpunkt der Thronrede, die de facto eine Regierungserkärung ist und von Kabinett und Premier ausgearbeitet und formuliert, von den Königin also lediglich verlesen wird, stellte die Wirtschaftspolitik dar. Hier betonte das niederländische Staatsoberhaupt , daß man auch künftig auf Sparkurs bleiben werde.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

London verstärkt seine Präsenz im Nahen Osten

Kairo und Amman erwarten britische Vermittlerrolle

REINER GATERMANN, Dundee

Als das britische Außenministerium die Ausweisung sechs weiterer sowjetischer Staatsbürger bekanntgab, saß Premierministerin Margaret Thatcher bereits im Flugzeug Richtung Kairo. Danach wird sie auf ihrer insgesamt fünftägigen Reise Jordanien besuchen. Obwohl die Regierung in London nachdrücklich betont, daß Frau Thatcher „ohne eigene Friedensinitiative" nach Nahost komme, setzen ihre Gastgeber offenbar doch große Erwartungen in den Besuch. Die Briten sehen sich selbst nicht als einen der „Hauptakteure" im Nahost-Konflikt. Ägyptens Präsident Mubarak und Jordaniens König Hussein wollen jedoch versuchen, Frau Thatcher für eine aktivere Vermittlungsrolle zwischen den Anhängern von König Husseins Friedensplan und den USA zu gewinnen.

Angesichts der historischen Bande zwischen dem Vorderen Orient und Großbritannien muß es überraschen, daß Frau Thatcher seit 1944 der erste britische *Regierungschef ist*, der Kairo besucht. Jordanien steht überhaupt zum erstenmal im Reiseprogramm eines britischen Premiers.

Keine Kontakte zur PLO

Die britischen Beziehungen zu beiden Staaten sind gut. Dort weiß man, daß London im Friedensplan König Husseins positive Anhaltspunkte für Verhandlungen über die Zukunft des Westjordanlandes sieht. Andererseits kennen sie Frau Thatchers resolute Ablehnung jeglicher Form von Terrorismus. Und da stellt sich die Rolle der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) als derzeit noch unüberwindbares Hindernis in den Weg. Es gehört zu den Prinzipien Londoner *Außenpolitik, daß kein Minister* Kontakte zur PLO unterhält, solange diese nicht Israels Existenzberechtigung anerkennt.

Kurz vor ihrem Abflug nach Kairo erklärte sich Frau Thatcher in einem Interview mit der ägyptischen Zeitung „Al Ahram" unter gewissen Umständen bereit, die von König Hussein vorgeschlagene jordanisch-palästinensische Delegation, die eigentlich mit Washington und später vielleicht direkt mit Israel über eine *Konfliktlösung verhandeln* soll, *in London* zu empfangen. Ägypter und Jordanier werden nun bestrebt sein, ihren Gast für ein stärkeres Engagement zu gewinnen.

Wie Präsident Ronald Reagan lehnt Frau Thatcher im übrigen eine internationale Nahost-Konferenz unter Einbeziehung der Sowjetunion ab. Anders jedoch als der US-Präsident könnte sie Gespräche mit Palästinensern als Mitglieder einer gemeinsam mit Jordanien gebildeten Delegation akzeptieren.

Da Frau Thatcher nun mehrere arabische Staaten besucht, taucht zwangsläufig die Frage nach einer Israel-Visite auf. Aus dem Außenministerium verlautet dazu, eine solche liege „nicht im Bereich des Ausgeschlossenen". Zuerst werde jedoch Israels Ministerpräsident Shimon Peres Anfang nächsten Jahres in London erwartet.

Werbung für die Industrie

Die Beziehungen zwischen Jerusalem und London sind zur Zeit leicht unterkühlt. Der vor ein paar Tagen bekanntgegebene Verkauf von Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien, den die USA zuvor auf Grund eines starken jüdischen Widerstandes im Kongreß verweigert hatten, wurde von Israel als weitere „Untergrabung der Stabilität im Nahen und Mittleren Osten" bezeichnet, womit sich der Rüstungswettlauf in dieser Region beschleunige.

In diese Kritik einbezogen ist ein weiteres umfassendes Waffengeschäft, das Margaret Thatcher vermutlich in den nächsten Tagen mit Amman unterzeichnen wird. Tel Aviv verwiest darauf, daß sich beide Staaten „technisch" noch mit Israel im Krieg befänden. Die Briten stört dieser Hinweis jedoch kaum. Sie machen dabei geltend, daß vor drei Jahren während des Falkland-Krieges Israel die Argentinier trotz dringender Bitten aus London mit Waffen einschließlich des Kefir-Kampfflugzeuges versorgte, und nur durch ein Veto aus Washington die Übergabe amerikanischer Skyhawk-Bomber verhindert wurde.

Wie kein anderer britischer Regierungschef vor ihr sieht Frau Thatcher ihre Auslandsreisen auch als Werbetournee für die britische Industrie. In Kairo hat sie den Startschuß zum größten britischen Bauvorhaben im Ausland gegeben, den Bau einer *Kläranlage im Wert von rund 10 Milliarden* Mark. Zudem unterzeichnete sie ein 50 Millionen Mark-Hilfsprogramm zur Erschließung des Maghara-Kohlelagers auf der Sinai-Halbinsel.

Riads Absage ist für Paris ein schwerer Rückschlag

Frankreichs Rüstungsindustrie fürchtet um arabischen Markt

A. GRAF KAGENECK, Paris

Wie einen Schock hat die französische Öffentlichkeit die Nachricht vom Verkauf von 48 Tornado-Kampfflugzeugen des britisch-deutsch-italienischen Konsortiums Panavia an Saudi-Arabien aufgenommen. Die Tatsache, daß dem verstaatlichten französischen Rüstungskonzern Marcel Daussault und seinem Konkurrenzprodukt, dem Abfangjäger Mirage 2000, ein Kontrakt von etwa 15 Milliarden Franc (fünf Milliarden Mark) verlorengeht, wird in der Presse *als ein „schwerer Schlag für unsere* Rüstungsindustrie" und als ernsthaftes Zeichen einer „Wende in unseren Beziehungen zur arabischen Welt" dargestellt. Als erschwerend kommt hinzu, daß nun durch den Lieferungsausfall die Stückzahl der Mirage 2000 für die französische Luftwaffe sehr viel teurer werden wird und dies bei einem bereits äußerst angespannten neuen Wehrhaushalt 1986.

Börsenschwäche: Flugzeugbauer Dassault FOTO: STUDIO X

Die Enttäuschung der Öffentlichkeit, von der man seit Monaten von den Verhandlungen mit den Saudis berichtet und diese als quasi abgeschlossen bezeichnet hatte, zwang den Verteidigungsminister Charles Hernu zu der beruhigenden Erklärung im Rundfunk, noch sei nichts entschieden und man müsse erst einmal die endgültige Überzeichnung des Vertrages durch *die Briten am Ende dieses Monats* abwarten. Die Dassault-Aktien fielen schon am Montag um sieben Punkte.

Die Folgen der saudi-arabischen Entscheidung sind für Frankreich in der Tat schwer zu verwinden. Mit Recht betrachtet sich Paris seit Jahren als Hauptlieferant dieses größten Landes der Mittelostregion. Frankreich verkaufte den Saudis in der Vergangenheit AMX-Kampfpanzer, Panzerspähwagen, Kanonen und Flugabwehrwaffen sowie Hubschrauber. Die saudische Marine wird mit französischen Fregatten und Küstenschutzbooten ausgerüstet. Seit etwa einem Jahr verhandelten französische Unterhändler über den Ankauf von 40 Mirage-2000-Flugzeugen, die als jüngstes Produkt des Daussault-Konzerns in Konkurrenz vor allem zum amerikanischen Abfangjäger vom Typ F15 standen.

Frankreich profitierte bei dem Handel von Auflagen des US-Präsidenten Reagan an die Industrie aus Rücksicht auf Israel keine Flugzeuge zu liefern, die israelisches Gebiet erreichen könnten. Auf der anderen Seite wirkte sich die Absicht Frankreichs, den Israelis Atommeiler zu verkaufen, hindernd auf das Geschäft mit den Saudis aus. Trotz eines Pariser Dementis verschob Dschidda seine Entscheidung bis in den Sommer hinein, um die Franzosen jetzt mit dem Panavia-Abschluß vollkommen zu überraschen.

In Paris werden nun dunkelste politisch strategische Erwägungen an dieses verpfuschte Geschäft geknüpft. Man sieht sich von den Briten aus einer Region verdrängt, in der Frankreich traditionell seit dem Rückzug der Briten aus der Suez-Zone nach dem Zweiten Weltkrieg eine dominierende diplomatische und schließlich rüstungskommerzielle Position ausbauen konnte. Nicht von ungefähr wird auf den Besuch hingewiesen, den gleichzeitig mit dem Geschäftsabschluß die britische Premierministerin Margaret Thatcher in Ägypten und Jordanien macht. *Auch der Kauf von weiteren acht* Tornados durch das Sultanat Oman weist auf einem Umschwung der prowestlichen arabischen Länder zu neuen Waffenlieferanten hin.

In Europa könnten die Briten, unterstützt von den Deutschen und Italienern, jetzt nach französischer Befürchtung auch die führende Rolle in der Versorgung der EG-Länder mit Kampfflugzeugen übernehmen, wie sich das schon in dem neuen Konsortium für den Bau eines Abfangjägers-90 anzeigt. Pariser Zeitungen meinen, daß auch die USA ihre Hand im Spiel hätten, indem sie die Saudis förmlich drängten, mit den Briten abzuschließen.

Ein Auto gilt als Star der neuen Ära Mahatirs

Von CHRISTEL PILZ

Die malaysische Regierung preist den Beginn einer „neuen Ära", die ihr 15-Millionen-Volk von der Abhängigkeit seiner Rohstoffproduktion und den schwankenden Weltmarktpreisen befreien soll. Die Weichen sind auf Industrialisierung gestellt. Starprojekt ist die nationale Automobilfabrik, die seit dem 9. Juli den „Saga", das erste nationale Auto, produziert. Die Technik mit Vorderradantrieb und eingebauter Klimaanlage kommt aus Japan.

Anfang August eröffnete Premierminister Mohammed Mahatir ein zweites Volksprojekt: die „Penang-Brücke", die drittlängste der Welt. Sie verbindet die Urlauber- und Industrieinsel mit der Westküste des malaysischen Festlandes.

Traditionell ist Malaysia der Welt *größter Erzeuger* von Kautschuk, Zinn und tropischen Harthölzern. In den letzten Jahren kam das profitable Palmöl hinzu. Demnächst dürfte es auch bei Kakao an die erste Stelle unter den internationalen Produzenten aufrücken. Zinn und Gummi haben Malaysia in der Vergangenheit recht wohlhabend gemacht: Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr betrug im vergangenen Jahr 1870 US-Dollar. Das brachte Malaysia im Weltvergleich von 128 Ländern immerhin auf den 45. Platz.

Kuala Lumpur, noch vor zehn Jahren eine eher beschauliche Gartenstadt, ist zum Schaukasten der neuen Ära geworden. Büro- und Wohntürme raffinierter Architektur aus Stahl und Glas säumen die Straßen, viele weitere werden gebaut. Wer sie beziehen soll, ist jedoch noch ein Rätsel. Bankenkreise sind deshalb bereits besorgt: Allein 1984 ist fast die Hälfte der gesamten Kreditvergabe allein in den Bausektor geflossen.

Das nationale Finanzwesen gilt international als gesund. Finanzminister Daim hat in den letzten beiden Jahren die internationale Kreditaufnahme drastisch reduziert. Mahatir, der 1981 Premier wurde, hat die Nation auf einen Pfad geführt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Der katastrophale Verfall der Rohstoffpreise von Gummi und Zinn gab ihm Recht.

Die Zinnachfrage fiel auf das Niveau von 1947, die Weltmarktpreise für Kautschuk decken kaum mehr die Erzeugerkosten. Eine Verbesserung ist nicht in Sicht. Gut sind die Preise für Palmöl und Flüssiggas. Wie lange noch?

So schnell wie möglich will Mahatir der Wirtschaft eine breitere Basis geben. Den „Saga" hat er trotz heftiger Kritik durchgesetzt: Es fehle der Markt, eine nationale Automobilproduktion könne nicht rentabel sein, meinten die Kritiker. Beides stimmt.

Die ersten zwei Jahre wird der „Saga" kräftig subventioniert werden müssen, um ihn zu einem konkurrenzfähigen Preis verkaufen zu können. Mahatir aber geht es um mehr als nur um Rentabilität. Für ihn ist die Autoproduktion eine „nationale Übung"; sie soll die Industrialisierung fördern wie auch den nationalen Stolz schmeicheln.

Mahatir scheut sich nicht, Experimente zu wagen. *Dabei gibt er zu, daß* der heutige Markt für seine Industrialisierungs-Visionen bei einer Landfläche von 334 000 Quadratkilometern und 15 Millionen Einwohnern nicht reicht. Mahatir sah sich bei Ländern



vergleichbarer Landgröße um und kam auf eine optimale Bevölkerungs*zahl von 70 Millionen.*

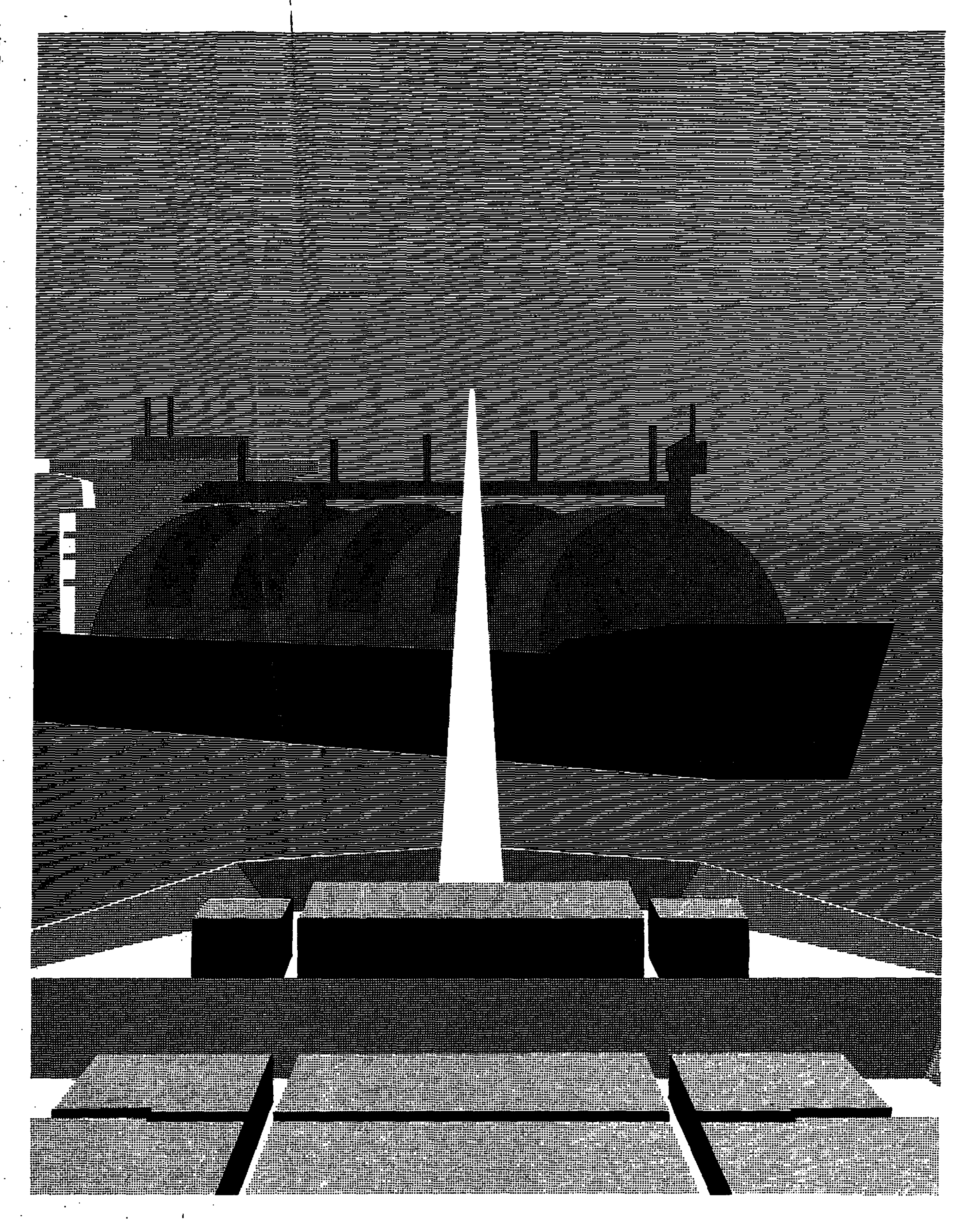
Das schien ihm viel zu viel. Mitte vorigen Jahres verkündete er eine unorthodoxe Bevölkerungsplanung: Um der raschen Industrialisierung den notwendigen Markt zu schaffen, sollen die Malaysier fünf oder noch mehr Kinder haben. Schnelles Bevölkerungswachstum jetzt, um im nächsten Jahrtausend jedoch schlagartig zur Zweikinderfamilie zurückzukehren und die Bevölkerung bei 70 Millionen zu stabilisieren.

Den moslemischen Malaien, die 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen, kommt die Ermutigung zum Kindersegen sehr gelegen. Als Moslems sind sie gegen Familienplanung. Dagegen befürchten Chinesen (35 Prozent) und Inder (zehn Prozent) – der Rest sind Eingeborenenstämme –, daß solche Bevölkerungsstrategie sie noch mehr in die Minderheit drängt.

Das ist Wasser auf die Mühlen der radikalen Moslems, die in ihren Predigten landauf, landab die Abkehr vom Kapitalismus und islamischer Puritanität predigen. Gerade die Jugend ist es, die solchen Appellen folgt. Kritiker meinen, Mahatir verkenne die Tendenzen im Volk. Selbst in den Reihen seines Kabinetts mehren sich die Stimmen, die seinen Geschäftsstil und sein Küchenkabinett von Vertrauten kritisieren. Wie berechtigt solche Kritik ist, wird sich zeigen, wenn er die 1987 fälligen Wahlen vorzieht.

Krupp elektronische Systeme

Lernprogramm für den Ernstfall: Computersimulierte Krisensituation mit SUSAN von Krupp.



Tanker voraus! Alarm! Kollision? Susan simuliert mal wieder.

SUSAN ist ein Simulationssystem für die Führung und das Verhalten von Hochseeschiffen in allen denkbaren Situationen. Entwickelt von Krupp Atlas Elektronik, einem Unternehmen im Krupp-Konzern*.

Mit Hilfe von Prozeßrechnern eigener Produktion werden dabei Szenarien im Maßstab 1 : 1 wirklichkeitsgetreu dargestellt: Von Schiffsbrücken, die einen Rundblick von 250 ° ermöglichen, werden Häfen angesteuert – auch solche, die noch im Bau sind. Schiffe können noch vor ihrem Stapellauf getestet werden.

SUSAN geht dabei mit den Testpersonen recht energisch um: Sie werden geschüttelt und geschaukelt wie auf hoher See. Wetter, Sichtverhältnisse und Verkehrsdichte ändern sich von einer Minute zur anderen.

Durch eine derartige Schulung werden die Risiken menschlichen Versagens entscheidend vermindert. Zum Beispiel Umwelt-Katastrophen wie die Kollision von Öltankern in küstennahen Gewässern.

Eine andere Weltneuheit von Krupp ist NACOS 20. Ein rechnergesteuertes Navigations- und Kommandosystem, das automatisch den programmierten Kurs überwacht, ähnlich dem Autopiloten eines Verkehrsflugzeuges. Die Radar-Darstellung erfolgt mit bisher unerreichter Brillanz wie auf einem Fernsehschirm. Das Schiff ist über Satellit on-line mit der Reederei verbunden.

Elektronik von Krupp ist nicht nur auf hoher See in ihrem Element. Sie steuert Sendeablauf und Nachrichten im neuen ZDF-Sendezentrum Mainz. Sie steuert automatisierte Industrieprozesse. Als Betriebsleitsystem für den öffentlichen Nahverkehr bringt sie Busse und Stadtbahnen schneller und pünktlicher ans Ziel.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

*Wenn Sie weitere Informationen über elektronische Systeme von Krupp wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Atlas Elektronik GmbH, Postfach 448545, D-2800 Bremen 44.



Saudis stimmten Waffenkauf mit Washington ab

AP, Washington

Saudi-Arabien hat sein jüngstes Waffengeschäft mit Großbritannien erst getätigt, nachdem die USA signalisierten, daß sie gegen die Lieferung von Tornado-Kampfflugzeugen und Ausbildungsflugzeugen im Wert von über vier Milliarden Dollar nichts einzuwenden hätten. Die „New York Times" schrieb gestern unter Hinweis auf einen amerikanischen Regierungssprecher, der saudische König Fahd habe sichergehen wollen, daß die USA als Hauptwaffenlieferant des Königsreichs durch das neue Geschäft mit London nicht verärgert seien. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speaks, sagte, Washington halte im Hinblick auf die Verteidigungsbedürfnisse Riads engen Kontakt mit Saudi-Arabien.

In Washington hieß es zugleich, die USA sähen das Waffengleichgewicht im Nahen Osten durch dieses Geschäft nicht wesentlich gestört. Am Montag war amtlich bekanntgegeben worden, daß Saudi-Arabien von Großbritannien 48 Tornados und 30 Ausbildungsflugzeuge vom Typ Hawk kaufen wolle. Es handele sich um ein Geschäft Waffen gegen Öl.

Mit dem Erwerb der 48 Tornado-Flugzeuge erhält die saudische Luftwaffe die Möglichkeit, verstärkt auch in Bodenkämpfe einzugreifen. Neben diesem Geschäft ist Saudi-Arabien nach amerikanischen Angaben weiter am Kauf zusätzlicher amerikanischer Kampfflugzeuge vom Typ F-15 interessiert. Eine Entscheidung darüber sei aber in naher Zukunft nicht zu erwarten.

Unter diesen Umständen haben die Saudis nach Angaben der „New York Times" die Geduld verloren: Sie wollten nicht länger auf die Lieferung von 40 bis 48 F-15-Maschinen warten, die ihnen US-Präsident Ronald Reagan bereits im Dezember vergangenen Jahres versprochen hatte. Der Verkauf hatte sich immer wieder verzögert, weil es angesichts israelischer Bedenken gegen dieses Geschäft verstärkt Widerstand im US-Kongreß gegeben hatte. Das Weiße Haus war schließlich im Sommer informiert worden, daß die Saudis Tornados aus Großbritannien beziehen wollten.

Machel hofft auf mehr Hilfe aus Washington

Schwere Kämpfe in Mosambik / Offensive der Frelimo

M. GERMANI, Johannesburg

Unter Vorsitz von Präsident Julius Nyerere von Tansania trafen am Vorabend der US-Reise des mosambikanischen Staatsoberhauptes Samora Machel die Präsidenten von Botswana, Quitt Masire, von Angola, Edoardo dos Santos, Kenneth Kaunda von Sambia und Premierminister Robert Mugabe von Zimbabwe zusammen. Sie forderten die Freilassung von ANC-Führer Nelson Mandela als Vorbedingung für „Gespräche zur Eliminierung des Apartheidsystems". In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, Bothas Verfassungs-Reformen seien fehlgeschlagen. Die in den letzten Tagen verkündeten Reformen, wie die Staatsbürgerschaft für alle, die baldige Abschaffung der Paßgesetze sowie die erwartete Aufhebung der kontrollierten Zuzugsgenehmigung für Schwarze wurden nicht erwähnt.

Von Samora Machels erstem Besuch in Washington, der gestern begann, erwarten US-Diplomaten in Harare eine Abkehr des mosambikanischen Kurses vom Marxismus. Machel dagegen erhofft eine Erweiterung der seit zwei Jahren gewährten US-Hilfe, um die katastrophale Wirtschaftslage seines Landes aufzubessern. Die größte Hürde ist für ihn jedoch der US-Kongreß, wo viele ihn immer noch als Verbündeten der Sowjetunion sehen. Westliche Diplomaten in Pretoria weisen in diesem Zusammenhang auch auf den 1977 zwischen Mosambik und der Sowjetunion unterzeichneten Freundschaftsvertrag hin, der beide Länder zur Zusammenarbeit, besonders auf militärischem Gebiet verpflichtet.

In der Zwischenzeit häufen sich die Berichte über Kämpfe zwischen der antikommunistischen Widerstandsbewegung Renamo und den mosambikanischen Frelimo-Truppen, seit Anfang Juli durch 5000 Zimbabwe-Soldaten verstärkt. Die Berichte lassen keine klare Lagebeurteilung zu. Während die staatliche mosambikanische Nachrichtenagentur AIM laufend Siegesmeldungen verkündet und behaupet, den Rebellen seien schwere Niederlagen zugefügt worden, wird dies von dem Renamo-Sprecher in Lissabon dementiert.

Das Renamo-Hauptquartier im Gorongosa National Park, „Casa Banana", wurde AIM-Meldungen zufolge gestürmt, große Mengen an Waffen, Raketen und schwerer Artillerie erbeutet. Demgegenüber behauptet Renamo, er habe sich aus taktischen Gründen zurückgezogen, um dem gemeinsamen Angriff mosambikanischer, tansanischer und zimbabwischer Truppen, unterstützt von äthiopischen Flugzeugen, auszuweichen.

Insgesamt seien etwa 25 000 Mann mit Luftunterstützung sowie Panzern und Artillerie gegen sieben Rebellen-Lager im ganzen Land im Einsatz. Renamo-Führer Alfonso Dhlakama setzt den Kampf aus dem Busch fort. Die für den nächsten Monat erwartete Regenzeit wird den Guerrillas wieder Vorteile auf dem Terrain verschaffen.

Neue Impulse aus Algier?

Außenminister Ibrahim in Bonn / Es geht um Wirtschaft

BERND RÜTTEN, Bonn

Der algerische Außenminister Ahmed Talib Ibrahimi kommt heute zu einem dreitägigen Besuch nach Bonn, wo er Gespräche mit Bundeskanzler *Kohl*, *Außenminister Genscher* und Entwicklungshilfeminister Warnke führen wird. Ibrahimi, dessen Vater ein bedeutender Korangelehrter war, gilt als Architekt einer dynamischen Außenpolitik.

Da Ibrahimis Besuch der erste eines einflußreichen Mitglieds der algerischen Führung ist, werten politische Beobachter ihn als einen möglichen Durchbruch in den deutsch-algerischen Beziehungen. Sie stagnierten bisher, ganz im Gegensatz zu Algeriens Bedeutung als Handelspartner. Für die Bundesrepublik ist Algerien interessant als Lieferant von Rohöl sowie als Abnehmer von Maschinen und Industrieanlagen. Als Opec-Mitglied erhält es keine deutsche Finanz-, wohl aber technische Hilfe.

Algerien hat seine Erdölproduktion zunehmend zugunsten einer verstärkten Erdgasförderung zurückgestellt. Gleichzeitig ist es in langwierigen Verhandlungen als zäher Vor*kämpfer für eine Erhöhung* des Erdgaspreises aufgetreten, nicht ohne daraus politisches Kapital zu schlagen: Als Verfechter höherer Rohstoffpreise im Rahmen einer neu zu schaffenden Weltwirtschaftsordnung will es seinen Führungsanspruch in der Dritten Welt untermauern.

Die Bundesrepublik bezieht kein Erdgas aus Algerien. Entsprechende Verträge mit „Ruhrgas" sind nie zum Tragen gekommen, nachdem Algerien den Gaspreis erhöht hatte. Die Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Interessen sowie der „algerische Sozialismus" machen Algerien zu einem schwierigen Partner. Unter PräsidentBenjedid Chadli sind Ansätze zu einer politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung erkennbar, die jedoch ungemein langsam vor sich geht.

Durch den Erdgasreichtum ist das Bruttosozialprodukt pro Einwohner in Algerien mehr als doppelt so hoch wie in Marokko. Doch sind die Lebensverhältnisse für die Masse der Bevölkerung keineswegs angenehmer. Es fehlt an öffentlichen Dienstleistungen, und die Algerier leiden an einer schikanösen oder untätigen Bürokratie, Engpässen in der Versorgung sowie katastrophalen Wohnverhältnissen. Die politische Macht liegt in den weitgehend anonymen Führungszirkeln der Einheitspartei und des Militärs, die keine Opposition dulden.

Die Mehrheit der Algerier ist keineswegs so glücklich mit ihrer Regierung wie diese immer wieder behauptet. Mitglieder der von Rechtsanwalt Ali Yahia gegründeten Menschenrechtsliga sind ebenso verhaftet worden wie die vielen, die sich im Widerstand gegen das Regime den Moslembrüdern angeschlossen haben.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die naturgegebene Form

„Leserbrief: Nation und Staat"; WELT vom 5. September

Der Nationalstaat ist die naturgegebene Form menschlichen Zusammenlebens, er findet seine Vollendung jedoch nur, wenn die in ihm enthaltenen Bestandteile anderer Nationen sich ihm in freiwilliger Zuneigung zuwenden. Die Erkenntnis dieser Wahrheit ergibt sich aus zwei historischen dialektischen Sprüngen, die wie ein stereoskopisches Bildpaar die jüngere Vergangenheit räumlich beschaubar machen:

These: Der Nationalstaat ist die naturgegebene Form menschlichen Zusammenlebens, alle Bestandteile anderer Nationen werden rigoros assimiliert (Ungarn bis 1919).

Antithese: Der Nationalstaat ist für das menschliche Zusammenleben ungeeignet, alle Grenzen fallen fort, Sprache: Esperanto, Ziel: die Einheitsgesellschaft: (Deutschland nach 1945).

Staatsgrenzen bestimmen keine Nation. Mir ist kein Staat bekannt, der von einer chemisch reinen Nation getragen wird. Staat entsteht aus „Gesellschaftsvertrag" (Rousseau) der daran interessierten menschlichen Individuen, und das ist manchmal ein Kunterbunt von Nationen (s. USA, Rumänien usw.).

Durch Erziehung neue Repräsentanzen bilden, das ist nicht einmal Lenin eingefallen. Der hat in nüchterner Klarsicht die fundamentale Bedeutung der Nation erkannt und ihr das Paradies auf Erden versprochen, wenn sie seine Lehre annimmt.

Die eingangs vorgetragene Synthese erhält erst ihre Durchschlagskraft durch die global orientierte Informationstechnik. Nation kann damit auch von einzelnen überall durchgehalten werden und so Minderheiten in von anderen Nationen getragenen Staaten überlebensfähig machen.

Eindrucksvolles Beispiel ist hier Siebenbürgen: Die Nation der dort seit 800 Jahren ansässigen Deutschen war nie stark genug, einen eigenen Staat zu bilden. Sie mußten sich immer mit anderen arrangieren, zuletzt 1918 in Karlsburg (Alba Julia) mit den Rumänen. Das war ein echter Gesellschaftsvertrag im Sinne von Rousseau, mit dem allerdings nachher Schindluder getrieben wurde. Nach diesem Vertrag ist Ceausescu berechtigt und sogar verpflichtet, die Siebenbürger am Verlassen des Landes zu hindern. Das tut er aber nicht, sondern mit der größten Ausreisequote des Ostblocks im Rahmen der *Familienzusammenführung umgibt* er sich mit dem Nimbus der Großzügigkeit. (Unterderhand ein Riesen-Devisengeschäft.)

Auch in Siebenbürgen gelten persönliche Rechte mehr als das Recht der Nation (Heinz Barth, WELT vom 3. 9. 1985) und so packt die Mehrheit die Koffer. Sie wahrt das Deutschtum, aber nicht ihre Identität.

Die Identität wahrt der durchhaltende Rest, der bisher völlig unbekannte Formen des Überlebens finden muß.

Die Bundesrepublik ist nicht Deutschland, sie heißt nur so, und sie wird nie Deutschland sein, auch nicht im Falle der Wiedervereinigung. Das Gebot unseres Grundgesetzes richtet sich auf das Deutsche Reich. Und so ist es nur logisch, der Bundesrepublik diesen Namen zurückzugeben und „Deutschland" aus der Haft zu entlassen: Überall, wo jemand die Tür hinter sich zumacht und Deutscher sein will, ist Deutschland.

Hans Knöfel,
Oldenburg

Austritt als Ausweg

„Theologe verläßt Kirchengremium"; WELT vom 2. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn der Beauftragte der Württembergischen evangelischen Landeskirche für Fragen der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden, der Pfarrer Schäufele, sich zu den radikalpazifistischen Erklärungen von Pfarrern der evangelischen Kirche Nordelbiens bekennt (WELT v. *10. 9. 1985*), so *unterstützt er damit* Entwicklungen, die letztlich zur Aushöhlung der rechtsstaatlichen Ordnung (Römer 13, Vers 1: „ . . . wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet") führen werden.

Folgerichtig müßte der engagierte Friedensfreund Schäufele dann aber auch auf diejenigen Teile seiner (Gehalts-)Bezüge (diese werden m. W. aus der Kircheneinkommensteuer bzw. der Kirchenlohnsteuer bestritten) verzichten, die von bekenntnistreuen evangelischen Christen „durch Steuerabzug" (vgl. Paragraph 20 des KiStG Ba. Wü.) erhoben werden.

Der bekannte Evangelist Anton Schulte, Altenkirchen, beziffert die Austritte aus den einzelnen evangelischen Landeskirchen zwischen 1972 und Ende 1982 mit 1,52 Millionen und gesteht weiteren 4,6 Millionen zu, den gleichen Schritt zu erwägen (WELT v. 15. 8. 1985).

Diejenigen dieser Millionen Protestanten, die, gleich mir, den Beschluß der *Rheinischen Synode*, wonach auch Kirchensteuermittel dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates (aus diesem Fonds werden auch die gewaltanwendenden Widerstandsbewegungen im südlichen Afrika unterstützt; WELT vom 3. 9. 1985) überwiesen werden sollen, reserviert gegenüberstehen, müssen sich nunmehr die Quousque-tandem-Frage des Cicero stellen.

Vielen von ihnen wird dann nur noch der Weg des vorbehalts- und bedingungslosen Austritts aus der evangelischen (Landes-)Kirche übrigbleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Horst Lehmann,
Essen 1

Wort des Tages

❝ Humanität im Krieg bedeutet, daß einer ein Glas Wasser in einen brennenden Wald gießt. ❞

Antoine de Saint-Exupéry, französischer Autor (1900–1944)

Spürsinn

„Leserbrief: Das neue Kauderwelsch"; WELT vom 4. September

Sehr geehrte Herren,

ich kenne einen lieben alten Berliner Kollegen namens H. H. S., der läuft seit Jahrzehnten Sturm gegen das Hauptwort „Flair" und dessen Mißbrauch. Meinen Sie, das hat irgendwann – auch in Ihren eigenen Zeitungsspalten – was geholfen?

Flair (gut deutsch: Witterung), das wäre denn – eins von 100 Beispielen – die Eigenschaft der Fährte des Hasen. Fehlgeschossen! Flair ist, um im Beispiel zu bleiben, die Eigenschaft der Nase des Jagdhundes. Spürsinn. Flair hat, wie immer, der Musikkritiker Bth. für die Bachpassion, und nicht die Musik der Bachpassion vom Herrn Kagel. Stellen Sie das endlich bitte einmal richtig, und nehmen Sie im vorhinein die besten Wünsche Ihres getreuen Lesers.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Fritz-Heinrich v. Frankenberg,
Wyk auf Föhr

Zuerst Einheit

„Wer die Wahl hat"; WELT vom 2. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

keine Freiheit für die Völker Osteuropas ohne gleichzeitige Freiheit für die Deutschen: Diese These von Dr. Günter Zehm vernahm ich (sinngemäß) oft von meinen slawischen und baltischen, ungarischen, rumänischen, jüdischen, finnischen Leidensgenossen im Archipel GULag 1950–1956. Diese These beinhaltete ein Glaubensbekenntnis, und sie entsprach zugleich einer nüchternen politischen Zukunftseinschätzung: Ohne Selbstbefreiung der unterdrückten Ethnien, im Zuge einer Dekolonialisierung von unten, keine deutsche Wiedervereinigung, und umgekehrt – keine Wiedererlangung der uneingeschränkten staatlichen Souveränität aller Kulturvölker im östlichen Teil des Kontinents ohne Wiederherstellung der deutschen Einheit in Würde und Freiheit.

Dieser Standpunkt wird heute von allen Bürger- und Völkerrechtskämpfern vertreten, in Heimat und Exil, von Solschenizyn, Kolakowski, Kopelew, Bukowskij, Maximow ebenso wie von der Charta '77, der kämpferischen „Solidarność", den gequälten Dissidenten in KZs, Zuchthäusern, Sonderkliniken des Gorba*tschow-Regimes.*

Noch in einem anderen Punkt muß ich Günter Zehm zustimmen, aus der Erfahrung meiner Workuta-Zeit und der Jahre als Untertan des SED-Gebildes. Das Akademikergerede vom angeblichen Ende des Nationalstaats in unserer Zeit bedeutet eine Beleidigung der staatenlosen Völker im multinationalen Imperium UdSSR. Hauptbestreben dieser Völker ist es, ihre erniedrigte nationale Identität auf der Basis gesicherter Eigenstaatlichkeit zu retten und zu erneuern. Dies gilt auch für das zerrissene, in teil- oder scheinsouveräne Separatstaaten aufgesplitterte deutsche Volk. Aus dieser Sicht bildet das Nationalstaatsprinzip ein wahrhaft progressives Element, dem die Zukunft gehört, und wenn die Welt voll Schmude und Stürmer wär.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Strauss,
Furth i. Wald

Personalien

EHRUNGEN

Die höchste Auszeichnung El Salvadors, der José-Matias-Delgado-Orden, wurde dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundesminister a. D. Dr. **Bruno Heck**, verliehen. Im Rahmen einer Feierstunde in der Zentrale der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin überreichte der Planungsminister des lateinamerikanischen Landes, Dr. **Fidel Chavez Mena**, im Namen von Präsident **Napoleon Duarte** Dr. Heck das Großkreuz. In seiner Laudatio erklärte der mittelamerikanische Politiker, daß sich der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung große persönliche Verdienste um Demokratie, Freiheit und Frieden El Salvadors erworben habe.

*

Im Rahmen der Übergabe der Hispano-Südamerika-Bibliothek an die Diözesan- und Dombibliothek gab der Kölner Erzbischof, Kardinal **Joseph Höffner**, die Ernennung des Begründers der Hispano-Südamerika-Bibliothek, Dr. **Wolfgang Wallisfurth**, zum Ehrendomherrn am Hohen Dom zu Köln bekannt. Dr. Wallisfurth wurde am 27. 7. 1915 in Dessau, Anhalt, geboren. Nach Studien der Philosophie, Theologie, Mathematik, Astrophysik und Bautechnik in Paderborn, Bonn und an der Universität Catolica und Technica in Santiago, Chile, wurde er 1943 in Puerto Montt, Chile, zum Priester geweiht. In Chile übernahm Dr. Wallisfurth zahlreiche Aufgaben. Er organisierte nach dem Krieg die Deutschlandhilfe von dort.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher ist für 1985 zu gleichen Teilen den Autoren **Franz Nuscheler** und **Nikolai Dementjew** zuerkannt worden. Der nach dem früheren Bundespräsidenten benannte Preis der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für Politische Bildung soll besondere Beiträge zur Verbreitung des Friedensgedankens auszeichnen. Nuscheler erhält ihn für sein Sachbuch „Nirgendwo zu Haus", in dem das Schicksal von rund 200 Millionen Flüchtlingen auf der Welt geschildert wird. Der sowjetische Schriftsteller Nikolai Dementjew wird für sein Taschenbuch „Eingeschlossen. Ein Tag in einer belagerten Stadt" geehrt. Darin geht es aus der Sicht eines 14jährigen um den Tagesablauf einer sowjetischen Familie im von deutschen Truppen belagerten Leningrad.

*

Der Inhaber des Lehrstuhls für landwirtschaftliche Betriebslehre I an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, Professor Dr. **Friedrich Kuhlmann**, ist mit der Ehrendoktorwürde der Landwirtschaftlichen Hochschule Gödöllö/Ungarn ausgezeichnet worden. Der international bekannte Agrarökonom, der u. a. auch von 1981 bis 1983 Vizepräsident der Universität Gießen war, ist vor allem durch die Entwicklung computergestützter Management-Systeme hervorgetreten.

FUSSBALL / Heute fünf Bundesliga-Klubs in der ersten Runde der europäischen Pokal-Wettbewerbe

Nur das Bremer Spiel wird live übertragen

DW., Bonn

Fünf Bundesliga-Klubs beginnen heute die erste Runde im Fußball-Europacup. Im LandesmeisterWettbewerb spielt Bayern München um 17.00 Uhr beim polnischen Meister Gornik Hindenburg (Zabrze). Im UEFA-Pokal tritt Werder Bremen um 15.00 Uhr beim UdSSR-Vertreter Tschernomorets Odessa an. Um 20.00 Uhr beginnen die Heimspiele von Borussia Mönchengladbach gegen Lech Posen aus Polen und vom 1. FC Köln gegen Sporting Gijon aus Spanien. Der Hamburger Sportverein spielt in Holland bei Sparta Rotterdam. Die dritten Fernseh-Programme der Nordkette zeigen ab 14.55 Uhr das Spiel Odessa gegen Bremen. Eine Live-Übertragung aus Hindenburg war bei Redaktionsschluß noch nicht gesichert.

Nach der Nacht von Brüssel: Englands Klubs leiden unter dem Negativ-Image

JOHN JACKSON, London

„Wir sind seit Brüssel die Aussätzigen des Welt-Fußballs und müssen unser eigenes Haus in Ordnung bringen, ehe wir wieder an Europa denken können." So beschreibt Bert Millichip, Präsident des englischen Fußball-Verbandes, mit ernster Miene die Isolation seiner Vereine vom Europapokal, die wegen der Tragödie beim Finale der Landesmeister im Mai in Brüssel mindestens zwei Jahre dauern soll.

Vor dem Europacup-Start bezifferten die sechs vom Bann der Europäischen Fußball-Union (UEFA) betroffenen Klubs aus Everton, Manchester, Liverpool, Southampton, Tottenham und Norwich ihren finanziellen Verlust auf über zehn Millionen Mark. Und diese Summe ist eher untertrieben.

Betroffen ist zudem die gesamte englische Liga. In ihrer 97. Saison muß sie neben den Erinnerungen an die Nacht von Brüssel auch noch die Auswirkungen der Brandkatastrophe von Bradford mit ihren 55 Toten verkraften. Den Vereinen fehlt das nötige Geld, um die rigorosen Regierungsauflagen für verbesserte Sicherheitsvorkehrungen in ihren Stadien zu erfüllen. Über 75 Millionen Mark sollen sie dafür aufbringen, ohne dabei von der Regierung unterstützt zu werden. Zusätzlich versiegte durch Alkohol-Verbot in den Stadien eine Einnahmequelle.

Trotzdem hat der bisherige Verlauf der Saison nicht die Prognose erhärtet, daß 30 bis 30 Prozent der 96 Liga-Klubs früher oder später in Konkurs gehen würden. Trotz Bradford und Brüssel sind die Zuschauerzahlen nicht zurückgegangen. In der ersten Division wurde sogar ein leichtes Plus registriert. Dies wird damit erklärt, daß es keine Fernseh-Übertragungen mehr gibt.

Insgesamt aber leidet die Liga *stark unter der Sperre für die europäischen* Wettbewerbe. Wegen des negativen Fußball-Images ziehen sich die Sponsoren vieler Klubs zurück. So beendet die nationale Milchwirtschaft ihre Unterstützung des Liga-Cups. Und so will auch der japanische Foto-Konzern, der die Meisterschaft noch sponsert, sein Engagement nicht fortsetzen.

Um das akute Termin- und Einnahme-Loch zu stopfen, haben die sechs vom Europacup ausgesperrten englischen Vereine einen sogenannten Supercup ins Leben gerufen. Zum Auftakt kommt es heute zu einem englischen Spitzenspiel – FC Everton gegen Manchester United, der Zweite gegen den Tabellenersten. (sid)

Tibor Klampar – ein Pendler in Sachen Pingpong

Vor sechs Jahren war das ungarische Tischtennis-Trio Klampar, Jonyer und Gergely Mannschafts-Weltmeister. Doch erst seit wenigen Tagen können die drei Ausnahmespieler ihre Erfolge auch in klingende Münze umwandeln. Der ungarische Verband hat die alternden Stars freigegeben; Österreichs Spitzenklubs zogen sich die Asse still und heimlich über die Grenze.

Doch dort werden die Ungarn im Vergleich zu westlichen Stars mit lächerlichen Gehältern abgespeist. Allen voran der eher naive Tibor Klampar. Während seiner besten Zeit wurde er vom deutschen Bundesligaklub in Saarbrücken mit 100 000 Mark umworben. Jetzt bekommt er im österreichischen Langenlois im Monat 2000 Mark.

Aber an Klampar verdienen sehr viele mit. Sein früherer Verein Spartakus Budapest, geführt vom wenig beliebten Ex-Weltmeister Ferenc Sido, erhält pro Jahr etwa 15 000 Mark für Klampar. Diese Summe bekommt auch Klampar, doch muß er davon fast die Hälfte an den ungarischen Verband abgeben. Den einzigen Gewinn hat Klampar demnach nur durch einen zusätzlichen leistungsbezogenen Vertrag. Sollte er alle Spiele gewinnen („Ich kann in Österreich alle schlagen, nur gegen meine Landsleute wird es schwer"), kassiert er nochmals rund 15 000 Mark. Wenn nicht, dann eben weniger.

Lukrativere Angebote aus Deutschland hatte Klampar abgelehnt. „Da hätte ich ständig in Deutschland wohnen müssen. Das wollte ich nicht!" So wurde Klampar, der daheim eine Frau und zwei Kinder hat, zum Pendler in Sachen Pingpong. Zu allen Spielen reist er ebenso wie Jonyer (nur Gergely wohnt in Wien) stets von Budapest nach Österreich. Zu Heimspielen nach Langenlois ist das eine Anfahrt von 400 Kilometern. Für Klampar ein wahrer Irrweg. Beim erstenmal fuhr er 140 Kilometer zuviel, beim zweitenmal 60 Kilometer. „Im Dezember kenne ich wohl den Weg", meinte Klampar.

Montags bis mittwochs trainiert Klampar in Budapest – niemals aber mit seinem Konkurrenten Jonyer. Zwei Tage vor den Punktspielen gibt er dann seinen Vereinskameraden in Österreich Nachhilfe. Einem Roboter ähnlich jagt Klampar dann stundenlang die Bälle übers Netz. Wie selbstverständlich gewann Klampar am Wochenende auch seine ersten Spiele für den neuen Verein, der 6:1 in Klagenfurt siegte. Die anderen Klubs, die ungarische Spieler verpflichtet haben (Stockerau mit Jonyer und Wolkersdorf mit Gergely), errangen Auftaktsiege. Die Gäste aus Budapest machen sich bezahlt.

Mehr als Tischtennis interessierten Klampar aber die Wiener Einkaufsstraßen. Mit einer langen Liste eilte er von Geschäft zu Geschäft. Schokolade und Seife kaufte der 32jährige gleich tütenweise. In Budapest müssen viele Freunde versorgt werden ...

Klampar weiß, daß er mit seinen Verdiensten in Österreich keine großen Sprünge machen kann. Der Superstar muß sparen. So brachte er gleich die Verpflegung für das erste Wochenende selbst mit. Im Hotelzimmer verspeiste er dann seine drei Hühnerkeulen.

Klampar wird sicher einige Zeit brauchen, um sich an den Westen anzupassen. Da er nicht Deutsch spricht und sich nur mit ein paar Brocken Englisch verständigt, wird er kaum intensive Kontakte knüpfen können. Er wird trainieren, essen und schlafen. Mehr will er aber wohl auch nicht. Denn sein Lebensinhalt dreht sich nur um den kleinen weißen Zelluloidball. Schon als 12jähriger schwänzte er die Schule, um Tischtennis spielen zu können. So meisterhaft er diesen Sport beherrscht, so naiv ist sein Verhalten außerhalb der Arena. In einem Münchner Kaufhaus hat er einst stundenlang mit Spielzeugautos hantiert, in Budapest wollte er beim Militärdienst einen Panzer mit nach Hause nehmen ...

Einen Mann wie Tibor Klampar kann man freilich mitunter ausnehmen wie eine Weihnachtsgans – ob daheim in Ungarn oder nun in Österreich. Das Schlimme daran: Er scheint das gar nicht zu merken, schließlich will er nur mit dem kleinen weißen Zelluloidball spielen.

OLAF BROCKMANN

NACHRICHTEN

Aufgebot für Schweden

Düsseldorf (sid) – Teamchef Franz Beckenbauer hat für das Fußball-Weltmeisterschafts-Qualifikations-Spiel am 25. September in Stockholm gegen Schweden das folgende 20köpfige Aufgebot nominiert, aus dem noch drei Aktive gestrichen werden: Schumacher, Stein – Augenthaler, Berthold, Brehme, Buchwald, Förster, Herget, Jakobs – Allgöwer, Briegel, Magath, Matthäus, Meier, Thon – Gründel, Littbarski, Mill, Rummenigge, Völler.

Mit Lewis nach Canberra

Indianapolis (dpa) – Carl Lewis, viermaliger Olympiasieger von Los Angeles, wird beim Leichtathletik-Weltcup vom 4. bis 6. Oktober in Canberra nur in der USA-Sprintstaffel zum Einsatz kommen.

Foda nach Saarbrücken

Saarbrücken (dpa) – Franco Foda, 19jähriger Fußball-Profi des Zweitliga-Klubs Arminia Bielefeld, wechselt zum Bundesliga-Aufsteiger 1. FC Saarbrücken.

Graf vor Becker

New York (dpa) – Die 16jährge Heidelbergerin Steffi Graf hat sich in der jüngsten Tennis-Weltrangliste der Damen vom elften auf den siebten Platz verbessert. Claudia Kohde aus Saarbrücken blieb Fünfte. Bei den Herren behauptete der Leimener Boris Becker den achten Rang.

Gibt Alfa Romeo auf?

Arese (sid) – Wegen anhaltender Erfolglosigkeit zieht sich Alfa Romeo Ende dieser Saison möglicherweise als zweiter namhafter Automobilhersteller nach Renault aus der Formel 1 zurück. Wie aus Firmenkreisen verlautete, wurde dies dem Werk vom Staatskonzern „Finmaccania" nahegelegt, unter dessen Regie Alfa Romeo arbeitet.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 246 621,20 Mark, 2: 134 797,20, 3: 8113,80, 4: 134,20, 9,50. – **Toto:** Klasse 1: 58 645,00 Mark, 2: 2186,70, 3: 138,00. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 1 265 267,70 Mark, 2: unbesetzt, Jackpot 83 577,60, 3: 5450,70, 4: 64,40, 5: 5,40. – ***Rennquintett:*** Rennen A: Klasse 1: 38,10 Mark, 2: 5,30, Rennen B: Klasse 1: 31,20, 2: 6,30, Kombinationsgewinn: 4568,90 Mark. (Ohne Gewähr)

LEICHTATHLETIK / Werfer waren gedopt

In Moskau überführt: Zwei der großen Stars aus Prag

sid/dpa, Paris/Prag

Diskus-Weltrekordlerin Zdenka Silhava und ihr tschechoslowakischer Landsmann Remigius Machura, Weltmeisterschaftsdritter im Kugelstoßen, sind vom Europäischen Leichtathletik-Verband (EAA) wegen Dopings beim Europacup-Finale am 17./18. August in Moskau auf Lebenszeit gesperrt worden. Über die Art des Dopings wurde nichts bekannt. Die Sperre tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die 31 Jahre alte Zdenka Silhava hatte in Moskau den dritten Platz belegt, der sechs Jahre jüngere Remigius Machura war hinter dem Sowjetrussen Sergej Smirnow Zweiter geworden. Den beiden Athleten wurden die Punkte aberkannt. Dadurch rückte die deutsche Frauen-Mannschaft auf den sechsten Rang vor. Die ČSSR-Männer fielen auf Rang sieben zurück. Remigius Machura *muß auch seine Goldmedaille* von der Universiade in Kobe (Japan) zurückgeben.

Vor allem der Verlust von Machura, der neben dem Schweizer Werner Günthör als kommender Mann im Kugelstoßring gilt, trifft die tschechoslowakische Leichtathletik hart. Der Student der Karls-Universität hatte 1982 bei den Europameisterschaften in Athen und im Jahr darauf bei den Weltmeisterschaften in Helsinki jeweils die Bronzemedaille gewonnen. Im *März dieses Jahres siegte er bei den* Hallen-Europameisterschaften.

Zuletzt waren Speerwurf-Europameisterin Anna Verouli (Griechenland) und Langstreckenläufer Martti Vainio (Finnland), dem die Silbermedaille von Los Angeles aberkannt wurde, erwischt worden.

STAND ● PUNKT / *Kafkaesk*

Wer gestern in Prag erfahren wollte, daß die Diskuswerferin Zdenka Silhava und der Kugelstoßer Remigius Machura wegen verbotenen Dopings auf Lebenszeit gesperrt worden sind, mußte zum Parteiblatt „Rude Pravo" greifen. Nur dort fand sich eine entsprechende Notiz – weil „Rude Pravo" *ans Netz der internationalen* Nachrichtenagenturen angeschlossen ist. Ansonsten aber herrschte von Prag bis Pilsen Funkstille.

Der Grund: Die offizielle tschechoslowakische Nachrichtenagentur ČTK hatte erst einmal auf eine Verbreitung der Doping-Affäre verzichtet. Darüber müsse der Chefredakteur entscheiden, und der sei nicht erreichbar, hieß es in Prag.

Heute nun soll die Hiobsbotschaft allerorten in Mähren und Böhmen *nachgereicht werden* – kommentarlos, versteht sich. Auch das angesehene Fachblatt „Czechoslovensky Sport" wird es so halten und erst einmal die Entwicklung abwarten. Was wohl notwendig ist. Denn eines stimmt schließlich die Verbandsverantwortlichen an der Moldau skeptisch: Gerade der hochtalentierte Kugelstoßer Machura hat zuvor unzählige Dopingkontrollen hinter sich gebracht, jedesmal hieß es: kein Befund. Ausgerechnet in Moskau war die Sachlage nun völlig anders ...

Zu erwarten sei so etwas vor dem Wettkampf auf keinen Fall gewesen, sagt man in Prag. Doch nach dem Europacup habe man Nachrichten erhalten – eher offiziöse als offizielle – daß etwas vorliege, daß etwas im Busch sei. Offiziell waren allerdings die Prager Funktionäre auch gestern noch nicht über den Vorgang unterrichtet worden.

Einer sagte denn auch, egal, wie die Sache *ausgehe, sie habe schon* jetzt kafkaeske Züge ...

Er spielt wohl damit auf Machura *an, der auf* keinen Fall in Stuttgart Europameister werden kann. Denn selbst, wenn die lebenslange Sperre auf 18 Monate reduziert würde, kann er 1986 nicht starten. An Moskau wird er wohl nun oft denken. So oder so.

K. Bl.

KRITIK

Das Korsett als Klassenfrage

Die Hülle um die weibliche, bisweilen auch männliche Fülle hat eine schmerzensreiche Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Jahrhundertwende wurde der Frauenpanzer atemberaubend und atemraubend festgezurrt. Grund genug für Ulrich Edel und Reinhard Kloss, dieses Monstrum, das nur noch im Museum oder einschlägigen Etablissements zu besichtigen ist, in den Mittelpunkt zu rücken: **Das gesprengte Korsett oder die Lust am Körper** (ZDF). Kulturgeschichte einmal anders: in einer unterhaltsamen wie informativen Collage aus Gemälde, Karikaturen, Filmen, aktuellen Interviews und gestellten Szenen wurden nicht Öse für Öse des Horrorleibchens Vergangenheit enthakt, sondern heute und gestern gelungen verknüpft.

Das Korsett – eine Klassenfrage: je feiner die Dame, desto geschnürter der Leib. Fischbein und Stahlbänder, metallene Haken und Ösen quetschten innere Organe, verursachten Früh- und Fehlgeburten, Muskelschwäche und Rückgratverkrümmung. *Bis das Mieder krachte:* Ende der 90er Jahre begann mit Gesundheitsbewußtsein, Sport für Frauen, vor allem mit dem Fahrrad, sein Niedergang. Nach Leibesfrohn die Lust am Leib. Der Körper als Gottheit unseres Jahrhunderts, als Objekt hemmungsloser Schaulust. Also zwängen sich die Frauen, kaum vom „Eisen" *befreit, wieder ein. Mit Diät* und Bodybuilding heißt die Devise nun „Muskelkorsett".

GABRIELE HERLYN

In einem anderen Land

Amerikanische Soldaten in Deutschland – ein Thema, das zu Vorurteilen geradezu einlädt. Jürgen Vogt, der im ZDF für die **Reportage am Montag** arbeitete, hat sich bemüht, Eindrücke möglichst ohne ideologischen Drall weiterzugeben.

Tatsächlich: In einem fremden Land mit fremder Sprache als Soldat und Verbündeter, nicht als Besatzer, tätig zu sein, überfordert teilweise die jungen Männer zwischen 18 und 20. Sie kommen aus einem Land, den USA, wo ihnen wenig, eigentlich nichts über die Fremde beigebracht wurde. Nun sollen sie, nicht weil sie es wollen, sondern ihnen die Armee einen Platz „overseas" zuwies, sich mit ihren deutschen Nachbarn – in der Sendung in Nürnberg – bekanntmachen, ja anfreunden.

Aber die deutschen Nachbarn selbst interessieren sich kaum für ihre amerikanischen Mitbewohner. Diese fühlen sich im Getto. Das hat die Reportage recht plastisch herausgearbeitet. Freilich hat hier der Film sehr einseitig gezeichnet. Der Autor tat so, als seien die Amerikaner nur des Geldes wegen und der Möglichkeit, als Schwarze vor allem der Arbeitslosigkeit in den amerikanischen Großstädten *zu entfliehen,* in der Armee und folglich in Deutschland. Etwas von der Idee, weit weg von zu Hause für eine Form von menschenwürdigem Dasein einzustehen, ist auch in den Köpfen der gezeigten Amerikaner.

RÜDIGER MONIAC

. . . und worum, bitte, ging es?

Hochgemut begann die ARD vor einigen Wochen ihre Reihe **Wochenendgeschichten**: Unterhaltung nicht ohne Niveau ward dem Zuschauer verheißen, und also plazierte *man die Stücke prominent – montags* um 20.15 Uhr. Doch nach und nach verkrümelten sich die Episoden in immer spätere Sendezeiten. Der Beobachter witterte Schlimmes – zu Recht. Denn die letzte der sechs Folgen, um 23.00 Uhr angeboten, wäre besser im Archiv geblieben.

„Wanda" hieß die Peinlichkeit aus der Feder des Autors Gert Loschütz – 60 Minuten Wortqualm ohne Handlungsgerüst, aber mit vorgetäuschtem Tiefsinn; 60 Minuten nette, bewegte Bilder, die genausogut ohne Ton hätten laufen können. Weil beim besten Willen nicht herauszufinden war, worum es eigentlich ging.

Die Rezensentin jedenfalls gesteht, daß sie nur soviel begriffen hat: Ein attraktives Geschöpf namens Wanda (wer hat Elisabeth Trissenaar bloß zu dieser Un-Rolle beschwatzt?) setzt sich in den Kopf, einen auffallend unattraktiven Mann zu ködern. Sie kennt ihn nicht, sieht ihn nur ab und zu, aber der Herr verschwindet dummerweise immer dann, wenn die sture Dame Kontakt aufnehmen will.

PS: Der für die „Wochenendgeschichten" zuständige Redakteur, so war zu lesen, soll beim Studium der Drehbücher ernsthaft erwogen haben, ein Restaurant in der Toscana zu eröffnen. Der Mann hat Geschmack.

CORNELIA REISER

Storm-Verfilmungen für Kino und Bildschirm

Übervolle Schatzkiste

Sylter Novelle – ARD, 20.15 Uhr

Wenn ein Autor unserer Tage sich eines so regen Interesses erfreuen dürfte, wie es heute noch Theodor Storm (1817–1888) entgegengebracht wird, würden er und sein Verleger sich die Hände reiben. Storms Werke erscheinen in immer neuen Einzel- oder Gesamtausgaben, die Reihe seiner Briefwechsel ist keineswegs abgeschlossen – von Verfilmungen eines Teils seiner insgesamt 58 Novellen ganz zu schweigen. Die Stoffe aus dieser übervollen Schatzkiste provozieren geradezu, ins Medium Film umgesetzt zu werden.

Daß immer neue Lesergenerationen heranwachsen, denen das Milieu, die Sprache und die Handlung darin durchaus nicht altväterisch erscheinen, und die sich gerade hiervon eher angezogen als gelangweilt fühlen, sichert Storm (und nicht weniger seinen Verfilmern) sozusagen eine permanente Gemeinde, die sich stetig erneuert. Nur einem müssen sie Rechnung tragen: dem sich wandelnden Geschmack, der sich beständig seinen eigenen Stil schafft und sich nicht mehr identifizieren mag mit vielem, was er gestern noch bewunderte.

Als 1943 die „Ufa" den Film „Immensee" herausbrachte, waren wir alle zumeist tief beeindruckt. Alfred Braun hatte diese so traurig-schöne Geschichte einer Jugendliebe mit Veit Harlan, der sie dann auch inszenierte, für den Film umgeschrieben, und die Besetzung war so prominent wie nur irgend möglich: Nennen wir nur Carl Raddatz und Christina Söderbaum. Die Kamera hatte der hochbegabte Bruno Mondi geführt.

Der Film, der gewiß eines zeitgemäßen Remakes wert wäre, wurde nach Kriegsende gemäß Entscheidung der Alliierten Militärregierung zur Vorführung in Deutschland nicht mehr zugelassen. Die Ursache hierfür lag in erster Linie darin, daß Harlan ihn inszeniert hatte – ein Regisseur, der sich später wegen seines im Dritten Reich gedrehten Films „Jud Süß" vor Gericht verantworten mußte.

Nicht anders wäre es auch dem von ihm noch 1944 für die „Ufa" begonnenen Film „Puppenspieler" ergangen, für den er mit Alfred Braun, der diesmal die Regie übernommen hatte, am Drehbuch mitgewirkt hatte. Literarischer Vorwurf war die Storm-Novelle „Pole Poppenspäler" gewesen, doch bis Kriegsende war nur knapp die Hälfte abgedreht, und so hatten Produzenten, Regisseur und vor allem die Darsteller das Nachsehen. Und wieder hatte Mondi an der Kamera gestanden, die er in Husum, dem Schauplatz der Geschichte und Geburtsort des Dichters, aufgebaut hatte. Der Film wurde nie aufgeführt.

Solcherart Hypotheken hatte das ZDF natürlich nicht, als es 1968 im Auftrag der Deutschen Buchgemeinschaft Günther Anders die Regie für einen neuen „Pole Poppenspäler" übertrug. Allerdings war Husum dem Inszenator und auch dem Herstellungsleiter Alf Teichs inzwischen zu verkehrsreich als Drehort, Lübeck und Lüneburg hingegen schon zu groß geworden. Und so wurde Lauenburg an der Elbe kurzerhand zum Husum, wie Storm es schilderte. Die Darsteller waren Ilona Grübl und Hartmut Honrichs als Liebende, die sich nach zwölf Jahren wiedersehen und heiraten, und der jüngst verstorbene Walter Richter saß als alter Puppenspieler Joseph Trendel hoch zu Kutschbock auf seinem Wanderkarren, ein gebrochener Mann, der *nach seiner irrtümlichen Inhaftierung* nie wieder eine Marionette anrührt.

Besonderer Beliebtheit hat sich seit je Storms späte Meisternovelle „Der Schimmelreiter" auch im Film erfreut. Manchen wird noch Curt Oertels und Hans Deppes gemeinsame Drehbuch- und Regiearbeit daran in Erinnerung sein – mit Eduard von Winterstein, Mathias Wieman und Marianne Hoppe in den Hauptrollen. Der Film hatte seine Uraufführung am 12. Januar 1945 in Hamburg. Ein Remake dieser Pflichtlektüre für Untertertianer schuf Alfred Weidenmann 1978 – mit Anita Ekström, Gert Fröbe und Lina Carstens.

Den Vater-Sohn-Konflikt „Hans und Heinz Kirch" hatte 1975 Günter Gräwert mit Martin Lüttge und Sylvia Reize ganz akzeptabel inszeniert. Das gleiche Thema unter dem Titel „Am grauen Strand, am grauen Meer" aus der „DDR" mit Fred Düring, Martin Seifert und Angelika Domröse unter Klaus Gendrichs Regie, 1981 von der ARD gesendet, fiel vergleichsweise mager in der Menschenführung aus. Nun dürfen wir gespannt sein auf Peter Deutschs Verfilmung der „Sylter Novelle"; ein Werk, das erst vor wenigen Jahren im Nachlaß Storms gefunden wurde.

WALTER DEPPISCH

ARD / ZDF / SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Die Fahrten des Odysseus
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Auto '85
Internationale Automobil-Ausstellung in Frankfurt/Main
16.55 Janosik, Held der Berge
17.40 Die Mellops als Höhlenforscher
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Sylter Novelle
Von Peter M. Thouet nach Theodor Storm
Mit Jan Groth, Anja Kruse, Benjamin Völz, Eva Brumby u. a.
Regie: Peter Deutsch
Die Tochter des gefürchteten Megels bekommt aus einer Liaison mit einem Seemann ein Kind, bei dessen Geburt sie stirbt. Jahre später verliebt sich das Kind, inzwischen ein junger Mann, in die Tochter des angesehenen Vogts.
21.05 Brennpunkt
Auf dem Sprung – Die Lage der SPD
Die Hoffnung der Partei, 1987 an die Macht zurückzukehren, ist gewachsen. Gleichzeitig demonstriert der Rücktritt des Schatzmeisters Hans-Jürgen Wischnewski und die Diskussion um das Strategiepapier von Bülows alles andere als Geschlossenheit. Im Mittelpunkt der Sendung: Gespräche mit Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Willy Brandt und Annemarie Renger
22.00 Tagesthemen
22.30 ARD-Sport extra
Fußball-Europapokal
1. Runde – Hinspiele
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Johannes spielt nicht mehr mit
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Unser Fräulein Lehrer
Miß Peach läßt die Puppen tanzen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Die große Wende
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
Regie: Pit Weyrich
20.15 ZDF Magazin
Bonn weiter Tummelplatz für Sowjet-Spione? / Freiheitskämpfe in Afghanistan bleiben erfolgreich / *Privatisierung der Lufthansa* weiter umstritten
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Hotel
Ausblicke
21.45 heute-journal
22.05 Von nun an bist du nicht mehr allein
Über das Geheimnis von Taizé
Film von Gerhard Müller
22.35 Das kleine Fernsehspiel – Filme aus der Dritten Welt
Das wahrhaftige Wort des klugen Bauern
Ein Film von A-Wahed Askar
Mitarbeit: Renate Bauer und Gerd Rossin
Anschließend: Ein Gespräch zwischen Martin Stöhr und A-Wahed Askar
1.20 heute

SAT 1

16.30 Happy Days
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Zu Gast bei Helmut Schön / Gespräch mit Uwe Reinders / Traudl King, die schnellste deutsche Autofahrerin
20.00 Offen gesagt
Eduard Rhein im Gespräch mit Uwe Lucks
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick
22.15 Der Todeskuß des Paten
Italienischer Spielfilm (1973)
23.55 APF blick

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
anschl. Das kalte Herz (2)
19.00 heute
19.30 Die Julia-Migenes-Show
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Sport? Nein danke!
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Die Straße der Mode
20.20 Die Frau am Scheidewege
Ungarischer Spielfilm (1938)
22.10 RTL-Spiel
22.20 Wer bin ich?
22.50 Wetter
22.55 Horoskop
23.00 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Castrop-Rauxel
21.45 Wissenschaftsshow
Technologie der alten Römer
22.30 Das Ding ist geritzt
Französischer Spielfilm (1932)
23.15 Der Waschbär
Film über Jacques Prévert (1970)
23.50 Schach dem Weltmeister
0.20 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Penkefitz Nr. 5
6. Folge: Michael wird Schützenkönig
19.00 Ein Kindergarten – Ein Garten für Kinder
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Großbritannien

HESSEN
18.30 Penkefitz Nr. 5
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Glasmosaik
19.35 Der Physik-Zirkus II (11)
Elektrizität aus dem Nichts
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Stadtgespräch
Reservat oder Freifläche
Was wird aus dem Bundesgartenschau-Gelände?
21.00 Schule auf dem Zauberberg
Die Odenwaldschule
22.00 Das Abenteuer
Italienischer Spielfilm (1960)
Mit Gabriele Ferzetti, Monica Vitti, Lea Massari u. a.
Regie: Michelangelo Antonioni
0.15 Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Blut und Ehre (2)
Jugend unter Hitler
Unsere Fahne ist die neue Zeit
20.15 Der Teppich von Bayeux
Eine historische Betrachtung
Von Franz Baumer
21.00 Wildes Blut
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Jennifer Jones, Charlton Heston, Karl Malden u. a.
Regie: King Vidor
22.20 Das romantische Zeitalter
Der Reiz der Phantasie
23.05 Nachrichten

BAYERN
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der scharlachrote Buchstabe (2)
22.40 Die Angst im Nacken
23.25 Schach dem Weltmeister
23.55 Rundschau
0.00 News of the Week

Wir mußten Abschied nehmen von unserer Präsidentin, Frau

Anneliese Trockels
geb. Schoelske

* 9. 4. 1908 † 13. 8. 1985

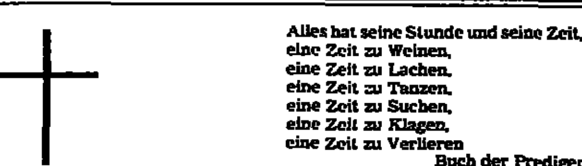
Wir danken ihr für ihren Mut, ihre Bereitschaft und die Sorge um das Wohl unseres Hauses.

Die Beisetzung hat im engsten Kreise stattgefunden am 20. August 1985 auf dem Sülldorfer Friedhof in Hamburg.

Hamburg-Rissen/
Puerto de la Cruz - Tenerife
den 18. September 1985

Erwin Suppin und Ilse Bornholdt
im Namen der Mitglieder und Angestellten der
Comunidad de Propietarios Guajara, Puerto de la Cruz - Tenerife

---



Alles hat seine Stunde und seine Zeit,
eine Zeit zu Weinen,
eine Zeit zu Lachen,
eine Zeit zu Tanzen,
eine Zeit zu Suchen,
eine Zeit zu Klagen,
eine Zeit zu Verlieren
Buch der Prediger

Am 14. September 1985 starb auf Norderney im Alter von 73 Jahren Herr

Dr. med. Udo Bartman

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Melitta Bartman geb Lotz
Dr. med. Jörg Bartman und Sohn Florian
Dr. med. Monika Bartman geb. Schäfer
Dirk Bartman
Renate Bartman geb. Ritterbach
und die Kinder Jessica und Tobias
Waltraud Partenheimer geb. Bartman
Isadora Zabel geb. Lotz

5168 Nideggen-Wollersheim, Auf der Heide 3a

Die Beerdigung findet im engsten Familienkreise auf dem Kölner Friedhof Melaten statt

---

Dankbar für ein erfülltes und glückliches Leben, entschlief sanft im Kreis der Familie

Erich Peter Kruse

* 2. März 1908 † 13. September 1985

In Ehrfurcht und stiller Trauer
Elisabeth Kruse geb. Weller
Oliver Kruse
Sou-Sou Kruse

Winnemark, im September 1985

Die Trauerfeier fand am 17. September 1985 im engsten Kreis der Familie statt.

Von Besuchen bitten wir abzusehen.

Unsere allzeit hilfsbereite Schwester, Tante und Schwägerin

Teresa, genannt Sina Behrens

geb. 1. 5. 1906 gest. 12. 9. 1985

ist nach kurzer Krankheit ruhig eingeschlafen.

Im Namen aller Angehörigen
Hildegard Hansen geb. Behrens

Auf ausdrücklichen Wunsch der Verstorbenen findet keine Trauerfeier statt.

WIEVIEL VERSTEHEN SIE VON GELD?

TESTEN SIE HIER, WELCHER GELDTYP SIE SIND. NUTZEN SIE DIE CHANCE, 50.000 MARK VON AMERICAN EXPRESS ZU GEWINNEN.

WIEVIEL VERSTEHEN SIE VON GELD?

In 5 Minuten wissen Sie, wie gut Sie mit Geld umgehen können. Machen Sie mit. Sie gewinnen viele Erkenntnisse über Ihre Zahlungsgewohnheiten und können erfahren, welcher Geldtyp Sie sind.

Lesen Sie die folgenden Fragen aufmerksam durch, und kreuzen Sie die nach Ihrer Meinung richtigen Antworten an. Bei Fragen, die mit ★ gekennzeichnet sind, sind **mehrere Antworten möglich.** Bei Fragen ohne ★ bitte **nur eine Antwort** ankreuzen. In der unteren Hälfte des Fragebogens finden Sie die Beschreibung vier verschiedener Geldtypen. Schätzen Sie Ihre bisherigen Zahlungsgewohnheiten ein, und kreuzen Sie bitte an, wo Sie sich einordnen würden.

Alle Einsender, die ihren ausgefüllten Fragebogen bis zum 30.11.1985 an American Express einsenden, nehmen an einer Verlosung teil und können 50.000 Mark gewinnen. Sämtliche Angaben werden vertraulich behandelt.

1. Welches Zahlungsmittel benutzen Sie?★
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck

2. Wieviel Bargeld haben Sie normalerweise bei sich?
- ☐ Bis DM 100,–.
- ☐ Bis DM 500,–.
- ☐ Bis DM 300,–.
- ☐ Über DM 500,–.

3. Welche Beträge zahlen Sie in der Regel mit Scheck?
- ☐ Ab DM 30,–.
- ☐ Ab DM 100,–.
- ☐ Ab DM 50,–.
- ☐ Ab DM 200,–.
- ☐ Ich habe keine Schecks bei mir.

4. Was gefällt Ihnen am bargeldlosen Einkaufen?
- ☐ Mein Unterschrift genügt.
- ☐ Keine Probleme mit Wechselgeld.
- ☐ Ich bin in jeder Situation liquide.
- ☐ Gar nichts, ich zahle lieber bar.

5. Haben Sie sich schon einmal geärgert, daß Sie nicht genügend Geld bei sich hatten, um eine einmalige Gelegenheit wahrzunehmen, z. B. um etwas Hübsches zu kaufen?
- ☐ Kann mir nicht passieren, ich habe immer ausreichend Bargeld bei mir.
- ☐ Nein, für solche Gelegenheiten trage ich immer ausreichend viele Schecks bei mir.
- ☐ Nein, mit Kreditkarte genügt meine Unterschrift.
- ☐ Ja, ich habe deswegen schon manche schöne Gelegenheiten verpaßt.

6. Haben Sie schon einmal Probleme mit Schecklimitierungen und Banköffnungszeiten gehabt?
- ☐ Ja.
- ☐ Nein (weiter mit Frage 8).

7. Was tun Sie in diesem Fall?
- ☐ Ich verzichte auf den Einkauf.
- ☐ Ich stelle mehrere Schecks aus.
- ☐ Ich bezahle bar.
- ☐ Mit Kreditkarte kann mir das nicht passieren.

8. Bei welchem Zahlungsmittel haben Sie das geringste Sicherheitsrisiko?
- ☐ Euroschecks – sofern man nur wenige mit sich trägt und die Scheckkarte getrennt aufbewahrt.
- ☐ Bargeld in kleinen Beträgen.
- ☐ Bei Kreditkarten.
- ☐ Ich weiß nicht.

9. Wie oft heben Sie im Monat durchschnittlich Bargeld ab?
- ☐ 1mal
- ☐ 3mal
- ☐ 2mal
- ☐ 4mal und öfter

10. Haben Sie schon einmal überlegt, wie sich Ihr Ausgabenverhalten auf Ihre Kosten und Gebühren auswirkt?
- ☐ Ja.
- ☐ Nein.

11. Bei welchem Zahlungsmittel sinken Ihre Kosten, je öfter Sie es einsetzen?
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck

12. Bei welchem Zahlungsmittel können Sie einen Zinsvorteil erzielen?
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck
- ☐ Bei keinem
- ☐ Überweisung

13. Welcher der folgenden Ansichten stimmen Sie am ehesten zu?
- ☐ Ich bin ausgesprochen sparsam.
- ☐ Ich gehe sehr überlegt mit meinem Geld um.
- ☐ Ich gebe häufig mehr Geld aus, als ich geplant habe.
- ☐ Ich habe überhaupt kein Verhältnis zu Geld.

14. Haben Sie schon eine Kreditkarte?★
- ☐ Ja, American Express.
- ☐ Ja, eine andere.
- ☐ Nein, ich habe bisher noch keine gebraucht.

15. In wievielen Geschäften in Deutschland können Sie mit der American Express Karte einkaufen?
- ☐ Bis 10.000.
- ☐ Bis 40.000.
- ☐ Bis 20.000.
- ☐ Bis 50.000.

16. Wieviele Personen benutzen Ihrer Schätzung nach in Deutschland bereits die American Express Karte?
- ☐ Bis 100.000.
- ☐ Bis 400.000.
- ☐ Bis 250.000.
- ☐ Mehr als 400.000.

17. Sie wissen ja, daß Sie eine American Express Karte nicht überall bekommen können. Wo erhält man einen Antrag für die American Express Karte?★
- ☐ Im Postamt.
- ☐ Bei American Express.
- ☐ In Geschäften.
- ☐ In Zeitungen/Zeitschriften.
- ☐ In Hotels.
- ☐ Mit der Post zugeschickt.
- ☐ Auf Flughäfen.

18. Welche der folgenden Aussagen treffen auf die American Express Karte zu?★
- ☐ Kann Kosten und Gebühren senken.
- ☐ Sie sind ein gerngesehener Gast und Kunde.
- ☐ Macht unabhängig von Bargeld, Schecks und Banköffnungszeiten.
- ☐ Vereinfacht den Umgang mit fremden Währungen.
- ☐ Kann Zinsvorteile durch späteres Bezahlen der Rechnung verschaffen.
- ☐ Begrenzt das Risiko auf DM 100,– bei Diebstahl, Verlust und Mißbrauch durch Dritte.
- ☐ Verschafft einen guten Überblick über die Ausgaben.
- ☐ Ermöglicht es, Bargeld zu erhalten.
- ☐ Erlaubt es, weitere Versicherungen und Serviceleistungen in Anspruch zu nehmen.
- ☐ Keine.

19. Wovon hängt es ab, ob jemand eine Kreditkarte erhält?★
- ☐ Vom Alter.
- ☐ Vom Einkommen.
- ☐ Vom Beruf.
- ☐ Von der Höhe der monatlichen Ausgaben.
- ☐ Von seiner finanziellen Bonität.

20. Ab welchem Rechnungsbetrag kann man eine Kreditkarte einsetzen?
- ☐ Bei jedem Betrag.
- ☐ Ab DM 500,–.
- ☐ Ab DM 100,–.
- ☐ Ab DM 1.000,–.

21. Was kennzeichnet einen typischen Kreditkartenbesitzer?★
- ☐ Seine Fähigkeiten, mit Geld umzugehen.
- ☐ Erfolg, auch in beruflicher Hinsicht.
- ☐ Sein rationales Verhältnis zu Geldangelegenheiten.

22. Was halten Sie von einer Kreditkarte?
- ☐ Ist nur was für Angeber.
- ☐ Ist ein praktisches Zahlungsmittel.
- ☐ Ist überflüssig für mich.
- ☐ Einfacher, bequemer, sicherer und formloser geht es kaum.
- ☐ Könnte auch für mich interessant sein.

WELCHER GELDTYP SIND SIE?

Beim Beantworten aller Fragen haben Sie sicher bemerkt, daß Ihnen einige Antworten sehr schnell einfielen, andere dagegen etwas Nachdenken erforderten. Und manche Fragen haben Sie sich möglicherweise selbst noch nie gestellt, denn der Umgang mit Geld ist längst zur Gewohnheit geworden.

Jetzt können Sie Ihr Zahlungsverhalten bewerten und wissen, welcher Geldtyp Sie sind. Bitte kreuzen Sie an, wie Sie Ihren Umgang mit Geld charakterisieren würden.

Der Bargeld-Typ.

Ohne Bargeld fühlt er sich nicht wohl. Er vertraut auf eine volle Brieftasche und hat immer so viel Geld dabei, wie er braucht. Plus einer nicht unerheblichen Reserve.

Unser Tip:

Für den schönen Schein nehmen Sie viel in Kauf: die Abhängigkeit von Banköffnungszeiten oder Geldautomaten, Zinsminderung und ein großes Verlust- oder Diebstahlrisiko. Überprüfen Sie Ihren Umgang mit Geld, es gibt für große und kleine Beträge viel bequemere und sicherere Zahlungsmittel.

Der Bargeld-/Scheck-Typ.

Er trägt keine Hunderter bei sich, aber ohne eine bestimmte Summe Bargeld verläßt er nur ungern das Haus. Bargeldlose Zahlungsmittel nutzt er vor allem als Reserve, und nur in besonderen Fällen stellt er auch bei kleineren Beträgen einen Scheck aus.

Unser Tip:

Sie sollten Ihren Umgang mit Bargeld und Schecks überdenken. Es lohnt sich, denn es gibt für Sie eine in vielen Fällen bessere Alternative: die Karte von American Express. Mit ihr können Sie unabhängig von Bargeld und Schecks jederzeit über kleine und große Beträge verfügen. Zu Hause in Ihrer Stadt so gut wie unterwegs. Warum wollen Sie diese Vorteile nicht nutzen? Einen Kartenantrag finden Sie nebenstehend.

Der Scheck-Typ.

Er vermeidet das Risiko hoher Bargeldbeträge und nutzt für seine Zahlungen, sooft es geht, Überweisungen und Schecks. Er findet bargeldloses Bezahlen äußerst praktisch.

Unser Tip:

Für Ihr überlegtes Verhalten müssen Sie teilweise nicht unerhebliche Gebühren in Kauf nehmen und werden durch Vorschriften und Formalitäten eingeengt. Nutzen Sie doch die bequemen und wirtschaftlichen Vorteile einer Kreditkarte.

American Express ist die führende Karte in Deutschland und hat unter allen Geschäften, Kaufhäusern, Restaurants und Hotels die meisten Vertragspartner. Viele liegen ganz in Ihrer Nähe, und die vielfältigen täglichen Nutzungsmöglichkeiten machen sich sehr schnell angenehm bemerkbar. Und bezahlt.

Treffen Sie jetzt die richtige Entscheidung. Einen Antrag für die American Express Karte finden Sie nebenstehend, und schon in wenigen Tagen können Sie mit Ihrem guten Namen bezahlen.

Der Kreditkarten-Typ.

Er gehört zu den Leuten, die weitestgehend auf eine volle Brieftasche und auf Schecks verzichten. Er kann gut mit Geld umgehen und nutzt die Vorteile einer Kreditkarte. Er hält sie für ein sehr praktisches und wirtschaftliches Zahlungsmittel.

Unser Tip:

Falls Sie noch keine American Express Karte haben, sollten Sie überlegen, ob Ihnen die führende Karte in Deutschland nicht zusätzlich von Nutzen sein könnte.

Welchem der oben aufgeführten Geldtypen ordnen Sie sich zu?
- ☐ Bargeld-Typ.
- ☐ Scheck-Typ.
- ☐ Bargeld-/Scheck-Typ.
- ☐ Kreditkarten-Typ.

SIE KÖNNEN 50.000 MARK GEWINNEN.

Nehmen Sie Ihre Chance wahr, beteiligen Sie sich an unserem Gewinnspiel. Bitte füllen Sie den untenstehenden Teilnahmeschein aus. **Senden Sie den vollständig ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 30.11.85 an American Express International, Inc., Postfach 11 01 01, 6000 Frankfurt 11.**

Die Verlosung erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges. Mitarbeiter von American Express sind nicht teilnahmeberechtigt.

Wenn Sie darüber hinaus die Vorteile der American Express Karte, der führenden Karte in Deutschland, nutzen möchten, so können Sie diese gleich mit beantragen. Füllen Sie bitte die zusätzlich notwendigen Angaben in dem nebenstehenden Antragsfeld aus, und vergessen Sie nicht Ihre Unterschrift. Schon in wenigen Tagen können Sie dann mit Ihrem guten Namen bezahlen.

TEILNAHMESCHEIN 950 930 1115

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen und zusammen mit dem Fragebogen zurücksenden.

Persönliche Angaben:

Nachname (Herr/Frau) ____

Vorname ____

Tel. ____ Geb.-Datum ____

Familienstand ____ Anz. der Kinder ____

Privatanschrift:

Straße ____

PLZ, Ort/Zustellb. ____

Brutto-Jahreseinkommen ☐ unter DM 34.000,–

Bitte genaues Jahreseinkommen angeben: DM ____

☐ über DM 34.000,– ☐ über DM 50.000,– ☐ über DM 80.000,–

☐ Haus-/Wohnungseigentum ☐ Mietwohnung

Ich weiß, daß die Gewinnchance bei der Verlosung völlig unabhängig davon ist, ob ich die American Express Karte beantrage. Falls ich die Karte nicht beantragen will, genügt es, wenn ich den Kartenantrag nicht ausfülle.

KARTENANTRAG 950 930 1115

Arbeitgeber-/Geschäftsanschrift:
(bitte auch ausfüllen, wenn Sie selbständig sind)

Firmenname ____

Branche ____ Tel. ____

Straße ____

PLZ/Ort/Zustellb. ____

Position ____

beschäftigt seit ____ Jahren ____ Monaten

selbständig seit ____ Jahren ____ Monaten

wohnhaft seit ____ Jahren ____ Monaten

frühere Anschrift (falls weniger als 2 Jahre wohnhaft unter obiger Anschrift)

____

Ich ermächtige American Express widerruflich, die monatliche Rechnung per Lastschrift einzuziehen. Ja ☐

Senden Sie die monatliche Abrechnung bitte an meine Privatanschrift ☐ Geschäftsanschrift ☐

Ich habe / hatte eine American Express Karte. Karten-Nummer: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐☐☐ ☐☐☐☐☐

Besitzen / Besaßen Sie bereits Kreditkarten? Wenn ja, welche?

____

Private Bankverbindung der letzten 2 Jahre:

Name des Kreditinstitutes ____

Straße ____

PLZ/Ort/Zustellb. ____

BLZ ____ Konto-Nr. ____

Telefon ____

Ich bestätige die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. American Express ist berechtigt, bei meinem Arbeitgeber, meiner Bank und anderen Stellen die für die Ausstellung und Benutzung der American Express Karte erforderlichen Auskünfte einzuholen. Alle Angaben werden vertraulich behandelt; meine Rechte nach dem Datenschutzgesetz bleiben unberührt. American Express behält sich das Recht vor, diesen Antrag ohne Nennung von Gründen abzulehnen und ist berechtigt, der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung – SCHUFA – die Kündigung des Vertragsverhältnisses wegen nichtvertragsgemäßen Verhaltens mitzuteilen. Die Jahresgebühr beträgt DM 120,– und wird nach Ausstellung der Karte in Rechnung gestellt. Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zuschicken. Ein Exemplar erhalten Sie zusammen mit der Karte.

Datum ____ Unterschrift ____

So soll mein Name auf der Karte erscheinen (max. 20 Schreibstellen einschließlich der Zwischenräume): ☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

Ich bin an einer American Express Zusatzkarte für Familienangehörige interessiert: ja ☐ nein ☐



Wolff heute bei Honecker in Ost-Berlin

hrk./dpa, **Berlin**

Wenige Stunden vor Beginn des Besuchs von SPD-Chef Willy Brandt in Ost-Berlin trifft der Industrielle Otto Wolff von Amerongen am heutigen Mittwoch mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Ost-Berlin zusammen. Anschließend gibt er eine Pressekonferenz. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages erhielt gestern die Würde eines Ehrendoktors der Wirtschaftswissenschaften durch die Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Otto Wolff, der zugleich Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft ist, zählt seit Jahren zu den bevorzugten Gesprächspartnern Honeckers, wenn es um die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen geht. Wolff hatte gestern in Jena in seiner Dankesrede auf die gemeinsame Verantwortung der Deutschen „gegenüber dem Überlieferten wie gegenüber dem Zukünftigen" hingewiesen.

Marschflugkörper in den Hunsrück

rmc. **Bonn**

Die NATO ist mit der offiziellen Bekanntgabe der für einen Standort im Hunsrück vorgesehenen 96 Marschflugkörper von der Praxis abgewichen, die Stationierung von chemischen oder nuklearen Waffen auf deutschem Boden nicht zu bestätigen. Die Marschflugkörper werden, wie ein Sprecher der US-Luftwaffe in Ramstein/Pfalz mitteilte, in der Nähe der Ortschaft Wüschheim auf einer ehemaligen Niederlassung der amerikanischen Streitkräfte untergebracht. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums ist die Stationierung der Marschflugkörper im Hunsrück schon im vergangenen Dezember in einer Parlamentarischen Anfrage in Bonn mitgeteilt worden. Seit diesem Zeitpunkt sei die Landesregierung in Mainz von der Bundesregierung ermächtigt, auf Anfrage die Vorbereitungen für den Bau des Stützpunktes zu bestätigen. Ministerpräsident Bernhard Vogel habe damit argumentiert, eine so große Baustelle mit derart vielen Beschäftigten sei ohnehin nicht zu verheimlichen und folglich auch kaum der Bestimmungszweck der Anlage. In Bonn hieß es, diese Bekanntgabe präjudiziere keine künftigen.

Südafrika beugt Swapo-Aktion vor

General Gleeson hofft auf Abschluß der Operation in Angola innerhalb einer Woche

M. GERMANI, **Johannesburg**

Truppen der vereinten Streitkräfte Süd- und Südwest-Afrikas stehen wieder auf angolanischem Territorium. Das gab der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, General Constant Viljoen, bekannt. Es handele sich um eine Verfolgungsaktion gegen das 8. Bataillon der Südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo). Es wurden keine konkreten Angaben über die Stärke der beteiligten Truppen gemacht. Die angolanische Armee wurde informiert und davor gewarnt, sich in die Aktion einzumischen.

In einem Interview mit dem südafrikanischen Fernsehen gab Südafrikas Generalstabschef, General Ian Gleeson, die Stärke des 8. Swapo-Bataillons mit 400 bis 800 Mann an. Diese seien weit über den Süden Angolas verteilt. „Wir hoffen, die Operation innerhalb einer Woche beenden zu können", erklärte Gleeson.

Als Begründung für das erneute militärische Eingreifen erklärte General Viljoen: „Aufgrund intensiver Informationen der letzten Monate konnten wir die Aktionen der Swapo überwachen. Beweise lagen vor, daß die Swapo mit ihrem 8. Bataillon und anderen Sondereinheiten die Bombardierung militärischer Installationen und ziviler Ziele plante und die Absicht hatte, größere Städte und Wohngebiete in Südwestafrika anzugreifen." Der Oberkommandierende wies gleichzeitig auf die steigende Zahl von Entführungen, Einschüchterungen und Sabotageaktionen in den letzten Wochen hin.

Der Entschluß, die Swapo in Angola selbst anzugreifen, wurde offensichtlich nach der Gefangennahme von zwei Mitgliedern einer Spionagegruppe des 8. Bataillons am Wochenende gefaßt. Bereits vor wenigen Wochen waren bei einer Hausdurchsuchung im schwarzen Stadtteil von Windhuk, Katatura, größere Mengen von Sprengstoff gefunden worden, mit denen das Postamt der Hauptstadt, sowie ein Hotel und ein Einkaufszentrum in der Innenstadt in die Luft gesprengt werden sollten.

Wahrscheinlich wird die angolanische Armee die Warnung Südafrikas befolgen, um es nicht zu einer direkten Konfrontion südafrikanischer Truppen mit diversen Einheiten aus dem Ostblock kommen zu lassen.

In diesem Zusammenhang weisen westliche Beobachter darauf hin, daß nach wie vor 30.000 Kubaner und etwa 3000 Militärberater aus der Sowjetunion, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn, der „DDR" und Nord-Korea in Angola im Einsatz sind. Seit 1977 haben die Sowjets Waffen im Wert von rund einer Milliarde Dollar geliefert.

Fragen nach Pannen im Fall Willner

● Fortsetzung von Seite 1

wollte ich meiner Frau und mir ersparen. Deshalb habe ich mich in die Heimat meiner Mutter begeben."

Frau Willner schrieb an ihren Chef, dem Leiter der Abteilung III im Kanzleramt, Professor König, sie habe sich „ihrem Mann angeschlossen".

Über den Verratsumfang gibt es noch keine konkreten Erkenntnisse, aber er wird aufgrund der Zugänge des Ehepaares zu Entscheidungsvorgängen innerhalb der FDP und des Kanzleramtes als beträchtlich angesehen. Frau Willner war seit 1966 im Bundesverteidigungsministerium und dann seit 1973 in der Abteilung III im Kanzleramt tätig. Ihre letzte Sicherheitsüberprüfung war 1984 vorgenommen worden – ohne Ergebnisse. Frau Willner hatte die Zugangsermächtigung „Geheim". Sie konnte Einsicht in die Kabinettsprotokolle nehmen.

Beide, Herta-Astrid und Herbert Willner, waren am Montag aus dem Urlaub zurückerwartet worden. Nachforschungen haben ergeben, daß sie sich vor zehn Tagen in dem Hotel in Spanien zu einem eintägigen Ausflug nach Andorra verabschiedet hatten, von dem sie jedoch nicht mehr zurückgekommen waren.

Herbert Willner wurde am 1. Juli 1926 in Dairen (China) geboren. 1929 kehrte die Familie nach Deutschland zurück. 1949 wurde er aus russischer Kriegsgefangenschaft in die „DDR" entlassen. Er trat in die SED ein und studierte später in Leipzig. Im Januar 1961 „flüchtete" er in die Bundesrepublik Deutschland, arbeitete zunächst als Pressereferent bei der Firma Philips, danach war er Redakteur beim „Spiegel" in Hamburg. 1965 wechselte er vom „Spiegel" in die FDP-Bundesgeschäftsstelle, später war er Referent für Außen- und Sicherheitspolitik. Am 1. Juli 1974 heiratete er die Sekretärin im Kanzleramt. Seit 1979 war Willner bei der Naumann-Stiftung. Willner, der Zugang zu Arbeitskreissitzungen der FDP-Bundestagsfraktion hatte, der als Mitarbeiter bei FDP-Parteitagen hinter dem Präsidium saß, arbeitete nach WELT-Informationen zuletzt an der Vorbereitung der nächsten Sitzung des FDP-Bundesfachausschusses für Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik. Als Jürgen Möllemann den Ausschuß Sicherheitspolitik und William Borm den für Außenpolitik leitete – 1983/84 wurden unter Martin Bangemann beide Bereiche zusammengefaßt – schlug sich Willner eindeutig auf die Seite Borms. Er bekannte sich offen zur Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses. „Seine linken Sprüche" waren schon damals in der FDP, so berichten Insider, als „merkwürdig" empfunden worden. „Der hing praktisch an Borm". Er wurde als kompetent angesehen, hielt sich aber im Hintergrund. Nachbarn des Ehepaares in St. Augustin-Menden bei Bonn berichteten, die Willners hatten zurückgezogen gelebt. Generalbundesanwalt Rebmann hat inzwischen gegen das Ehepaar ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit eingeleitet.

Was Frau Willner betrifft, so war sie in ihrer Zeit im Bundesverteidigungsministerium auch Sekretärin in der Sozialabteilung, die damals von Ministerialdirektor Laabs (SPD) geleitet wurde. In dieser Abteilung arbeitete auch Renate Lutze, die später mit ihrem Mann wegen Agententätigkeit verhaftet und wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Im Kanzleramt war Frau Willner zuletzt die Sekretärin von Ministerialdirektor König, der unter anderem für politische Planungsaufgaben zuständig ist. Dementiert wurden Berichte, daß über den Tisch der Sekretärin auch Unterlagen über das amerikanische Forschungsprogramm SDI gegangen seien.

Schäuble: Die C-Waffen „weltweit verbieten"

Honeckers Vorschlag „stärkt die Sicherheit nicht"

ms. **Bonn**

Die Bundesregierung sieht in Verhandlungen über die Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa, wie sie von SED-Generalsekretär Honecker und dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Strougal in gleichlautenden Briefen an Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen wurden, „derzeit keine Möglichkeit, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu stärken und die Stabilität in Europa zu erhöhen". Dies machte gestern Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in einem Gespräch mit der WELT deutlich.

Schäuble: „Unsere Linie hinsichtlich der Chemiewaffen ist klar. Wir brauchen ein weltweites Verbot dieser gesamten Waffenkategorie. Darum gehören Vorschläge zu chemischen Waffen in die Genfer Abrüstungskonferenz, wo darüber verhandelt wird. Dort ist eine Einigung möglich, auch in der heiklen Kontrollfrage, zu der die Bundesrepublik Deutschland unlängst erneut einen für alle Seiten vertretbaren Kompromißvorschlag eingebracht hat."

Der Minister: „Wir müssen doch daran denken, daß wegen unserer geographischen Lage in Europa, der relativ kurzen Entfernung zur Sowjetunion und 6000 Kilometer Atlantik zwischen den USA und uns eine Lösung des Problems durch eine chemiewaffenfreie Zone, die sich auf die Territorien der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der CSSR beschränken würde, unausgewogen wäre. Durch solche Vorschläge, die zudem über erforderliche Kontrollmaßnahmen nichts aussagen, würden nur Nebenverhandlungen geschaffen und die Abrüstungskonferenz in Genf unterlaufen."

Als einen bemerkenswerten Vorgang bezeichnete es Schäuble in dem WELT-Gespräch, daß in dem Schreiben Honeckers ausdrücklich Bezug genommen werde auf die Verhandlungen zwischen der SPD und der SED. Schäuble: „Das belebt unseren Vorwurf an die SPD, aus innenpolitischen Gründen und im Zusammenwirken mit kommunistischen Parteien Nebenaußenpolitik zu betreiben, die unsere Sicherheits- und Ostpolitik erschwert, wenn nicht untergräbt. Diese Art von Nebenaußenpolitik liegt nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland."

Swapo-Delegation im AA empfangen

rmc. **Bonn**

Eine Delegation der südwestafrikanischen Swapo, als deren Ziel es angesehen wird, die „Befreiung" Namibias unter kommunistischer Führung anzustreben, ist mit den für Afrikafragen zuständigen hochrangigen Diplomaten des Auswärtigen Amtes zu einem Meinungsaustausch über die aktuelle Lage Namibias zusammengetroffen. Der auch in Bonn anwesende Swapo-Chef Nujoma blieb dem Treffen fern und überließ die Delegationsleitung seinem Informationssekretär Hamutenya. Wie vermutet wurde, war Nujoma offenbar darüber verärgert, nicht mit Minister Genscher selbst zusammentreffen zu können. Dieser hatte schon am Vortage verlauten lassen, wahrscheinlich würde Zeitmangel ihm eine Zusammenkunft mit Nujoma nicht ermöglichen. Er werde ihn aber bei nächster Gelegenheit bei den Vereinten Nationen in New York wieder sehen.

„DDR" baut auf Kernenergie

AP, **Berlin**

Die „DDR" will in Zukunft ihren steigenden Energiebedarf nur noch durch den Ausbau der Kernenergie decken. Als letztes Kohlekraftwerk wird 1988 das Kraftwerk Jänischwalde bei Cottbus fertiggestellt. Danach sollen die vorhandenen Kohlekraftwerke nur noch modernisiert werden. Dies teilte jetzt das Kohle- und Energieministerium mit. Die neuen Kernkraftwerke sollen eine Leistung von jeweils 1000 Megawatt erreichen. Bis 1991 soll der erste sowjetische Druckwasser-Reaktor im neuen Kernkraftwerk Stendal ans Netz gehen, bis 1993 der zweite. Aus einer Mitteilung des Informationsbüros West in Berlin vom Dienstag geht hervor, daß die beiden Kernkraftwerke Rheinsberg und Greifswald zusammen 10,7 Prozent der Elektroenergie erzeugen. Die Kohlekraftwerke decken zur Zeit 83 Prozent des in der „DDR" anfallenden Energiebedarfs.

Schärferer Ton der Briten gegen Moskau

REINER GATERMANN, **London**

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion nähern sich dem Gefrierpunkt. Alles wird nun davon abhängen, wie der Kreml auf den Beschluß der Londoner Regierung vom Montag abend reagiert, weitere sechs Sowjetbürger wegen Spionagetätigkeit auszuweisen.

In dem zweiten Ausweisungsbeschluß, zustandegekommen nach zwei Krisentreffen zwischen Frau Thatcher, Außenminister Sir Geoffrey Howe und Innenminister Douglas Hurd, haben die Briten einen schärferen Ton angeschlagen. Zuerst war nur von „Aktivitäten, die mit ihrem Status unvereinbar" gewesen seien, die Rede. Diesmal heißt es, sie seien „aktiv an geheimdienstlichen Tätigkeiten beteiligt gewesen mit dem Ziel, die nationale Sicherheit des Vereinigten Königreiches zu untergraben".

Zu den Ausgewiesenen gehören der stellvertretende Luftwaffenattache Viktor Mischin, der Erste Sekretär Jewgenij Safonow, Spezialist für die Dritte Welt, zwei weitere Botschaftsangehörige ohne diplomatischen Status sowie ein Direktor der anglo-sowjetischen Schiffahrtsgesellschaft und ein Korrespondent der Presse-Agentur Nowosti.

Das Außenministerium verweist nachdrücklich darauf, keine blinde Wahl innerhalb der sowjetischen Kolonie in London getroffen zu haben, sämtliche jetzt Ausgewiesenen – sie müssen das Land spätestens am 7. Oktober verlassen haben – seien einwandfrei von dem zu den Briten übergelaufenen Chef des Londoner KGB-Büros, Oleg Gordijewski, als Spione des sowjetischen Geheimdienstes identifiziert worden. Sie hätten jedoch nicht, wie die 25 anderen ausgewiesenen Russen, im „ersten Glied" gestanden.

Die Briten haben auch erneut die Obergrenze der für Sowjetbürger verfügbaren Aufenthaltsgenehmigungen von 211 auf 205 reduziert, unter ihnen dürfen sich 46 Diplomaten befinden. Die 73-köpfige britische Kolonie in Moskau ist, so Korrespondentenberichte, davon überzeugt, daß der Kreml in dieser prekären Situation mit Vergeltungsmaßnahmen antworten wird. Ob er an der „Auge-um-Auge"-Taktik festhält, bleibt abzuwarten.

Sinnlose Aktionen

Mk. – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat jetzt den argentinischen Staatspräsidenten Raúl Alfonsín noch einmal von der Notwendigkeit einer neuen Gatt-Runde zu überzeugen versucht. Denn Argentinien hat, wie auch andere große Entwicklungsländer, der Gatt-Sondersitzung Ende des Monats nicht zugestimmt. Sie verlangen von den Industriestaaten die Erfüllung der bereits eingegangenen Verpflichtungen. Sie fühlen sich düpiert, im Falle *Argentiniens* zu Recht.

Die EG beispielsweise hat durch ihre Agrarpolitik die Argentinier, vormals ein wichtiger Fleischlieferant, nicht nur vom eigenen Markt wegsubventioniert. In letzter Zeit haben es die Südamerikaner auch auf anderenn Drittmärkten schwer, gegen die künstlichen Niedrigpreise der EG anzukommen. Der jüngste Kontrakt mit der Sowjetunion ist auch so ein Fall. Argentinien hat *mit Moskau einen Vertrag über die* Lieferung von 60 000 Tonnen Rindfleisch. Die Sowjets haben bisher keine Anstalten gemacht, die Ware abzunehmen. Dieses dürfte noch unwahrscheinlicher werden, wenn die Lieferungen aus der EG fließen. Vertrauen gewinnen weder die Sowjets noch die Europäer mit diesem Verhalten, und ein Beitrag zur Entschärfung der Schuldenkrise ist es auch nicht.

Und der Steuerzahler wird dafür nicht nur zur Kasse gebeten. Es wird vielmehr auch noch Platz geschaffen, damit neue Ware eingelagert werden kann. Alle Aktionen, die jetzt anlaufen, zielen darauf ab, alte Ware aus den Lägern billig abzugeben und frische vom Markt zu nehmen. Auch das macht keinen Sinn.

Hühnerleid

Ha. (Brüssel) – Die Entscheidungsprozesse in der EG sind mühsam und voller Rückschläge. Auch Europas Legehennen wissen ein Lied davon zu gackern. Jahrelang hat sich schon Josef Ertl darum bemüht den Ministerrat auf gemeinsame Normen für die Massen-Käfighaltung zu verpflichten. Sein Nachfolger kämpft an der gleichen Front und kann noch immer nur bescheidene Erfolge melden. Als Ergebnis fleißiger Expertengruppen und mehrmaliger Ratsdebatten steht fest, daß sich das Europa-Huhn künftig mit einem Lebensraum zwischen 400 und 450 Quadratzentimetern abfinden muß. Umstritten ist, wie lange die *Übergangszeit dauern* soll, innerhalb derer die alten Käfige noch weiter erlaubt sein werden. Daß es manchen in der Diskussion mehr um wirtschaftliche Vorteile als um das Leid der Hennen geht, zeigt die Forderung einiger Regierungen. Sie wollen nur dann über eine Verkürzung der auf neun Jahre berechneten Übergangszeit mit sich reden lassen, wenn die EG die neuen Käfige bezahlt.

Der Trend zur Sonne

Von GERD BRÜGGEMANN

Der verregnete Sommer 1985, der in diesen Tagen nun auch im Kalender seinen endgültigen Abschied nimmt, hat den Reiseveranstaltern und -mittlern volle Auftragsbücher beschert. Das Rechenzentrum des *Deutschen Reisebüros DER* ermittelte für die angeschlossenen 714 Reisebüros, aber wohl auch repräsentativ für die gesamte Branche, in den ersten acht Monaten des Jahres ein Umsatzwachstum von acht Prozent. Das ist selbst unter Berücksichtigung eines Basiseffekts – die Vergleichszeit des Vorjahres war durch Streiks und damit verbundene Reisezurückhaltung gekennzeichnet – eine ansehnliche Steigerung, die auch im verbesserten Konjunkturumfeld Beachtung verdient. Und Herbst und *Winter sind* schon jetzt hervorragend gebucht.

Daß der Wettergott die Urlaubswilligen, auch diejenigen, die erwogen haben mögen, die Ferien in deutschen Landen oder auch im benachbarten Österreich zu verbringen, zu Scharen an mediterrane Sonnenküsten trieb, kann angesichts des metereologischen Trübsinns hierzulande kaum überraschen. Von solchen Urlauberbewegungen profitieren die Reiseveranstalter zumeist überproportional. *Die vergleichsweise* entfernten Ziele werden in den Pauschalpaketen der Touristikunternehmen sehr viel günstiger angeboten, als der Urlauber sie sich selbst zusammenbasteln könnte. Der Anteil der Urlauber, der solche Veranstalterleistungen in Anspruch nimmt, dürfte in diesem Jahr weiter gestiegen sein und nun in einer Größenordnung von reichlich 30 Prozent liegen.

In der Reisebranche, die ohnehin zu Optimismus neigt, herrscht mithin nach einigen weniger fetten Jahren wieder Zufriedenheit. Die gestiegene Urlauberzahl hat ja nicht nur zu höheren Umsätzen geführt, sondern auch nachhaltig – sofern die Planung stimmte – dazu beigetragen, daß die vorgehaltenen Kapazitäten besser ausgelastet werden konnten.

Dennoch wird kein Jubel aufkommen, weil die Renditen, wenn sie denn überhaupt gestiegen sind, weit hinter dem Umsatzwachstum zurückbleiben; auch wenn die Abschlüsse der Unternehmen erst zum Jahresende vorliegen werden, läßt sich soviel mit einiger Sicherheit doch schon heute absehen.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die alle in gleicher Richtung wirken. Zum einen gilt die Reisebranche unverändert als Wachstumsmarkt, was dazu führt, daß immer wieder neue Unternehmen auftreten, um den Urlaubern ihre Dienste anzubieten, was einen erheblichen Wettbewerbsdruck mit sich bringt. Zum anderen aber profitieren die Angebote der deutschen Unternehmen nicht mehr wie in den siebziger Jahren vom Inflationsgefälle. Damals wurden alle Preissteigerungen der Zielländer von den Aufwertungsgewinnen der deutschen Mark überkompensiert.

Seit einiger Zeit ist eher das Gegenteil der Fall. Zwar herrscht in den südlichen Zielländern, vor allem in Spanien, dem wichtigsten Gebiet für Flugurlauber, unverändert eine deutlich höhere Preissteigerungsrate als hierzulande. Sie wird aber durch die Wechselkurse nicht mehr ausgeglichen. *Die* am *Dollar* orientierte Peseta bleibt fest.

Diese Entwicklung hätte an sich den Spanienurlaub erheblich stärker verteuern müssen, als es die eher moderaten Preiserhöhungen der deutschen Reiseveranstalter vermuten lassen. Tatsächlich aber geben die Unternehmen die höheren Einkaufspreise nur in kleinen Dosen an ihre Kundschaft weiter, weil sie zu Recht fürchten, daß der Massentourismus auf starke Preisaufschläge sehr sensibel reagieren könnte. *Die englischen* Reiseveranstalter haben in diesem Jahr eine entsprechende Erfahrung machen müssen.

Diese Einstellung schmälert die Rendite nachhaltig. Dennoch erscheint solche Politik als vernünftig. Die vergangenen Jahre haben gelehrt, daß es einige Zeit dauert, bis man verlorene Kunden zurückgewinnen kann, und der Wettergott ist ein recht unzuverlässiger Verbündeter.

Es ist im übrigen durchaus verfehlt, einen Reisesommer der Rekorde zu verkünden, wie es hier und da geschieht. Tatsächlich wäre es bei längerfristiger Betrachtung des Marktes sehr viel sinnvoller, von einer Rückkehr zum Normalzustand früherer Jahre zu sprechen. Auch wenn es davon künftig wieder einmal Abweichungen nach unten geben sollte, bleiben die Aussichten für die touristische Industrie insgesamt weiter gut. Das kann auch eigentlich gar nicht anders sein, denn die Urlaubsreise *ist zum selbstverständlichen* Konsumgut geworden. Man kann gelegentlich einmal darauf verzichten, etwa weil sich die wirtschaftliche Lage verdüstert oder eine große Anschaffung das verfügbare Einkommen schmälert, aber nicht auf Dauer. Das ist ein solides Fundament. Der Trend zur Sonne hält an.

BUNDESBANK / Steigende Inlandsnachfrage gibt der Konjunktur Schwung

Der deutsche Export bleibt auch ohne hohen Dollarkurs wettbewerbsfähig

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutsche Konjunktur hat an Dynamik gewonnen, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Nach dem starken Anstieg der Auslandsnachfrage entwickelt auch die Inlandsnachfrage Schubkräfte, weil positive Absatz- und Ertragserwartungen, der Zwang zur Kapazitätsausweitung und günstige Finanzierungsbedingungen die Investitionsbereitschaft *kräftig* belebt haben. *Die* privaten Verbrauchsausgaben wachsen ebenfalls wieder stärker, und die Baukonjunktur scheint nach Einschätzung der Bundesbank die Talsohle durchschritten zu haben.

Einige Anzeichen sprächen dafür, daß sich die gedrückte Lage am Baumarkt, im ersten Quartal noch eine Konjunkturbremse, allmählich bessert, meint die Bundesbank unter *Hinweis auf die Bauaufträge, die im* zweiten Quartal erstmals seit anderthalb Jahren wieder höher waren als in der gleichen Vorjahreszeit. Praktisch stabile Bau- und Grundstückspreise sowie merklich gesunkene Finanzierungskosten scheinen das Bauinteresse zu beleben.

Die neuerdings lebhaftere private Verbrauchsnachfrage kann, so *die* Bundesbank, nicht allein mit etwas höheren Einkommen erklärt werden. Dazu habe vor allem die Zunahme der Beschäftigung beigetragen; außerdem sei ein guter Teil der Ausgaben aus Ersparnissen finanziert worden, so daß die Sparquote von 14 Prozent im ersten Quartal auf 12,5 Prozent im zweiten Quartal gesunken ist. Die Tendenz der schwachen Sparkapitalbildung, die im zweiten Quartal um neun Prozent hinter dem *Ergebnis des ersten zurückblieb, hat* sich auch im Juli fortgesetzt.

Neben der neuerdings anziehenden Binnennachfrage bleibt die Auslandsnachfrage nach dem Urteil der Bundesbank weiterhin eine wichtige Stütze des Aufschwungs. Der auch bei gesunkenem Dollarkurs bis zuletzt *anhaltende Aufwärtstrend zeige*, daß die gute Exportkonjunktur nicht nur ein Resultat der Dollarstärke sei; vielmehr erscheine die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft auch nach den jüngsten Wechselkurskorrekturen gefestigt, vor allem, weil die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik in den letzten Jahren merklich *langsamer* gestiegen *sind* als in den wichtigsten Handelspartnerländern. Im übrigen sei der Dollarkurs immer noch so hoch, daß die Absatzmöglichkeiten in den USA nicht wesentlich beeinträchtigt erscheinen. Außerdem profitiere die Ausfuhr von den insgesamt eher günstigen Konjunkturperspektiven in den meisten europäischen Industrieländern. Dank der breiten Streuung der deutschen Ausfuhr rechnet die Bundesbank mit Impulsen auch *dann, wenn die Nachfrage aus den* USA schwächer werden sollte.

Gedämpft werden von der Bundesbank die Erwartungen, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz (saisonbereinigt knapp 10 Mrd. DM von Mai bis Juli) in der absehbaren Zukunft weiter steigt oder auch nur auf der erreichten Höhe verharrt. Einmal sei *die Überschußtendenz durch die vom* Frühjahr bis August wechselkursbedingt sinkenden Importpreise verstärkt worden, eine Entwicklung, die, wie der jüngste Dollarkursanstieg gezeigt habe, rasch zu Ende gehen könne; zum anderen spreche die Belebung der Binnennachfrage für eine Zunahme der Importe.

Als besonders erfreulich hebt die Bundesbank hervor, daß sich der Konjunkturaufschwung bei völlig stabilen inländischen Preisen auf der Erzeuger- und Verbraucherstufe vollzieht, wozu allerdings auch die bis August gesunkenen Importpreise und die Verbilligung verschiedener Nahrungsmittel beigetragen haben. Nur wenige andere Länder befänden sich in einer so günstigen Situation wie die Bundesrepublik mit Preissteigerungsraten von nur wenig über zwei Prozent im Jahresvergleich.

Für einen Fortgang des spannungsfreien Aufschwungs haben sich die Voraussetzungen auch von der monetären Seite weiter verbessert. Allerdings bleibe die Zinsentwicklung weiterhin in den internationalen Zins- und Wechselkurszusammen*hang eingebunden*, betont die Bundesbank unter Hinweis auf die allerjüngste Entwicklung.

US-LEISTUNGSBILANZ

Amerika hat jetzt seine Gläubiger-Position verloren

H.-A. SIEBERT, Washington

Wie vor 1914 sind die USA wieder ein Netto-Schuldnerland, das heißt, in Form von Geld- und Sachvermögen schulden sie dem Ausland mehr als umgekehrt. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington verfügten die Vereinigten Staaten Ende 1984 noch über einen Überschuß in Höhe von 28,2 Mrd. Dollar. Er verschwand im ersten Halbjahr 1985, als *das Defizit in der Leistungsbilanz 62,1* Mrd. Dollar erreichte.

Dieser neue Rekord garantiert praktisch eine weitere dramatische Verschlechterung der amerikanischen Außenposition im Gesamtjahr 1985. Gerechnet wird mit einem Passivsaldo, der von 101,5 (1984) auf mehr als 120 Mrd. Dollar steigt. Die Crux bleibt das gewaltige Handelsdefizit, das sich von Januar bis Juni auf 62,5 Mrd. Dollar erhöhte, verglichen mit 51,2 Mrd. Dollar in der gleichen *Zeitspanne 1984*.

Gegenüber der Januar-März-Periode wuchs das US-Leistungsbilanzdefizit im zweiten Quartal 1985 von 30,3 auf 31,8 Mrd. Dollar. Auf Zahlungsbilanzbasis nahm der negative Saldo im Güteraustausch um 3,5 auf 33 Mrd. Dollar zu, wobei die Exporte um 2,5 auf 53,2 Mrd. Dollar sanken und die Einfuhren um eine auf 86,2 Mrd. Dollar stiegen. Der überbewertete Dollar bremste auch die Agrarausfuhren. Netto erhöhten sich die *Einnahmen aus Dienstleistungen* und Direktinvestitionen im Ausland auf 4,5 (2,3) und 8,4 (4,7) Mrd. Dollar.

Der Verlust der amerikanischen Gläubigerposition, die immerhin 71 Jahre bestand, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es die USA heute vorziehen, ihr Geld im eigenen Land anzulegen. Aus diesem Grunde sind auch enorme Beträge repatriiert worden. *Außerdem locken die immer* noch höheren Renditen viele ausländische Investoren an. Netto erwarben die Amerikaner zum Beispiel fremde Wertpapiere für 1,9 (2,5), Ausländer aber US-Aktien und -Anleihen für 7,1 (9,5) Mrd. Dollar.

Von April bis Juni pumpten aus*ländische Firmen überdies 4,9 (2,1)* Mrd. Dollar als Direktinvestitionen nach Amerika, während die US-Unternehmen in entgegengesetzter Richtung mit 4,1 (1,9) Mrd. Dollar wieder darunter blieben. Die Forderungen der US-Banken gegenüber Ausländern schrumpften um 4,4 (0,1) Mrd. Dollar, während ihre Verpflichtungen trotz der niedrigeren Zinsen um 0,3 (13,3) Mrd. Dollar wuchsen.

Begehrt sind weiterhin Schatztitel der Treasury. Einschließlich der internationalen Finanzinstitute steigerten Ausländer ihre Käufe von netto 2,6 auf 5,3 Mrd. Dollar. Derartige offizielle ausländische Guthaben in den USA erhöhten sich um 8,2 Mrd. Dollar, nachdem sie im ersten Quartal um 11,2 Mrd. gesunken waren. Abermals mußten die USA für Direktinvestitio*nen mehr bezahlen als sie erhielten:* Im zweiten Quartal erreichten die Abflüsse 8,9 (8,8) Mrd. Dollar.

AUF EIN WORT



„Mit dem Tempo, das heute in Brüssel gefahren wird, werden auch unsere Enkel noch die EG mehr als eine hemmende Bürokratie erleben denn als eine Impulse gebende große Gemeinschaft mit Selbstbewußtsein und Zukunftsoptimismus."

Markus von Busse, Generalkommissar der 6. EMO, Hannover FOTO: DIE WELT

RWI plädiert für niedrigere Löhne

dpa/VWD, Essen

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat in seinem jüngsten Konjunkturbericht Gewerkschaften und Arbeitgebern vorgeschlagen, sich auf eine Lohnentwicklung zu einigen, die dem Überangebot an Arbeitskräften in einzelnen Berufsgruppen, Regionen und Branchen Rechnung trage. Das bedeute niedrigere Löhne bei hoher Arbeitslosigkeit. Mit einem Wirtschaftswachstum von zwei bis 2,5 Prozent im Jahr weise die Entwicklung in der Bundesrepublik zwar eindeutig nach oben, mit Blick auf die hohe Arbeitslosigkeit sei dies aber nicht genug. Die Zahl der Erwerbstätigen habe Mitte 1985 um 165 000 höher gelegen als im Vorjahr.

RINDFLEISCH-EXPORT

Lieferungen zu niedrigsten Preisen an die UdSSR?

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Morgen sollen in Brüssel die Bedingungen für den Export von stark subventioniertem Rindfleisch aus den Lagerbeständen der EG in die Sowjetunion festgeklopft werden. Bereits seit Jahresbeginn soll der „Rote Baron" Jean Baptiste Dumeng, einer der Finanziers der französischen KP, *über einen entsprechenden* Kontrakt verhandeln. In die Abwicklung des Geschäfts soll die Socopa eingeschaltet werden; in der der frühere Generaldirektor der EG-Kommission, Villain, eine führende Rolle spielt.

Der EG-Verwaltungsausschuß will, so heißt es in Brüssel, die Preise für Rindfleisch, das schon längere Zeit lagert, so senken, daß die Sowjets zum Abschluß bereit sein werden. Zu den gegenwärtigen Bedingungen ist *das nicht der Fall. Gesprochen wird* in EG-Kreisen über Lieferungen von 150 000 bis 250 000 Tonnen gefrorener Vorder- und Hinterviertel. Die Konditionen sollen so ausgestaltet werden, daß die Mengen vor allem aus französischen, teilweise aus irischen Beständen kommen werden. Indirekt könnte sich dies auch auf deutsche Läger auswirken. Gleichzeitig sollen auch die Konditionen für neue Verkaufsaktionen auf den heimischen Märkten bekanntgegeben werden.

Es wird spekuliert, daß der Preis im Kontrakt mit den Sowjets bei 1,50 Mark je Kilogramm liegen dürfte. Aufgekauft dürften die Mengen für sieben Mark das Kilo worden sein. Bei einer Menge von 200 000 Tonnen würden die Steuerzahler also mit 1,1 Milliarden Mark belastet werden. Die *Sowjetunion müßte 0,3 Millionen* zahlen. Die Kosten für den Gemeinsamen Markt bei Rindfleisch werden für 1985 auf knapp 6, für Milch auf 15 Milliarden Mark veranschlagt. In den Kühlhäusern der EG lagern rund 760 000 Tonnen Rindfleisch, 100 000 Tonnen mehr als zu Jahresbeginn.

BAUINDUSTRIE

Präsident Herion meldet neue Subventionswünsche an

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Bauunternehmer sehen den lang ersehnten Silberstreif am Horizont. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen ist es vorerst zwar nicht mehr als eine „Stabilisierung auf unterster Ebene", die Entwicklung im Wirtschaftsbau zeige jedoch deutlich nach oben, berichtete Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, vor Journalisten in Bonn. Unternehmen und Gewerbetreibende sorgten mit preisbereinigt 7,7 Prozent mehr Aufträgen für die aus der Sicht der Bauindustrie erfreulichste Zahl für das erste Halbjahr 1985. Die Trendwende in der *größten Bausparte konnte jedoch* den erneuten Auftragseinbruch im Wohnungsbau (minus 30,6 Prozent) nicht ausgleichen.

Zumindest kurzfristige Entlastung verspricht sich die Bauindustrie von den Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung, die Herion „im Ansatz richtig" nennt. „Sie müssen jedoch fortgeschrieben werden", forderte der Verbandspräsident. Andernfalls drohe in den Jahren 1987/88 ein neuer Einbruch in der Baunachfrage.

Die Erhöhung des Kreditrahmens der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank sei nur für das Jahr 1985 beschlossen worden und die Verdreifachung der ERP-Mittel für kommunale Umweltschutzinvestitionen gelte nur für 1986 und 1987, kritisierte Herion. Die Forderung nach Verlängerung dieser Hilfen sowie der 1987 auslaufenden Städtebauförderung wollen Vertreter der Bauindustrie in der kommenden Woche Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) vortragen.

Für die kommunalen Problemfälle, vor allem die Großstädte im Norden und im Ruhrgebiet, muß der Bund nach Herions Ansicht etwas tun. Er denkt dabei an eine besondere Berücksichtigung in der regionalen Wirtschaftsförderung nach dem Vorbild des Stahlstandorte-Programms.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BAG gegen Beschränkung des Ausverkaufs

Köln (dpa/VWD) – Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) hat in Köln gegen den jüngsten Vorschlag aus Kreisen der Regierungskoalition protestiert, die Zahl der Sonderveranstaltungen im Handel (Aus-, Schluß-, und Räumungsverkäufe) auf zweimal 14 Tage im Jahr zu beschränken. Eine derartige Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) fördere den Konzentrationsprozeß und erhöhe das Risiko einer Existenzgründung, schreibt die Interessenvertretung in ihrer Stellungnahme.

Auftrag von der Lufthansa

Köln (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa in Köln hat bei der US-Flugzeugfirma Boeing zehn Flugzeuge vom Typ Boeing 737-300 für rund 280 Mill. Dollar bestellt. Wie die Lufthansa mitteilte, haben die Vorstände beider Unternehmen in Frankfurt einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Die Flugzeuge sollen im 2. Halbjahr 1986 ausgeliefert werden.

Ford unterlag

Brüssel (Ha.) – Recht behalten hat die EG-Kommission im Streit um das selektive Vertriebssystem der Ford-Werke. Der Europäische Gerichtshof wies einen Einspruch des Automobilherstellers gegen eine Entscheidung zurück, mit der die Brüsseler Behörde das Verkaufsverbot für rechtsgesteuerte Personenwagen durch Nichtkonzessionäre aufgehoben hatte.

Athen möchte Aufschub

Athen (dpa/VWD) – Griechenland beabsichtigt nicht, über die in dem Beitrittsvertrag zur Europäischen Gemeinschaft vereinbarten Übergangsregelungen neu zu verhandeln. Es wird aber bei einigen Verpflichtungen, die mit dem Auslaufen der Übergangsfrist am 1. Januar 1986 fällig werden, um einen Aufschub nachsuchen. Dies erklärte der für EG-Fragen zuständige stellvertretende griechische Außenminister Theodoros Pangalos in Athen. Zu den Fragen, bei denen ein „geringfügiger Aufschub" ausgehandelt werden soll, gehört nach Angaben von Pangalos die Einführung der Mehrwertsteuer, die zum 1. Januar 1986 fällig wäre.

Sears-Aktie in Frankfurt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Aktien des weltweit größten Einzelhandelsunternehmens Sears, Roebuck and Co. (Chicago) werden nun auch am deutschen Kapitalmarkt notiert. Unter Führung der Dresdner Bank plazierte das US-Unternehmen an der *Frankfurter Wertpapierbörse* 377 Millionen Aktien im Nennwert von je 0,75 Dollar. Als Eröffnungskurs wurde für die Namens-Stammaktie 99 DM notiert. Nach Angaben des Präsidenten Edward A. Brennan will das Unternehmen seine Präsenz auf den Kapitalmärkten verstärken und die Basis im europäischen Anlagepublikum verbreitern.

Vorschlag abgelehnt

Bonn (pje.) – Gegen den Vorschlag der Insolvenzrechtskommission, die Gültigkeit eines erweiterten und verlängerten Eigentumsvorbehalts von einer schriftlichen Vereinbarung bzw. *Bestätigung* abhängig zu machen, hat sich der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) ausgesprochen. In einem Schreiben an Bundesjustizminister Engelhard fordert der BGA, auch weiterhin den verlängerten und erweiterten Eigentumsvorbehalt im Rahmen der allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbaren zu können; dies sei bei der Vielzahl der täglichen Vertragsabschlüsse eines Großhändlers die einzig praktikable Möglichkeit.

6,5 Prozent NRW-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Sehr reserviert hat der Rentenmarkt die 6,5prozentige zehnjährige Nordrhein-Westfalen-Anleihe über 800 Mill. DM zum Kurs von 99,50 Prozent aufgenommen. Ihre Rendite von 6,57 Prozent gilt als für inländische Anleger nicht attraktiv.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (cd.) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat die Zinsen für Export-Bestellerkredite von 7,52 auf 7,26 Prozent bei Auftragswerten bis zu rund 120 Mill. DM und von 8,432 auf 8,097 Prozent bei Auftragswerten über 120 Mill. DM gesenkt.

HOCHZINS-PARAGRAPH / Abschaffung angestrebt

Einheitliche Regelungen

DW. Bonn

Die Absicht des Justizministeriums, den Hochzins-Paragraphen (247 BGB) zu streichen und das Kündigungsrecht für Darlehen neu zu gestalten, wird vom Kreditgewerbe begrüßt. Der Hochzins-Paragraph gewährt dem Schuldner eines Darlehens, das mit mehr als sechs Prozent jährlich verzinst wird, das Recht, das Kapital nach sechs Monaten mit einer Frist von weiteren sechs Monaten zu kündigen. Diese Bestimmung ist zwar bereits mehr als 100 Jahre alt, sie spielte aber fast keine Rolle. Dies änderte sich 1977/78, als nach einer Phase hoher Zinsen die Sätze stark fielen und eine Umschuldung für die Kreditnehmer rentabel wurde. Damals wurden zwölf bis 15 Prozent der Kredite an Private gekündigt.

Bis zur großen Inflation der zwanziger Jahre entsprach der Grenzzins von sechs Prozent rund dem Eineinhalbfachen der üblichen Zinsen. Danach lag der Zins stets über sechs Prozent. „Das gesetzliche Kündigungsrecht des Schuldners ist daher von einem Ausnahmebehelf zu einem – abgesehen von den Fristen – voraussetzungslosen allgemeinen Kündigungsrecht geworden", heißt es in dem Referentenentwurf.

Danach soll der Paragraph 247 gestrichen und durch einen Paragraphen 609 a ersetzt werden, in dem nicht mehr auf eine bestimmte Zinshöhe abgestellt wird. Danach soll ein Schuldner ein Darlehen, bei dem ein Zinssatz für einen bestimmten Zeitraum fest vereinbart ist, ganz oder teilweise kündigen können, wenn die Zinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit endet und keine neue Vereinbarung über den Zinssatz getroffen ist.

Und zwar muß dann eine Kündigungsfrist von einem Monat eingehalten werden. Eine Frist von sechs Monaten nach Auszahlung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten soll gelten, wenn das Darlehen einer natürlichen Person nicht für berufliche oder gewerbliche Zwecke gewährt und nicht durch ein Grundpfandrecht gesichert ist. Eine Kündigung ist in jedem Falle nach Ablauf von zehn Jahren möglich. Ein Darlehen mit veränderlichem Zins kann der Schuldner jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündigen.

NAMEN

Franz Höhn, zuletzt Sprecher des Vorstandes der Thyssen Brennkraft GmbH, Duisburg, ist seit dem 1. September 1985 geschäftsführender Gesellschafter der von ihm gegründeten Servonaft Handel GmbH.

Dr. **Manfred Thome**, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie, Wiesbaden, und des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie feiert am 19. September seinen 65. Geburtstag.

Gerhard Konzelmann, alleiniger Geschäftsführer der Karl Konzelmann GmbH, Neu-Ulm, wurde als Nachfolger von Dr. **Carlo Cordonatto** zum Präsidenten der Europäischen Aluminium-Schmelzhütten gewählt.

Dr. Dr. **Hermann Bay**, Vorstandsmitglied, persönlich haftender Gesellschafter und Mitglied des Verwaltungsrates der Wayss & Freytag AG, Hamburg, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

SÜDAFRIKA

„Wirtschaft fördert sozialen Wandel"

Stü. Bonn

Die Internationale Handelskammer (ICC) ist gegen einen Rückzug der multinationalen Unternehmen aus Südafrika. Maßnahmen, die zu einer Isolierung der südafrikanischen Wirtschaft führten, schadeten vor allem den Opfern der Apartheid, heißt es in einer Stellungnahme anläßlich einer Anhörung des UN-Zentrums für transnationale Unternehmen in New York in dieser Woche.

Die Internationale Handelskammer, die die Interessen der Wirtschaft in über 100 Industrie- und Entwicklungsländern vertritt, verurteilt das System der Apartheid als „moralisch nicht zu vertreten und unvereinbar mit den Prinzipien einer freien Wirtschaft" und fordert seine schnelle Beseitigung. Multinationale Unternehmen, die in Südafrika tätig sind, beschleunigten den friedlichen evolutionären Wandel. Immer mehr von ihnen richteten sich nach den international vereinbarten Verhaltensregeln für multinationale Unternehmen, heißt es weiter.

Sie trügen dazu bei, daß die Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz beseitigt und schwarze Arbeiter, Angestellte und Führungskräfte auf allen Ebenen ausgebildet und gefördert würden, daß sich freie Gewerkschaften entwickelten und die Lebensqualität der schwarzen Bevölkerung verbessert werde. Die Forderung nach einem Wandel werde von der gesamten Wirtschaft in Südafrika gestützt. Die ICC verweist auf die scharfe Opposition der Arbeitgebergruppen gegen die Verhaftung von Gewerkschaftsführern und die gemeinsame Erklärung von sechs großen Arbeitgeberverbänden, die von der Regierung in Pretoria schnelle soziale und politische Reformen gefordert hatten.

WERKZEUGMASCHINEN / Ausstellung in Hannover

Gute Wachstums-Aussichten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Günstige Perspektiven für ein längerfristiges strukturelles Wachstum des Maschinenbaus erkennt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber. Bei der Eröffnung der Europäischen Werkzeugmaschinen-Ausstellung (EMO) in Hannover begründete der Minister diese Einschätzung mit der inzwischen angesprungenen Investitionstätigkeit bei den Ausrüstungen in fast allen wichtigen Industrieländern. Die gute Auftragslage der Unternehmen und die erkennbare Produktionssteigerung seien Anlaß, mit Optimismus in die Zukunft zu schauen.

Der deutschen und der europäischen Werkzeugmaschinenindustrie bescheinigte Riesenhuber, daß sie „hinsichtlich des Standes ihrer Technik keinen Vergleich zu fürchten" habe. Vielmehr gingen speziell die deutschen Unternehmen gestärkt in den internationalen Wettbewerb. Dies spiegele sich in dem Ausstellungsangebot in Hannover wider. Der Mikroprozessor sei selbstverständlicher Bestandteil der Maschine; zugleich nehme die flexible Fertigung und der Einsatz von Robotern für Montage und Handhabung ständig zu.

Seit der Einführung der Mikroelektronik sei gerade im Werkzeugmaschinenbau eine „rasante Beschleunigung der Produktinnovationen" zu beobachten. Die Innovationszyklen von Maschinengenerationen würden ständig kürzer; gleichzeitig verlangten die Kunden eine immer größere Typenvielfalt. Die Industrie habe sich aber dieser Entwicklung erfolgreich gestellt, sagte der Minister. Immer größere Bedeutung erlange die Anwendung der Informationstechnik in Konstruktion und Fertigung.

Der Präsident des Europäischen Komitees für die Zusammenarbeit der Werkzeugmaschinenindustrie (Cecimo), Bruno Rambaudi, wies nachdrücklich Zweifel an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Europas zurück. Gerade die Werkzeugmaschinenindustrie beweise, daß Europa alles andere als technisch abhängig sei.

Kritik äußerte Rambaudi allerdings an den unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen: „Die Herstellung europäischer Werkzeugmaschinen erstickt an den nationalen Grenzen eines Gemeinsamen Marktes, der sich seinen Wettbewerbern gegenüber zwar gemeinsam darstellt, es in sich jedoch nicht ist." Zur Beseitigung der Hindernisse, die eine wirkliche Rationalisierung der Produktion nicht zuließen, müsse nicht nur die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, sondern jede nationale Regierung in die Pflicht genommen werden.

Auch Markus von Busse, Generalkommissar der EMO, bemängelte die Vielzahl von Handelsschranken, die oft mit ungleichen Produktions- und Absatzbedingungen begründet würden. Die EG müsse größere Anstrengungen unternehmen, um „wenigstens innerhalb ihres Verantwortungsbereichs" die Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft stärker anzugleichen. Dazu zählten neben der Steuergesetzgebung Subventionen aller Art, zum Beispiel Programme für das Modernisieren der Fertigungstechnik, Exportkredite und -versicherungen sowie Abschreibungen.

Auf der EMO, die bis zum 25. September dauert, zeigen insgesamt 1885 Firmen aus 37 Ländern ihr Angebot. Sie repräsentieren fast 90 Prozent der Werkzeugmaschinenproduktion der Welt. Die Veranstalter rechnen mit annähernd 300 000 Fachbesuchern.

UNTERNEHMERINNEN / Für Steuerreform auf Raten

Erziehungsurlaub kritisiert

PETER JENTSCH, Bonn

Für eine „große Steuerreform auf Raten" mit dem Ziel einer weiteren Entlastung von Einkommen und daraus folgender Impulse für den Abbau der Arbeitslosigkeit hat sich die Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU) gestern in Bonn ausgesprochen. Die VvU-Vorsitzende Anne-Rose Iber-Schade nannte eine „Wende im Sinne von Steuersenkungen ebenso überfällig wie eine schrittweise Privatisierung der Vorsorge".

Nur bei spürbarer Senkung der Abgaben, was den Staat „auf ein Aus- und Aufgabensenkungsprogramm" verpflichte, würden Arbeitskräfte wieder rentabler. Niedrigere Lohnsteuerabzüge und die Privatisierung der Vorsorge minderten zudem in erheblichem Umfang die Attraktivität der Schwarzarbeit.

Der Verband kritisierte zugleich den Gesetzentwurf der Bundesregierung über Erziehungsgeld und -urlaub mit Beschäftigungsgarantie als „Danaergeschenk für Frauen", das sie vom Wohlfahrtsstaat abhängig mache. Ordnungspolitisch sauberer nannte Frau Iber-Schade die Möglichkeit, Aufwendungen berufstätiger Frauen für Haushaltshilfen als unbeschränkt abzugsfähige Sonderausgaben anzuerkennen.

Ein entsprechender Freibetrag sollte auch nicht berufstätigen Frauen eingeräumt werden, die mehr als drei Kinder unter 14 Jahren zu versorgen haben. Nach Auffassung des VvU dürfte sich diese Maßnahme selbst tragen, da im Bereich „Haushaltsmanagement" viele neue Arbeitsplätze entstehen könnten. Zudem stelle sich den Frauen nicht mehr die „harte Alternative Familie oder Karriere".

US-UNTERNEHMEN / Importe drücken auf die Preise

Unbefriedigende Auslastung

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Auslastung der Kapazitäten in der Weiterverarbeitung, im Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften bleibt ein Schwachpunkt im US-Konjunkturbild. Sie spiegelt die Stagnation in der Produktion, die auf die wechselkursbedingten Billigeinfuhren und die gebremste Verbrauchernachfrage zurückzuführen ist. Wie das Federal Reserve Board mitteilte, wurden auch im August nur 80,5 Prozent der Kapazitäten genutzt, was in einem Aufschwung, der 34 Monate dauert, ungewöhnlich ist. Normal wäre zu diesem Zeitpunkt ein Auslastungsgrad von 84 bis 85 Prozent. 1980 waren es 86,9 Prozent.

Statistisch nicht relevant ist die Anhebung durch die US-Notenbank um 0,1 Prozent, da das Juli-Ergebnis nach unten revidiert werden mußte. Im verabeitenden Gewerbe stieg die Auslastung von 80 auf 80,2 Prozent. Nicht verändert hat sie sich bei Konsumgütern (83,4 Prozent), bei Gebrauchsgütern wuchs sie um 0,3 auf 78,1 Prozent. Im Bergbau sank die Auslastung um 0,6 auf 81,3, bei den Versorgungsgesellschaften um 0,5 auf 83,4 und bei den Herstellern industrieller Vormaterialien um 0,1 auf 79,8 Prozent. Über dem Durchschnitt lagen die Bereiche Mineralöle (87), Autos und Teile (86,7) sowie Luft- und Raumfahrt (85,6 Prozent).

Vor diesem Hintergrund werden die neuesten, stark reduzierten Gewinnprognosen für die US-Unternehmen verständlich. Laut Data Resources sollen die Gewinne nach Steuern und saisonal bereinigt im laufenden Quartal auf Jahresbasis nur 136,4 Mrd. Dollar erreichen. Das würde einen Rückgang um nahezu vier Prozent gegenüber dem dritten Quartal 1984 und um mehr als 17 Prozent gegenüber dem Rekordjahr 1979 bedeuten. Die Ursache ist die starke Importkonkurrenz: Sie erlaubt es den US-Firmen nicht, ihre Preise den steigenden Kosten anzupassen.

Wäschereien melden höhere Umsätze

LOLA SCHAUFUSS, Bonn

Das deutsche Textilreinigungsgewerbe meint, seiner Zukunft mit Vertrauen entgegensehen zu können. Besondere Hoffnungen setzt die Branche auf Dienstleistungen wie das Leasing von Textilien, hauptsächlich von Berufskleidung. Mit einem Jahresumsatz von 400 Mill. DM und einer Zuwachsrate von 5 bis 6 Prozent ist diese Aktivität die dynamischste des Gewerbes. Mit 11 000 Betrieben und 91 000 Beschäftigten hat das Gewerbe insgesamt 1984 einen Umsatz von 3,6 Mill. DM erzielt.

Hans Rösler, Präsident des Deutschen Textilreinigungs-Verbandes, beurteilt die wirtschaftliche Lage der Branche differenziert. Die Zahl der bei den Chemischreinigungen abgegebenen Stücke ist zurückgegangen, der Umsatz konnte jedoch gehalten werden. Der Wäschereisektor dagegen hat im ersten Halbjahr 1985 bei stabilen Preisen einen Anstieg von 4 bis 5 Prozent erfahren. Durch den Rückgang der Privatkunden müssen sich die Betriebe mehr den Großkunden zuwenden. 30 Prozent der Hotels und 50 Prozent der Krankenhäuser zählen zu den Kunden.

Schon seit 1974 ist die Branche sehr starken Umweltschutzregeln unterworfen. Da die Betriebe verpflichtet seien, schädliche Stoffe ausschließlich bei amtlich zugelassenen Firmen entsorgen zu lassen, sei eine Umweltbelastung durch die Reinigungen praktisch ausgeschlossen. Die Investitionen dienten zudem hauptsächlich der Verbesserung des Umweltschutzes. Mit 7 bis 10 Prozent des Umsatzes ist die Investitionsquote nach Angaben des Verbandes die höchste des Dienstleistungssektors.

Bundesrepublik hat geringste Inflation

dpa/VWD, Genf

Die Bundesrepublik ist 1984 im Kampf gegen die Inflation unter den westlichen Industrieländern am erfolgreichsten gewesen. Mit einer Preissteigerungsrate von zwei Prozent liegt sie noch vor der Schweiz mit 2,2 Prozent und Japan mit 2,6 Prozent. Dies geht aus einer Statistik der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) hervor.

Die Erhebung wurde für 84 Länder auf der Grundlage der Veränderungen der Verbraucherpreise für den Zeitraum von Dezember 1983 bis Dezember 1984 erstellt. Die höchste Inflationsrate ermittelten die Statistiker mit 2250,3 Prozent in diesem Zeitraum für Bolivien.

In den meisten Ländern, über die Daten verfügbar waren, habe sich die Preissteigerung abgeschwächt, schreibt die IAO. Das gelte für acht Länder in Afrika, 13 in Nord- und Südamerika, sieben in Asien und sechs in Ozeanien. In Europa weisen die Niederlande und Luxemburg eine Rate von 2,2 Prozent, Großbritannien von 4,6 Prozent aus. In Griechenland und Portugal fiel der Preisanstieg mit 18 beziehungsweise 21,2 Prozent vergleichsweise hoch aus.

In Osteuropa meldete Ungarn eine Rate von 7,8 Prozent, in Jugoslawien waren es 41,4 Prozent. Zwei- und dreistellige sowie steigende Raten waren das gemeinsame Inflationsmerkmal in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Dort hat Argentinien, das früher mit einer sehr hohen Rate an der Spitze lag, hinter Bolivien nunmehr mit einer Rate von 687,9 Prozent den zweiten Rang belegt. Brasilien weist 172,4 und Peru 111,5 Prozent aus.

ORTEFA '85 / Hamburg zweitgrößter Handelsplatz

Orientteppiche preisstabil

PETER ZERBE, Hamburg

Handgeknüpfte Orientteppiche stehen auf der Wunschliste der Deutschen weiterhin obenan. Das erklärte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Orientteppich-Importeure, Dieter Jürgen Fischer, vor Eröffnung der Internationalen Orientteppich-Fachmesse Ortefa '85 in Hamburg. Zum bevorstehenden Saisongeschäft rechnet er nicht mit Preiserhöhungen, weil „der Wettbewerbsdruck ungeheuer ist".

Von den rund 12,5 Mill. Quadratmetern handgeknüpfter Orientteppiche im Wert von rund 1,7 Mrd. US-Dollar, die nach Schätzungen des Statistischen Büros der Vereinten Nationen jährlich von den Knüpfländern auf den Markt gebracht werden, hat die Bundesrepublik im vergangenen Jahr rund 5,5 Mill. Quadratmeter im Wert von knapp 1,2 Mrd. DM importiert. Menge und Wert entsprechen relativ unabhängig von konjunkturellen Schwankungen dem langjährigen Mittel der deutschen Orientteppich-Importe.

Nach Berechnungen des Gatt, so betonte Fischer, entfallen auf den Importmarkt Bundesrepublik seit vielen Jahren zwischen 40 und 50 Prozent des Wertes der insgesamt auf dem Weltmarkt gehandelten handgeknüpften Orientteppiche. Der Anteil der USA zum Beispiel beträgt nur rund zehn Prozent. Die Bundesrepublik ist für viele kleinere europäische und überseeische Verbraucherländer ein wichtiger Einkaufsmarkt.

Trotz mancher Anzeichen für eine Besserung der gesamtwirtschaftlichen Lage stagniert die deutsche Einfuhr seit fast einem Jahr. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind die Importe nach Angaben des Verbandes auf 1,45 Mill. Quadratmeter im Wert von rund 279 Mill. DM gefallen. Im Vergleich zum ersten Quartal '84 entspricht dies einem mengenmäßigen Rückgang um mehr als elf Prozent und einem wertmäßigen Rückgang um knapp zwölf Prozent. Bei den Knüpfländern erzielte nur China ein Exportplus in die Bundesrepublik.

Die Ortefa wird in diesem Jahr zum zehnten Mal veranstaltet und dauert bis zum 21. September. Hamburg ist heute neben Teheran, aber vor Zürich sowie London der bedeutendste Teppichhandelsplatz der Welt.

IAA '85

Die WELT berichtet von der Automobil-Ausstellung in Frankfurt

IAA '85

Nicht mehr die Rekordzahlen der letzten Internationalen Automobil-Ausstellung IAA '83, als zur Halbzeit schon 559 000 Interessenten gezählt worden waren, erreicht die IAA '85 mit nur knapp 510 000 Besuchern. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) als IAA-Veranstalter zieht jedoch eine positive Halbzeitbilanz. So erklärte VDA-Hauptgeschäftsführer Achim Diekmann: „Wir sind bislang vollauf zufrieden." Er weist darauf hin, daß der Marktanteil schadstoffarmer Pkw, überwiegend allerdings Dieselfahrzeuge, in diesem Jahr bei 25 Prozent und 1986 sogar bei 50 Prozent der Zulassungen liegen wird.

Konfusion zum Thema Tempolimit hält an

Arbeitslose grüne Junglehrer mit tragbaren Radargeräten am Waldesrand längs der deutschen Autobahnen? Diese Vorstellung drängte sich zumindest auf in der Podiumsdiskussion anläßlich der Frankfurter IAA, in der es um Kosten und Nutzen des Tempolimits ging. Als engagierter Verfechter einer Tempobegrenzung auf 100 km pro Stunde, wie sie seit Dezember 1984 auf dem gesamten Kölner Autobahnring praktiziert wird, mußte der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (SPD) einräumen, daß die – unfallvermindernde – Geschwindigkeitsbegrenzung nur mit schärfster Radarkontrolle einzuhalten ist.

Der Fairneß halber muß aber festgehalten werden, daß Antwerpes nicht der Vorstellung anhängt, mit einer bundesweiten Geschwindigkeitsbegrenzung auf den restlichen 1,4 Prozent der deutschen Straßen, auf denen heute noch ohne Begrenzung gefahren werden darf, seien alle Umweltprobleme gelöst, obwohl er ein Tempolimit offenbar für einen Schritt in die richtige Richtung hält.

Damit stieß er auf engagierten Widerspruch bei Prof. Karlheinz Schaechterle, (Vizepräsident des ADAC) und Ferdinand Beickler (Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG), die beide den Weg des technisch Möglichen favorisieren, und das heißt eine Forcierung des Katalysators. Schaechterle warnte überdies vor einem möglichen negativen Effekt des Tempo 100, das Autofahrer von den Autobahnen wieder auf die Landstraßen treiben könnte, wo die Unfallhäufigkeit fünf- bis siebenmal höher ist.

Ferdinand Beickler erinnerte noch einmal an die Probleme, die der deutschen Autoindustrie aus einer Tempobegrenzung erwachsen würden, denn „100 können auch Autos fahren, die in Niedriglohnländern gebaut werden". Das Sicherheitsargument, das nach seiner Einschätzung den deutschen Automobilen die besondere Stellung auf den Weltmärkten beschert, ginge verloren. Mit negativen Folgen für Nachfrage und Beschäftigung.

FDP-Abgeordneter Klaus-Jürgen Hoffie brachte erneut sein bekanntes Konzept von der Differenzierung – wer Katalysator fährt, darf schnell fahren, wer nicht, muß 100 einhalten – was Bundesverkehrsminister Werner Dollinger angesichts des bekannten Hangs zum Linksfahren für schlichtweg nicht durchführbar hält und Antwerpes zu der Bemerkung verleitete: „Hoffie predigt hier eine Art Wildwest."

Im übrigen ließ sich Dollinger bei dem Austausch von wohlbekannten Argumenten der Befürworter und Gegner einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung nicht aus der Reserve locken. Die Bundesregierung wartet das Ergebnis des Großversuchs (Ende November) ab. So lange wird also der Austausch von massenhaften Ohrfeigen weiter gehen. Denn Tempo 100 – ja oder nein – ist längst zu einer Art Glaubenskrieg geworden, in dem die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann den Ausdruck jener typisch deutschen moralischen *Rigorosität sieht, „mit der wir die anderen Europäer nerven"*. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß nach ihren Umfrageergebnissen die Sachfrage längst zur Moralfrage umfunktioniert sei.

Der Krieg um freie Fahrt auf rund 8000 km Autobahn wird weitergehen, bis die Regierung Flagge zeigt. Vor dem Ergebnis des Großversuches wird dies nicht der Fall sein. Bis dahin bleibt der „Zustand völliger Konfusion", wie ihn der Gießener Professor Gerd Aberle nach dem Studium aller Veröffentlichungen pro und contra empfindet. INGE ADHAM

VW kommt bei Seat voran

Gespräche über das mögliche Engagement von VW beim spanischen Autohersteller Seat in Barcelona kommen voran, ohne daß aber bereits die Bedingungen genau fixiert worden sind. VW-Vertriebs-Chef Werner P. Schmidt hält Seat jedenfalls für einen „geeigneten und passenden Partner".

Die VW-Erfolge auf dem spanischen Markt (1985: 50 000 VW und Audi) haben den Konzern erstmals zur Nr. 1 unter den Autoverkäufern in Europa gemacht. „Aus dem Stand" sei damit ein Marktanteil von neun Prozent erreicht worden. Im laufenden Jahr werden etwa 60 000 VW-Polo aus Seat-Produktion für europäische Märkte außerhalb der Bundesrepublik verkauft. Insgesamt läßt VW etwa 100 000 eigene Fahrzeuge bei Seat bauen.

Letztes Jahr wurden rund 500 (981) Seat-Fahrzeuge in der Bundesrepublik zugelassen. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren es 2563 (3061) Einheiten. Spanien beliefert den deutschen Markt inzwischen mit 84 000 Fahrzeugen (37 000 Ford-Fiesta und Escort sowie 42 000 Opel Corsa). In den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren es schon 51 000. Das entspricht einem Marktanteil von 3,4 Prozent. (Py.)

Mit Lkw auf dem Vormarsch

Was bislang noch keinem ausländischen Nutzfahrzeug-Hersteller auf dem britischen Markt gelungen ist, hat Daimler-Benz jetzt geschafft: Das deutsche Unternehmen hat sich im Bereich der schweren Lkw (über 3,5 Tonnen) in die Spitzengruppe der drei bestverkauften Marken geschoben. Der britische Nutzfahrzeug-Hersteller Bedford, Tochterunternehmen des US-Konzerns General Motors, wurde auf den vierten Platz verwiesen. Den Angaben des britischen Automobilverbandes SMMT zufolge hat Daimler Benz in den ersten acht Monaten dieses Jahres 4411 (3376) Lkw dieser Größenklasse in Großbritannien verkauft. Damit hat sich der Marktanteil von Daimler Benz im Bereich schwere Nutzfahrzeuge von 9,29 auf 11,5 Prozent erhöht.

Dagegen fielen die Verkaufszahlen von Bedford von 4830 auf 4294 zurück und der Marktanteil verringerte sich von 13,3, auf 11,2 Prozent. Wie sehr sich das Bild allein im Monat August veränderte, zeigen diese Statistiken: Während die Neuzulassungen bei Bedford von 579 auf 518 Einheiten abnahmen, stiegen sie bei Daimler Benz von 535 auf 759. Die führende Ford-Gruppe mußte in den ersten acht Monaten 1985 einen Rückgang der Neuzulassungen ihrer Nutzfahrzeuge von über 3,5 Tonnen um fünf Prozent auf 6467 hinnehmen. Dagegen verbesserten sich die Verkaufszahlen der zweitplazierten Leyland im gleichen Zeitraum von 5378 auf 5882 Lkw.

Sowohl bei Daimler Benz als auch bei Leyland geht der Verkaufserfolg insbesondere *auf die Einführung* neuer Serien zurück: So sind Lastwagen mit dem Mercedes-Stern der „LN"-Reihe derart gut angekommen, daß Daimler-Benz sein Verkaufsziel der neuen Serien für dieses Jahr auf *inzwischen 1600 angehoben hat.*

Der lange Jahre schrumpfende Nutzfahrzeug-Markt in Großbritannien ist durch den Daimler-Benz-Erfolg offenbar belebt worden. Hinzu kommen auch erste Auswirkungen der Konjunkturverbesserungen. So nahmen die Neuzulassungen von Lkw über 3,5 Tonnen im August gegenüber dem gleichen Vorjahres-Monat um 21 Prozent auf 5941 Stück zu, in den ersten acht Monaten waren es insgesamt 38 241 (plus 5,24 Prozent). Gegenwärtig hat jeder vierte neuzugelassene Lkw in Großbritannien ein Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen. WILHELM FURLER

Schweigen am Reifenmarkt

Die französische Reifenindustrie scheint sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres günstiger entwickelt zu haben als die Automobilindustrie. *Jedenfalls hat Michelin als mit* Abstand größter Reifenhersteller des Landes gegenüber dem 1. Halbjahr 1984 seine Produktion um 3,5 Prozent (Pkw-Produktion minus 6,3 Prozent) und seinen Umsatz um 12,5 Prozent auf 23 Mrd. Franc gesteigert. Branchenergebnisse dagegen sind trotz intensiver Recherchen nicht in Erfahrung zu bringen.

Der Fachverband für „Reifenkautschuk und angeschlossene Industrien", der sie kennen müßte, ist nach eigenen Angaben zum Schweigen verurteilt. Die Regierung habe ihm 1983 jede Veröffentlichung untersagt. Auch die übrigen Hersteller (Goodyear, Firestone und Dunlop) hüllen sich in Schweigen. Das erlaubt Michelin seinen Marktanteil geheimzuhalten. Er dürfte in Frankreich etwa zwei Drittel betragen.

Weltweit ist Michelin der zweitgrößte Reifenproduzent nach Goodyear. In den letzten vier Jahren hatte der bis dahin gut florierende Konzern zusammen 8,53 Mrd. Franc Verluste verbucht, davon allein 4 Mrd. Franc 1982. Für das erste Halbjahr 1985 wurde ein konsolidierter Gewinn von 400 Mill. Franc gemeldet gegenüber minus 1,22 Mrd. Franc in der gleichen *Vorjahreszeit – nach Abschreibungen* von 1,7 (1,8) Mrd. Franc. Dies war das erste Mal, daß sich Michelin zur Veröffentlichung der wichtigsten Halbjahresziffern bequemte.

Der Grund: Die Familie Michelin als Mehrheitsaktionär braucht Geld. Das seit 15 Jahren unveränderte Aktienkapital von 497 Mill. Franc soll durch die Emission von mit Warrants versehenen Bezugsrechten im Verhältnis 4:1 zum Kurs von 1000 Franc je Aktie (nominal 100 Franc) auf 620 Mill. Franc erhöht werden. Davon erhofft sich die Familie einen Zufluß von rund 1 Mrd. Franc frischer Mittel.

Eine Prognose zur Entwicklung des Reifenmarktes macht Michelin wie üblich nicht. Am Sitz der Verwaltung im fernen Clermont-Ferrand (Auvergne) heißt es lediglich, daß das zweite Halbjahr für die Gesellschaft im allgemeinen besser sei als das erste. Jedoch bliebe die amerikanische Unbekannte. Michelin verfügt in den USA über große Produktionsstätten.

JOACHIM SCHAUFUSS

MESSE-SPLITTER

Mit über 1,5 Mill. Schließgarnituren im Jahr ist die Ymos AG, Obertshausen, einer der größten Hersteller *von mechanischen Verschlußsystemen.* Vorgestellt wurden jetzt zwei elektronische Schließsysteme, die neue Möglichkeiten der Fahrzeugsicherung eröffnen sollen. Der Schlüssel muß im Schloß nicht mehr gedreht, sondern nur noch eingesteckt werden oder die Wagentüren lassen sich aus Entfernungen bis zu drei Metern durch Druck auf den Schlüsselkopf „wie von Zauberhand" öffnen. Sie schließen sich, wenn die Elektronik (in millionenfachen Codierungen) die ausgesendeten Infrarot-Impulse als richtig erkennt. Der Börsenneuling, der 1984/85 (30. 6.) in vier Werken rund 5300 Mitarbeiter hatte, erhöhte seinen Umsatz um zwölf Prozent auf *489 Mill. DM. Auf der IAA stellt Ymos* neben Stoßfängern aus Kunststoff und einteilig geschäumten Armaturenbrettern auch ein neues Türkonzept vor, das die weitere Automatisierung in der Endmontage von Autos *ermöglicht, sowie ein neues Lackier*verfahren für bisher nicht lackierfähige Werkstoffe.

*

Die BBS Kfz-Technik GmbH, Schiltach, erwartet in diesem Jahr eine Umsatzsteigerung um 15 Prozent auf gut 80 Mill. DM, von denen die Hälfte aus dem Export stammt. Das Unternehmen fertigt vor allem Rennsportfelgen, Schmiederäder und Spoiler. Beschäftigt werden gegenwärtig 420 Leute. In Frankreich, Japan und in den USA besitzt BBS eine eigene Vertriebsorganisation.

*

Die Gebr. Happich GmbH, Wuppertal, Produktions- und Handelsunternehmen der Auto- und Zubehörbranche, hat auch 1984 durch einen Jahresüberschuß von 6,3 (7,3) Mill. DM den Verlustvortrag der früheren Jahre auf 7,6 (13,9) Mill. DM abgebaut. Der Umsatz erhöhte sich auf 547 (536) Mill. DM. Anlageinvestitionen von 8,4 Mill. DM standen Abschreibungen von 17,6 (20,7) Mill. DM gegenüber. Das Anlagevermögen beträgt 90 (81) Mill. DM. Das Stammkapital von 30 Mill. DM liegt je zur Hälfte bei zwei Familien-Erbengemeinschaften der Firmengründer.

*

Rockwell International Ltd., eine im Bereich der Luft- und Raumfahrt, Elektronik, Autoindustrie sowie im Anlagen- und Maschinenbau tätige Unternehmensgruppe, ist mit der *modernen Fertigungsanlage (160* Mill. Dollar) in Camari/Italien im Achsengeschäft in Fahrt gekommen. Hier wird Rockwell künftig 100 000 Achsen im Jahr produzieren. Die Rockwell International Corporation ist in Europa vor allem in *Frankreich, Italien*, in Großbritannien sowie in der Bundesrepublik mit einem breiten Spektrum von Unternehmen vertreten. Das Europa-Geschäft macht fünf Prozent des Konzernumsatzes von 8,1 Mrd. Dollar aus. In der Bundesrepublik werden von der Rockwell-Golde GmbH, Frankfurt, manuell und elektrisch angetriebene Schiebedächer hergestellt.

*

Wer häufig in fremden Städten mit dem Auto unterwegs ist, kann sich jetzt von einem elektronischen Wegweiser an sein Ziel lotsen lassen. Citypilot heißt das zur Serienreife entwickte Navigationssystem der Schwalbacher Firma VDO, das zum Preis von 2000 DM dem Autofahrer auf einem zigarettenschachtelgroßen Bildschirm anzeigt, in welche Richtung er fahren soll. Der Benutzer muß dem Elektroniksystem über eine Tastatur die Koordinaten seines Standortes und seines Fahrtziels eingeben.

VEDES / Zuwachs bei Anziehpuppen und Eisenbahnen

Positive Signale vom Handel

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Positive Signale kommen aus dem Spielwaren-Handel: Erstmals seit vier Jahren zeigt die Umsatzentwicklung, wie sie sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres darbietet, ein deutliches reales Plus von über 2 Prozent. Dies jedenfalls registriert die Vedes eG (Vereinigung der Spielwaren-Fachgeschäfte), Nürnberg, für ihre Mitgliedsbetriebe. Danach stieg deren Umsatz bis einschließlich August um 4,2 Prozent. Stark ausgeprägt sind dabei die regionalen Unterschiede. Sie bewegen sich von einem 9prozentigen Plus im Südosten bis hin zu plus 2 Prozent im norddeutschen Küstenbereich und nur 1 Prozent Wachstum im Ruhrgebiet.

Deutlich im Wachstumstrend lägen die Modelleisenbahn sowie vor allem Ankleidepuppen. Der Bereich der Elektronik stagniere, während klassische Spiele (vor allem Wissens- und Phantasiespiele) Aufwind verspürten.

Mit dem Geschäftsjahr 1984 kann die Vedes-Gruppe, die sich als Europas größte Handelsgruppe für Spiel und Freizeit mit über 500 Fachgeschäften in fünf Ländern (Luxemburg, Niederlande, Österreich und Bundesrepublik) bezeichnet, durchaus zufrieden sein. Der konsolidierte Umsatz der Gruppe vergrößerte sich um 5,2 Prozent auf 747 Mill. DM (brutto). Die reale Steigerung belief sich auf etwa 3 Prozent. Der Umsatz der Vedes eG selbst belief sich auf 399 Mill. DM (plus 1,9 Prozent), bei der Intercontor, über die das Lagergeschäft abgewickelt wird, wurden knapp 120 Mill. DM (plus 2,0 Prozent) umgesetzt.

Aufgrund drastischer Kostenreduzierungen habe sich die Ertragslage der Vedes eG weiter verbessert. Die Eigenkapitalquote wird mit 20,6 Prozent der Bilanzsumme von 72,6 Mill. DM angegeben. Dies sei eine solide Finanzbasis, um den Mitgliedern auch in schwierigen Zeiten ein starker Partner zu sein.

BOSS / Guter Start mit Herrenkosmetik

Gang an die Börse erwogen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Hugo Boss AG, Metzingen, den wachstumsfreudigen Hersteller hochwertiger Herrenkleidung, kommt im Zuge einer seit geraumer Zeit erwogenen Kapitalverbreiterung allein eine breite Streuung von Anteilen, vorzugsweise über die Börse, in Betracht. Dies erklärte gegenüber der WELT Jochen Holy, der neben seinem Bruder Uwe Vorstandsmitglied und Inhaber des Unternehmens ist.

Beide halten jeweils 50 Prozent des 3,5 Mill. DM betragenden Aktienkapitals von Boss. Weder über die Modalitäten noch über den Zeitpunkt einer solchen Verbreiterung der Kapitalbasis sei bisher eine Entscheidung gefallen. Angestrebt werde auf jeden Fall eine Konstruktion, die den Gebrüdern Holy die unternehmerische Bewegungsfreiheit sichere.

Auch im laufenden Geschäftsjahr 1985 legt das Familienunternehmen ein hohes Wachstumstempo vor. Die im Frühjahr für 1985 prognostizierte Umsatzzuwachsrate von „mindestens 20 Prozent" werde – so Jochen Holy – realisiert werden. 1984 hatte die Hugo Boss AG, die mit ihrer Devise, „Berufskleidung für Manager" anzubieten, einen beispiellosen Erfolgskurs steuert, ihren Umsatz um 38 Prozent auf rund 220 Mill. DM ausgeweitet. Einschließlich der Umsätze der Tochtergesellschaften, der eigenen Einzelhandelsgeschäfte und verschiedener Lizenzproduktionen dürfte das Umsatzvolumen mit über 300 Mill. DM zu veranschlagen sein.

Die Eigenkapitalquote von Boss, wurde von Jochen Holy zuletzt mit „um die 30 Prozent" beziffert. Boss ist dabei, seinen Exportanteil (bislang etwa 30 Prozent) kräftig auszubauen. Vom Programm her ist Boss, der den Sektor der Accessoires erweitert auch in den Bereich einer Herrenkosmetik-Serie unter der Marke „Boss" eingestiegen. Die ersten Resultate seien sehr positiv. Der Gewinn der Hugo Boss AG, deren Jahresüberschuß in 1983 bei 6,7 Mill. DM lag, hatte sich in 1984 fast verdoppelt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rosenstock scheidet aus

Völklingen (dpa/VWD) – Hans Georg Rosenstock, Mitglied der Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, scheidet im gegenseitigen Einvernehmen aus der Unternehmensleitung aus. Rosenstock war seit September 1979 für den Bereich Technik zuständig. Seine Aufgaben sollen, wie das Unternehmen ferner mitteilte, vom Geschäftsführungsvorsitzenden Kurt Kühn mit übernommen werden.

Bald neuer Aktionärskreis

Oldenburg (dos) – Die Oldenburgische Landesbank AG (OLB) hat jetzt bestätigt, daß mit drei ernsthaften Interessenten „erfolgversprechende Gespräche" über die Übernahme von Kapitalanteilen geführt werden. Neben der Vereins- und Westbank AG in Hamburg handelt es sich dabei um die Kölner Versicherungsgruppe Colonia/Nordstern und die Enrgieversorgung Weser-Ems AG (EWE) Oldenburg. Nach den Vorstellungen des OLB-Vorstands sollen die Vereins- und Westbank und die EWE jeweils eine Schachtelbeteiligung und die Versicherungsgruppe bis zu 15 Prozent des Kapitals übernehmen. Nachdem die Dresdner Bank, die gut 65 Prozent des OLB-Kapitals von 52,25 Mill. DM hält, ihren Ausstieg bekanntgegeben hat, erwägen das Land Niedersachsen (11,38 Prozent) und die Bremer Landesbank (13,93 Prozent) ebenfalls die Abgabe ihrer OLB-Anteile.

Umsatzplus

Essen (dpa/VWD) – Die Raab Karcher AG (RK), Essen, eines der beiden großen Handelshäuser der Veba-Gruppe, hat ihren Außenumsatz in der 1. Hälfte 1985 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,1 Prozent auf 5,68 Mrd. DM gesteigert. Der Auslandsanteil erhöhte sich um 9,3 Prozent auf 587 Mill. DM. Etwa die Hälfte des Umsatzes erzielte das Unternehmen im Mineralölvertrieb. Im Kohlehandel setzte Raab Karcher mit 730 Mill. DM rund 9,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor um. Einbußen verzeichnete das Unternehmen im Holz-, Baustoff-, Groß- und Einzelhandel. Zum Ertrag heißt es in einem Zwischenbericht, bei steigenden Kosten seien „die geplanten Ergebnisse in einem schwierigen Umfeld fast erreicht" worden.

Vergleichsantrag gestellt

Berlin (tb.) – Die Druckhaus Tempelhof GmbH, Berlin, die seit einiger Zeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist, hat Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Nach Angaben des vorläufigen Vergleichsverwalters Peter Leonhardt sind die Löhne und Gehälter für die rund 400 Mitarbeiter zwar gesichert, würden aber nicht termingerecht ausgezahlt. Der Berliner Senat wird, so die Senatsverwaltung für Wirtschaft, alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das mit dem Vergleichsantrag angestrebte Ziel zu erreichen, das Unternehmen fortzuführen und die Zahl der Arbeitsplätze in größtmöglichem Umfang zu erhalten.

GREAT WALL CHINA

Joint Venture mit Teppichen

J. BRECH, **Hamburg**

Einen erheblichen Ausbau ihres Importgeschäfts mit Orientteppichen erwartet die Türkas Im- und Export KG, Karlsruhe, durch die Zusammenarbeit mit einer großen teppichproduzierenden Kooperative in China. In Hamburg ist jetzt das erste Lager der Great Wall China GmbH eingeweiht worden. Great Wall China ist im April dieses Jahres als Joint Venture zwischen der Türkas KG und der Shanghai Animal By-Products gegründet worden. An der mit 1,6 Mill. DM Stammkapital ausgestatteten Firma sind Türkas mit 51 und die Chinesen mit 49 Prozent beteiligt.

Die Türkas KG zählt zu den führenden Orientteppich-Importeuren in der Bundesrepublik. Sie hat im vergangenen Jahr weltweit mit Teppichen rund 100 Mill. DM umgesetzt. Zu dem Familienunternehmen gehören ferner eine große Reinigungsfirma mit rund 20 Mill. DM Umsatz, Hotels und eine Einkaufsgesellschaft in der Türkei. Das Teppich-Geschäft hat Türkas in den sechziger Jahren mit dem Import von türkischer Ware aufgebaut. 1979 sind chinesische Teppiche hinzugekommen, die an den Weltmärkten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Allein in die Bundesrepublik sind die Importe 1984 um 58 Prozent gestiegen.

Das Joint Venture mit der Shanghai Animal By-Product, die zu den drei größten Kooperativen in China gehört, erstreckt sich nach den Angaben des Geschäftsführers Antonio Türker nicht nur auf dem Import von Teppichen. Great Wall China wird außerdem Porzellan, Möbel, Seidenstickereien, Leder und Rohseide einführen. Im Gegenzug werden westliche Waren aller Art von Great Wall China nach China exportiert, zum Teil in Form von Kompensationsgeschäften. Die Anfragen deutscher Unternehmen, die über diesen Weg auf den chinesischen Markt wollen, sind nach Angaben von Türker zahlreich. Bei der weltweiten starken Nachfrage nach chinesischen Spitzenprodukten zu günstigen Preisen erwartet Türker, daß Great Wall China in den nächsten Jahren in eine Umsatzgröße von gut 100 Mill. DM wachsen wird.

Maler klagen über die Konkurrenz

S. SCHUCHART, **Düsseldorf**

Das Maler- und Lackiererhandwerk in der Bundesrepublik sieht sich zunehmend der Konkurrenz durch Schwarzarbeit und Do-it-yourself ausgesetzt. Da die Arbeit der Maler- und Lackiererbetriebe durch gesetzliche und tarifliche Kostenexplosionen zu teuer geworden sei, würden Renovierungsaufträge vermehrt an Berufsfremde und Schwarzarbeiter vergeben, klagte Handwerkspräsident Paul Schnitker, zugleich Chef der rund 33 200 Maler- und Lackiererbetriebe, anläßlich der Jahrespressekonferenz des Hauptverbandes des Maler- und Lackiererhandwerks in Düsseldorf.

Deshalb sei es kaum noch wie in der Vergangenheit möglich, die aus der sinkenden Neubautätigkeit resultierenden Auftragsrückgänge durch zusätzliche Renovierungsarbeiten aufzufangen. Während der Jahresumsatz des Maler- und Lackiererhandwerks 1984 noch real um 1,2 Prozent zunahm, rechnet Schnitker in diesem Jahr mit einem leichten realen Umsatzminus.

Trotz eines Rückgangs bei der Anzahl der Betriebe um knapp ein Prozent, ist die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahr um 1,1 Prozent auf über 180 000 angestiegen. Insbesondere die Ausbildungsstellen wurden um 5,3 Prozent auf fast 41 900 vergrößert. In diesem Jahr sei allerdings mit einem leichten Rückgang der Beschäftigtenzahlen zu rechnen, der jedoch unter dem des Bauhauptgewerbes liegen werde.

Zur konjunkturellen Lage im Gesamthandwerk erklärte Schnitker, daß die „Schubkraft der inländischen Investitions- und Verbrauchernachfrage" dem Handwerk in der Bundesrepublik fehle. Weder 1984 noch in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres habe das Handwerk mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten können, weil die aus dem Export resultierenden Impulse der Konjunkturerholung am Handwerk weitgehend vorbeigingen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Marsch Transport GmbH & Co. KG, Holtum-Marsch; Transport Beteiligungs-GmbH, Holtum-Marsch; bfi Badener Bauträger- u. Immobilien GmbH, Achim-Baden; **Augsburg:** Alois Reiter KG; Alois Reiter, Gersthofen; **Essen:** Schlosserei Karl-Heinz Breuer GmbH; **Friedberg:** holti Holztechnik Innenausbau GmbH, Rosbach v. d. Höhe; **Fürth/Odw.:** Nachl. d. Bernhard Jöst, Abtsteinach; **Gelsenkirchen:** Kelting GmbH & Co. KG; **Hamm:** STABO-PLAST-Kunststoffe GmbH, Fröndenberg; **Neumünster:** Kummer Automobil GmbH; **Pinneberg:** Röge Service GmbH Unterhaltungselektronik.

Anschlußkonkurs eröffnet: Ulm: METEOR Metallwarenfabrik MECO GmbH & Co. KG;

Konkurs beantragt: Koblenz: Segner Wirtschaftswerbung GmbH, Bad Ems.

Vergleich beantragt: Peine: Kurt Möhring; **Worms:** Martin Rosa KG, Offstein.

Neue Spitzenkurse bei den Aktien

Siemens und Deutsche Bank übersprangen 600 DM

DW. – Auf dem Aktienmarkt hielt die Kaufwelle an. Der wieder mutig gewordene Berufshandel baute seine Positionen weiter aus, nahm allerdings zwischenzeitlich auch die Gelegenheit zu Gewinnrealisationen wahr. Auf diese Weise behielt der Aktienmarkt seine solide Verfassung. Wenn es dennoch in Spitzenpapieren teilweise zu zweistelligen Kursgewinnen kam, deutet das auf das hohe Volumen der Kaufaufträge hin. Unter diesen Umständen hatte der Bezugsrechthandel bei BASF und Metallgesellschaft einen guten Start.

Mit 2,40 DM wurde das BASF-Bezugsrecht deutlich über seiner rechnerischen Parität gehandelt, obwohl es sich um ein „krummes" Bezugsrecht handelt, das zum Spitzenausgleich zwingt. Unter Berücksichtigung des Bezugsrechtabschlages erzielten BASF-Aktien einen Tagesgewinn von mehr als fünf DM. Von den sonstigen Chemiewerten kamen Schering um etwa sieben und Beiersdorf um 11 DM voran. Lebhaft war das Interesse wieder für Elektrowerte, wo Siemens erstmals die 600er Marke übersprangen und mit einem Tagesplus von rund 25 DM schlossen. Bei Nixdorf, PKI und SEL reichten die Tagesgewinne nicht ganz an 10 DM heran. Am Bankenmarkt konzentrierten sich die Ausländerkäufe auf die Deutsche Bank, die genau wie Siemens die Hürde von 600 DM nahm. Ein anderer Handelsschwerpunkt lag bei den Maschinenbauwerten, von denen Linde um rund 10 DM zulegten. Sehr fest aber auch GHH-Stämme. Autoaktien traten demgegenüber in den Hintergrund ohne jedoch an Boden einzubüßen.

Frankfurt: Rosenthal legten 7 DM, die Blauen Quellen, Enka und Riedel de Haen jeweils 9 DM, BBC, Degussa und Esslinger Maschinen jeweils 10 DM zu. Braun erlitten einen Rückschlag um 5 DM und Mainkraft gaben um 10 DM nach.

Düsseldorf: AEG Kabel zogen um 8 DM an, Eva verbesserten sich um 5 DM und Gildemeister um 3 DM. Bonner Zement sanken um 3 DM, und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 50 DM ab.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 490 DM umgesetzt. Phoenix Gummi zogen um 1,50 DM an. HEW wurden mit plus 1 DM gehandelt. Unverändert blieben Hapag Lloyd.

Berlin: Rheinmetall IVz. konnten einen Gewinn in Höhe von 31 Dm und Rheinmetall St. von 18 DM verzeichnen. Bergmann befestigten sich um 7 DM und Schering um 5 DM. Detewe büßten 8 DM und Engelhardt 6 DM ein.

München: Ackermann befestigten sich um 5,10 DM, Agrob verbesserten sich um 2 DM und Dekkel um 3 DM. Aigner büßten 9 DM, Cassella ebenfalls 9 DM und Dywidag 2 DM ein.

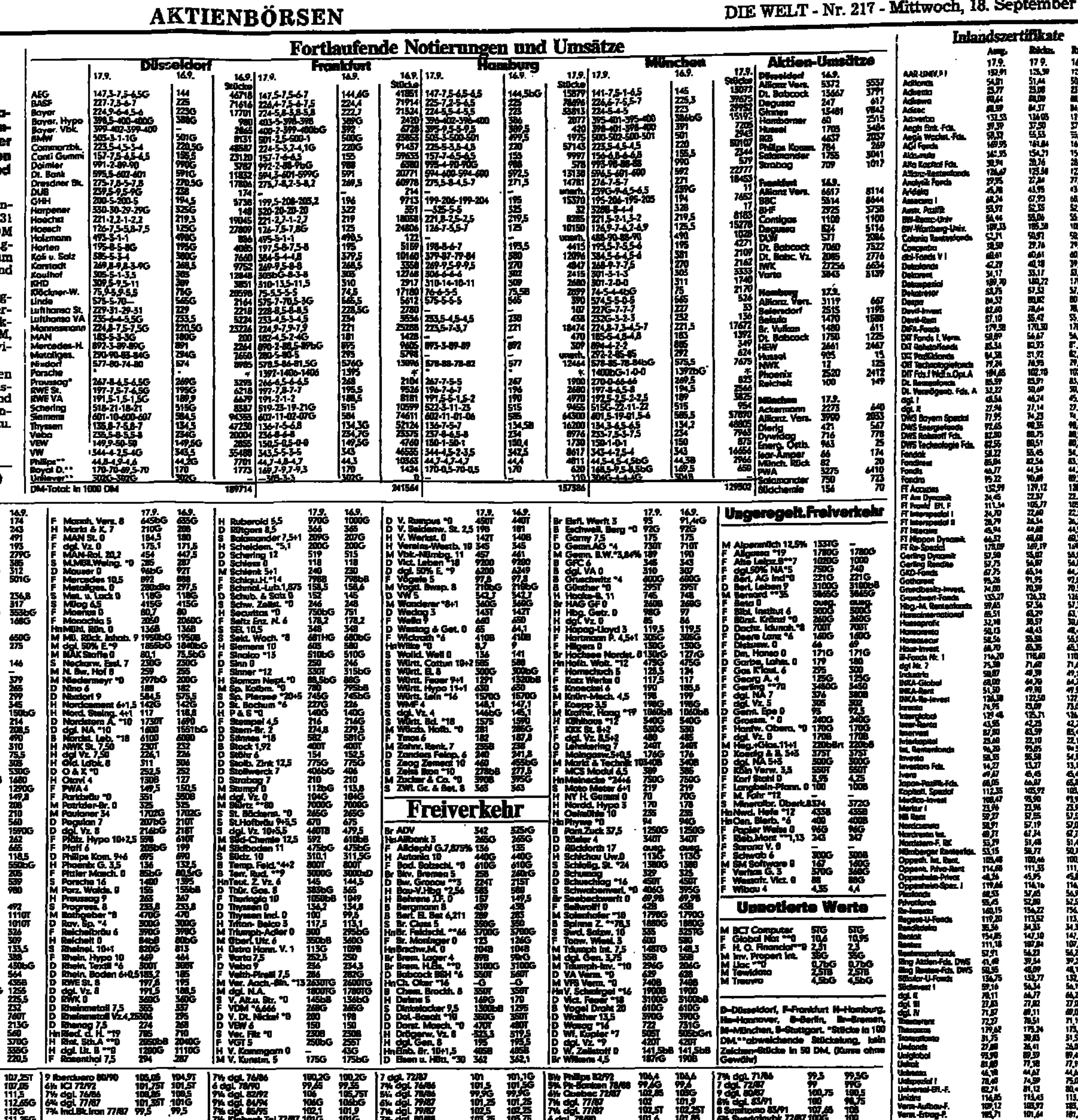
Stuttgart: Ackermann wurden mit 7 DM höher gehandelt. Fuchs-Petrolub zogen um 6,60 DM und Ass um 9 DM an. BW-Bank gewannen mit Taxkursen 27 DM hinzu. Württ. Feuer verloren 29 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 216,39 (215,85)

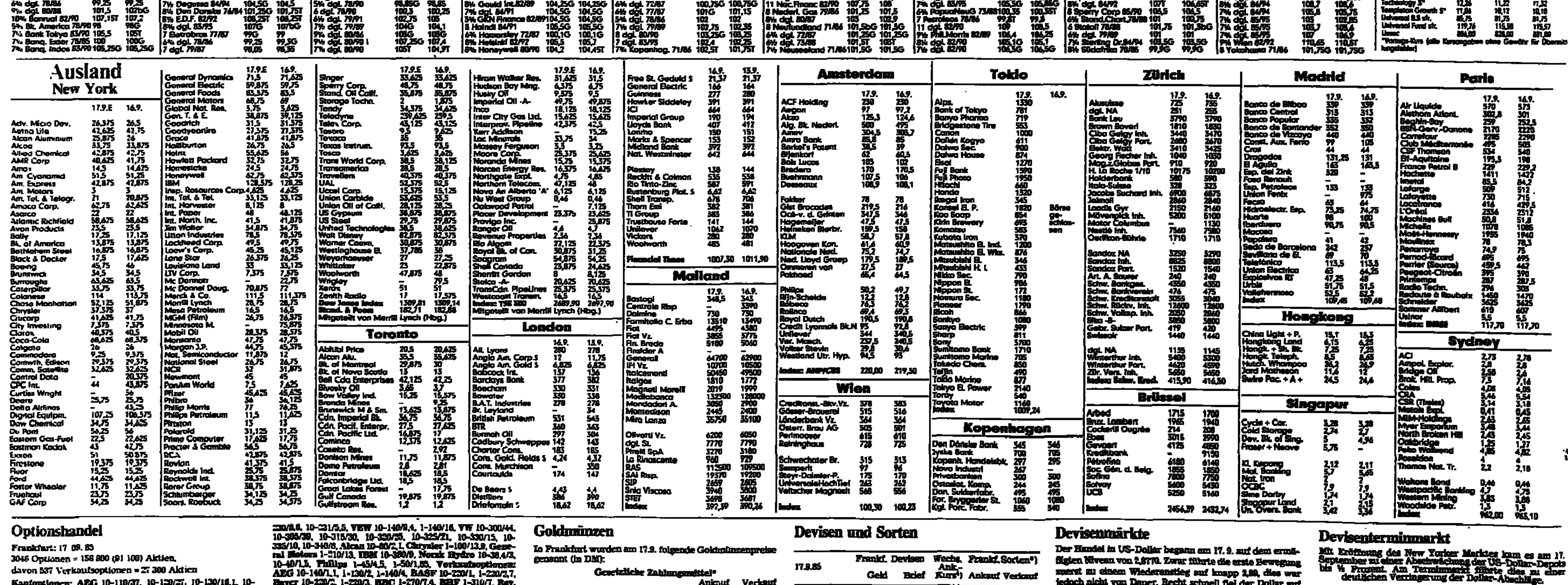
WELT-Umsatzindex: 7442 (5917)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



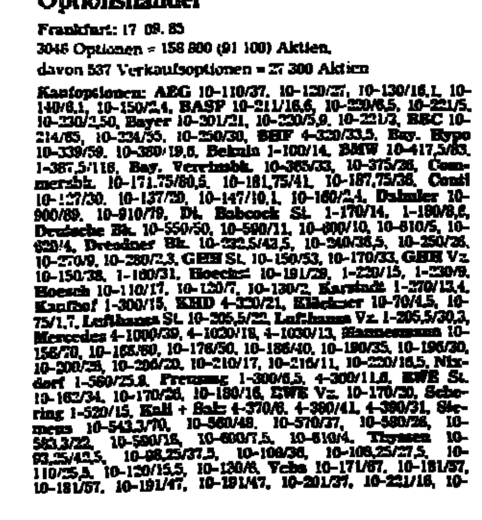
Inland

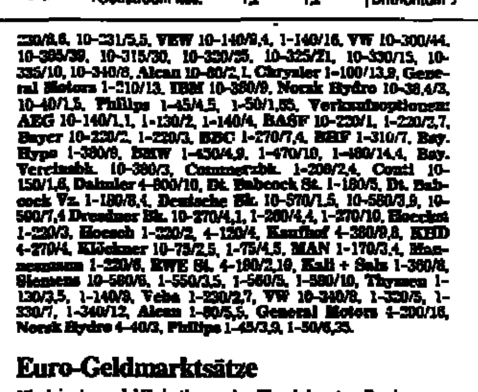
DM-Anleihen

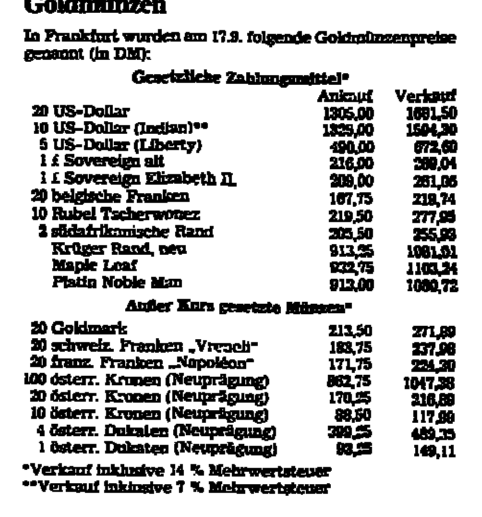


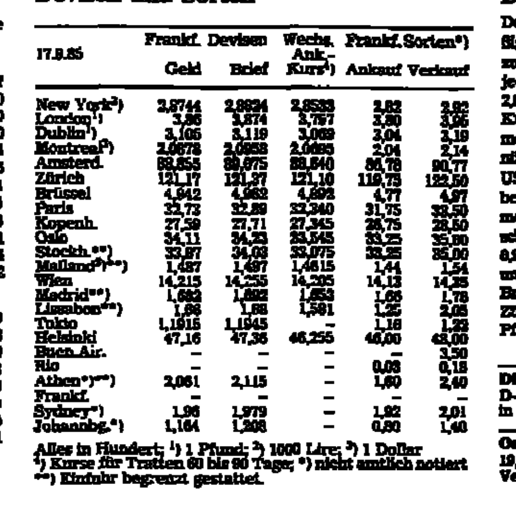
Ausland

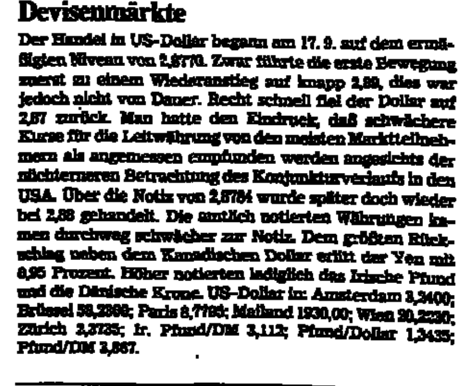
New York

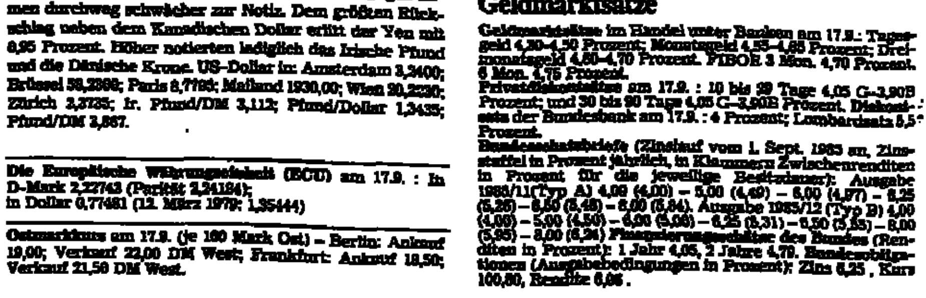






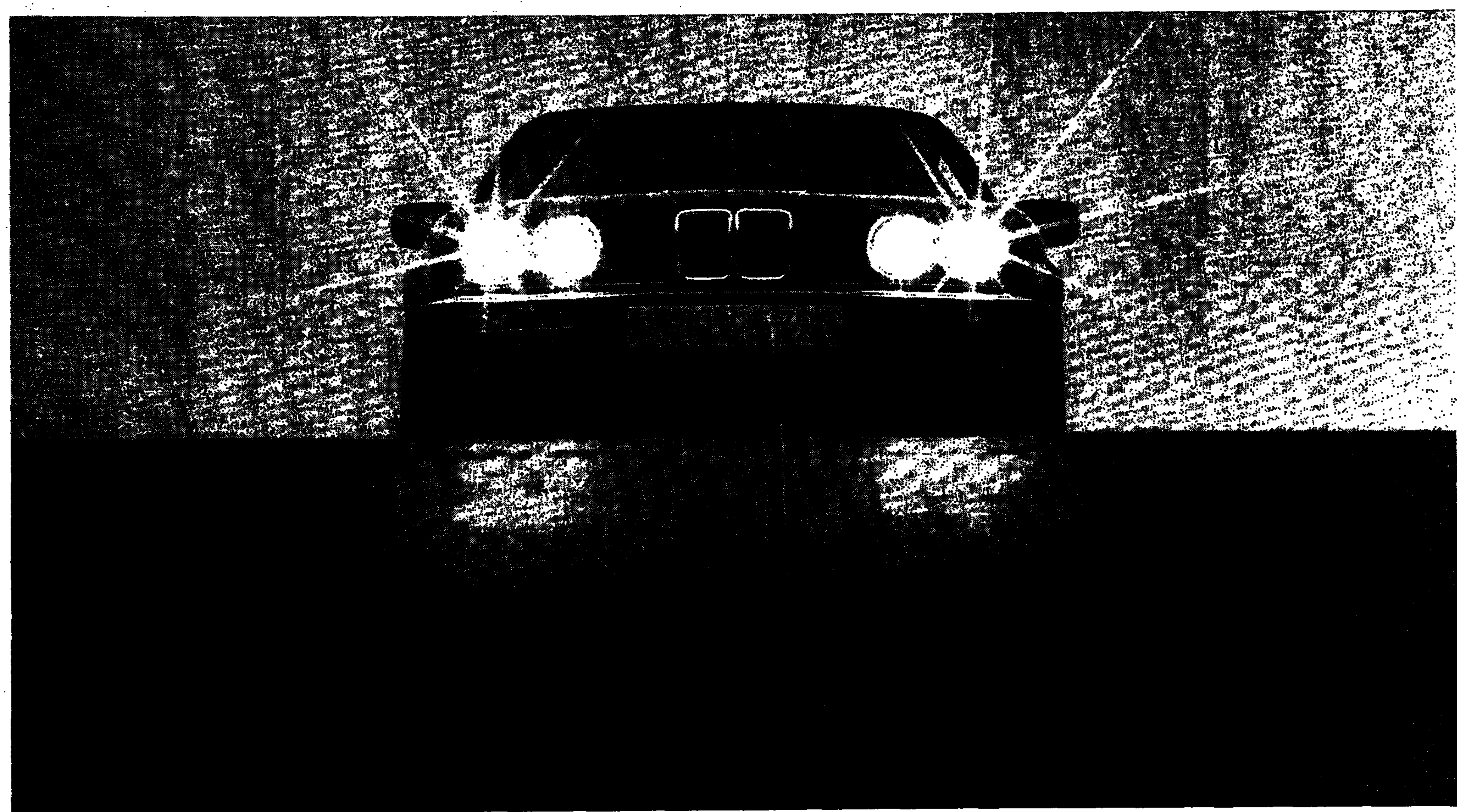






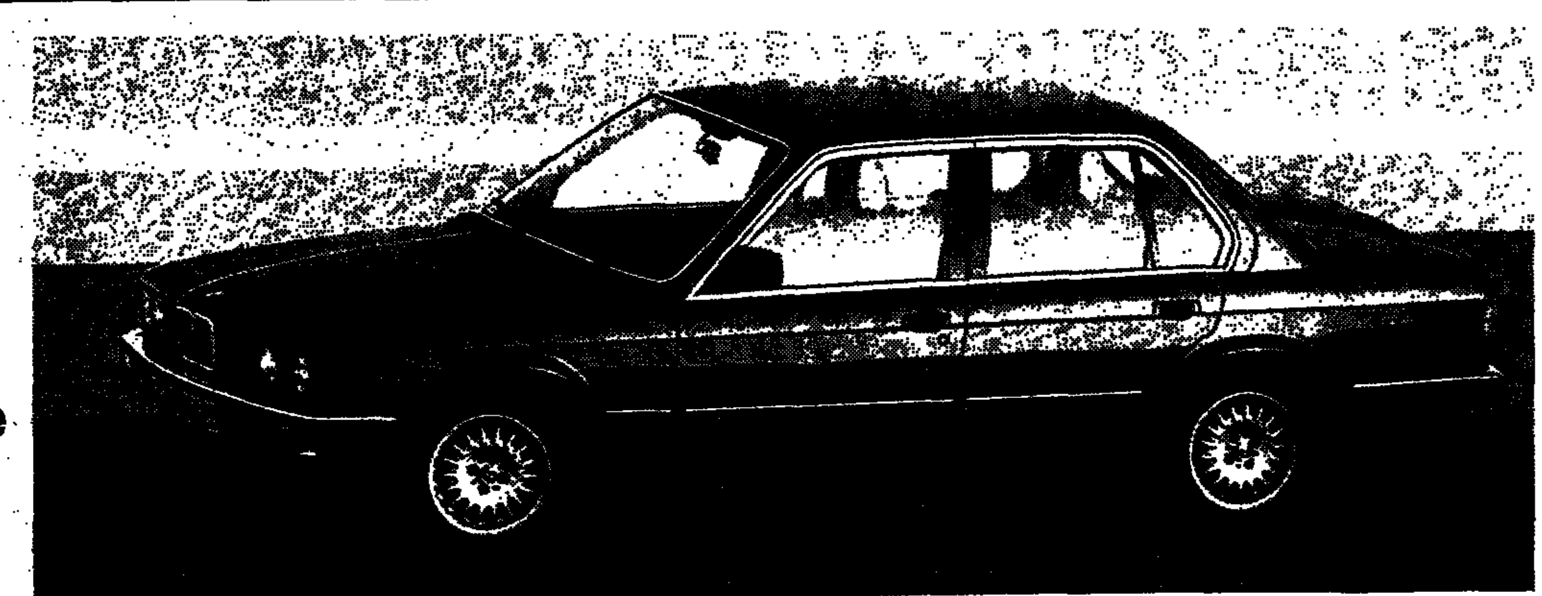
Neu: BMW 325i.

Bei Hubraum, Drehmoment, Leistung und Fahrdynamik das neue Maß der Klasse.



BMW 325i:

Ein neuer Höhepunkt der BMW Tradition, kompakten Limousinen die Automobiltechnik der Spitzenklasse und die Leistungsfähigkeit von Sportwagen zu geben.



Der 325i unterscheidet sich eindeutig von vergleichbaren Automobilen, weil er ganz konsequent die Merkmale automobiler Spitzenklasse bietet.

Das erkennt man bereits an den Qualitäten seines neukonstruierten großvolumigen Reihen-6-Zylinders.
Dieses Triebwerk zeichnet sich durch exzellente Leistungs- und Drehmomentwerte, hervorragende Durchzugskraft, überragende Elastizität sowie unvergleichliche Laufkultur in jedem Drehzahl- und Geschwindigkeitsbereich aus.
Mit dem 325i erreicht Fahrdynamik ein neues Niveau.

Für den anspruchsvollen Fahrer sind in der Preisklasse des 325i Dynamik und Laufkultur eines großvolumigen Reihen-6-Zylinders unverzichtbare Merkmale wahrer Exklusivität.

Die Leistungsdaten des 325i:

Drehmoment 226 Nm bei 4000/min	
126 kW/171 PS	
0-100 km/h	8,3 s
80-120 km/h	8,9 s
Höchstgeschwindigkeit	217 km/h
Verbrauch l Super/100 km (nach DIN 70030)	
bei konstant 90 km/h	6,4
bei konstant 120 km/h	8,1
Stadtverkehr	12,2

Welche triebwerkstechnische Kompetenz hinter dem neuen 2,5-l-Motor steht, zeigt zum einen seine sehr hohe spezifische Literleistung von 50,5 kW/l.
Und zum anderen sein umweltfreundlicher, extremer Magerbetrieb – für andere noch Entwicklungsziel – *der nicht zuletzt* durch den Einsatz der Digitalen Motor-Elektronik möglich wird.

Der BMW 325i entspricht bereits ohne Katalysator serienmäßig der Kategorie »bedingt schadstoffarm, Stufe B«.

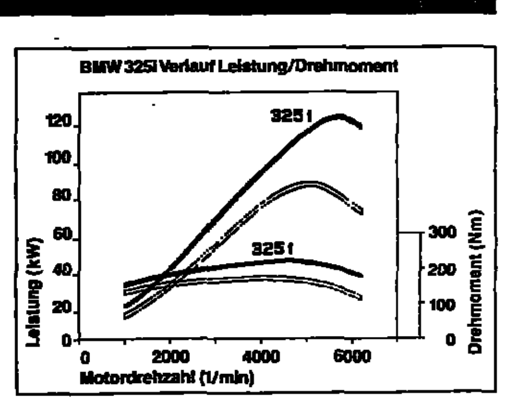
Eine solche Summe fortschrittlicher Technik, wie sie der neue 325i bietet, ist bei so kompakten Automobilen *einzigartig*:

Hochleistungs-6-Zylinder, vollelektronische Triebwerkssteuerung – Digitale Motor-Elektronik, modernste elektronische *Info- und Sicherheits-Systeme.*
Auf Wunsch u.a. BMW 4-Gang-Automatic mit elektronisch-hydraulischer Steuerung und 3 speziellen Fahrprogrammen, Anti-Blockier-System ABS und Airbag-System.
In Allrad-Version besitzt der 325i einen Vierrad-Antrieb der 2. Generation mit integriertem ABS. Das Fahrverhalten zeigt, bis wohin der Fortschritt beim *Automobil reichen kann.*
Dazu die Auto Zeitung (17/85): »Beim Fahrverhalten heißt der neue Meister BMW.«

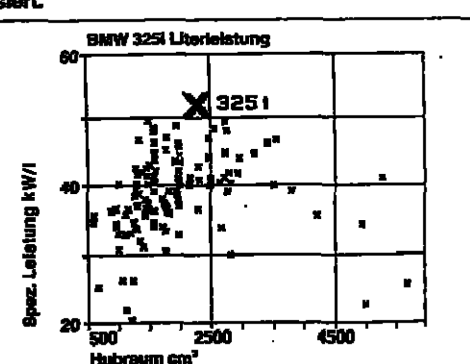
BMW 325i: Das neue, faszinierende *Fahrerlebnis in der Klasse der kompakten* Qualitäts-Automobile.

Der 325i macht erneut deutlich, daß BMW bei diesem Typ Automobil die größte *Erfahrung hat.*
Das schafft natürlich auch beste Voraussetzungen für konsequenten Fortschritt: Es gibt wohl kaum ein anderes kompaktes Automobil, das technisch so fit ist *für die nächsten 10 Jahre wie der 325i.*

Deshalb fahren Könner wie Kenner heute BMW. Wann sind Sie dabei?



Der Vergleich von Leistung und Drehmoment des neuen 325i mit den Durchschnittswerten anderer Fahrzeuge seiner Preisklasse zeigt deutlich, welchen Fortschritt der 325i realisiert.



Bei der Literleistung – einem wesentlichen Merkmal für die technische Qualität eines Triebwerks – nimmt der neue 2,5-l-Motor unter allen vergleichbaren Triebwerken die absolute Spitzenposition ein.

Der neue BMW 325i.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW in Btx ★20800#



BMW –
aus Freude am Fahren

Die Ausländer kauften wieder

Trotz der immer noch unklaren Zinssituation in den USA und der anhaltenden Dollarschwankungen hat sich das Geschäft auf Teilbereichen des Rentenmarktes belebt. Der Schwerpunkt der Nachfrage lag bei den öffentlichen Langläufern, die sich bis zu einem Viertelpunkt verbesserten. Käufer waren im wesentlichen Ausländer, die auf eine Aufwertung der DM spekulieren. Bei den auf Inlandskundschaft angewiesenen Bundesobligationen und Pfandbriefen blieb das Geschäft auf unveränderter Kursbasis ruhig.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,6	102,6G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78/90	100G	100
F	8 Chem. Hüls 71/86	101,1	101,35T
F	7½ Conti Gummi 71/86	101,25T	101,25T
F	4½ Harpen 59	2420G	2420G
F	7½ Hoesch 71/86	100,25T	100,4T
F	7½ Karstadt 71/86	100,5G	100,5G
F	7½ Kaufhof 71/86	100,5T	100,5G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Gut schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kaffee ging mit deutlichen Gewinnen aus dem Markt. Kakao konnte sich, mit Ausnahme des abgeschwächten Kassa-Monats, nur leicht befestigen.

Getreide und Getreideprodukte

	16.9.	13.9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	280,75	278,50
Dez.	293,50	290,75
März	301,25	298,50
Weizen Winnipeg (can.$/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	247,70	247,60
Amber Durum	244,64	244,54
Roggen Winnip. (can.$/t)		
Okt.	118,00	118,50
Dez.	121,50	122,00
März	126,00	126,50
Hafer Winnip. (can. $/t)		
Okt.	94,50	93,00
Dez.	96,00	94,70
März	100,00	99,70
Hafer Chicago (c/bush)	16.9.	13.9.
Sept.	123,00	120,00
Dez.	128,75	125,50
März	131,50	129,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	230,50	223,25
Dez.	221,75	216,50
März	232,25	227,50
Gerste Winnipeg (can.$/t)	16.9.	13.9.
Okt.	108,00	107,60
Dez.	111,00	110,40
März	115,00	114,00

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	16.9.	13.9.
Terminkontr. Sept.	134,70	133,26
Dez.	136,85	135,50
März	138,00	137,10
Kakao		
New York ($/t)	16.9.	13.9.
Terminkontr. Sept.	2106	2117
Dez.	2175	2175
März	2227	2253
Umsatz	818	1913
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,35	5,40
Jan.	5,55	5,64
März	5,95	5,87
Mai	6,07	6,04
Juli	6,30	6,23
Umsatz	10197	13129
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	16.9. 5,04	13.9. 5,13
Kaffee		
London (£/t) Robusta	16.9.	13.9.
Kontrakt Sept.	1625-1630	1616-1620
Nov.	1660-1665	1648-1651
Jan.	1696-1698	1686-1689
Umsatz	676	1390
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1735-1745	1727-1730
Dez.	1783-1784	1775-1777
März	1804-1805	1796-1797
Umsatz	4952	2912
Zucker		
London (£/t) Nr. 6	16.9.	13.9.
Okt.	142,00-143,00	141,80-142,60
Dez.	147,20-148,00	145,00-145,80
März	157,20-157,60	155,00-155,20
Umsatz	3619	3032
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	17.9.	14.9.
schw. Sarawak spez.	790,00	787,50
weißer Sarawak	957,50	957,50
weißer Muntok	967,50	967,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	16.9.	13.9.
Sept.	137,60	138,00
Nov.	133,80	135,70
Jan.	127,75	130,60
März	127,50	127,50
Mai	125,80	126,00
Umsatz	800	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	16.9.	13.9.
Südstaaten fob Werk	35,00	35,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	21,75	21,75
Okt.	21,15	21,18
Dez.	21,14	20,98
Jan.	21,25	21,15
März	21,60	21,50
Mai	21,80	21,80
Juli	22,00	22,05
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	20,00	19,00
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	16,50
Choice white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	15,25
bleichfähig	13,75	13,75
yellow max. 10%fr.F	10,25	10,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	37,92	37,10
Dez.	40,10	39,05
Feb.	40,80	39,85
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Feb.	60,20	59,20
März	60,50	59,45
Mai	61,40	60,30
Häute		
Chicago (c/lb)	16.9.	13.9.
Ochsen einh. schwere		
River Northern	56,00	56,00
Kühe einh. schwere		
River Northern	45,00	44,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	515,50	509,75
Nov.	513,50	506,50
Jan.	523,75	516,50
März	535,25	528,50
Mai	545,50	537,50
Juli	550,50	544,00
Aug.	549,00	543,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	130,20	126,80
Okt.	131,20	127,80
Dez.	135,00	132,20
Jan.	136,00	133,70
März	139,00	136,50
Mai	140,90	138,50
Juli	143,00	140,50
Leinsaat		
Winnipeg (can. $/t)	16.9.	13.9.
Okt.	301,00	301,00
Dez.	303,80	303,70
März	314,50	314,50
Kokosöl		
New York (c/lb)	16.9.	13.9.
Westküste fob Werk	22,50	22,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	17.9.	16.9.
jegl. Herk. cif	780,00	790,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	575,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	unerh.	340,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl.fob Werk	153,00	151,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	430,00	430,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	242,00	241,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	16.9.	13.9.
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	59,80	59,05
Dez.	58,45	58,30
März	59,63	59,35
Mai	59,93	59,80
Juli	58,97	58,75
Okt.	53,70	53,55
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	43,75	43,75
Wolle		
Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz.:	17.9.	16.9.
Okt.	486-489	488-495
Dez.	495-499	497-500
Jan.	500-504	501-502
Umsatz	94	55
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge	16.9.	13.9.
Okt.	50,00	50,00
Dez.	54,70	54,70
März	54,80	54,80
Mai	54,90	54,90
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißw.		
Standardtype	16.9.	13.9.
Okt.	612,00-615,00	612,00-615,00
Dez.	619,00-621,00	620,00-621,00
März	622,00-624,00	633,00-638,00
Umsatz	24	11
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	17.9.	16.9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA ab Lager	16.9.	13.9.
Sept.	geschl.	12652
Okt.		12710
Kautschuk		
London (p/kg)	16.9.	13.9.
Nr. 1 RSS loco	61,00-63,00	61,00-63,00
Okt.	—58,00	—58,00
Nov.	—59,00	—59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	16.9.	13.9.
Okt.		182,50-183,50
Nov.		182,00-183,00
Nr. 2 RSS Okt.	geschl.	169,00-170,00
Nr. 3 RSS Okt.		166,50-167,50
Nr. 4 RSS Okt.		162,00-163,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	17.9.	16.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17.9.	16.9.
Aluminium: Bas. Lond.		
laufend. Monat	281,25-281,45	283,97-284,36
drittfolg. Monat	289,97-290,16	293,09-293,29
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	115,06-115,25	115,88-116,07
drittfolg. Monat	117,58-117,65	117,24-117,43
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1286,17-1288,11	1343,17-1345,11
drittfolg. Monat	1310,57-1311,35	1360,64-1362,58
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	199,12-199,90	202,25-203,03
Produz.-Preis	239,24	242,35
Reinzinn 99,9 %	3858-3896	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17.9.	16.9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	401,74-405,05	405,86-409,16
Blei in Kabeln	122,75-123,75	123,50-124,50
Aluminium		
f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	17.9.	16.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	359—	362-363
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	396-400	399-402
MS 63	390-394	395-397

Zinn-Preis Penang

	17.9.	16.9.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,08	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17.9.	16.9.
Leg. 225	345-360	345-360
Leg. 226	347-362	347-362
Leg. 231	382-395	382-395
Leg. 233	392-405	392-405

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	31,05	31,70
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	30020	30340
Rücknahmepr.	29270	29590
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	30110	30480
Rücknahmepr.	29340	29710
verarbeitet	31590	31970
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	29610	29950
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	570,50	577,00
Rücknahmepr.	553,70	560,00
verarbeitet	595,60	602,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	17.9.	16.9.
London		
10.30	318,70	318,85
15.00	317,60	–
Zürich mittags	318,60-319,10	318,80-319,30
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	90500	91000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	446,75	450,86
3 Monate	459,10	463,60
6 Monate	471,55	476,10
12 Monate	495,05	500,10
Platin (£/Feinunze)		
London	17.9.	16.9.
fr. Markt	227,80	233,10
Palladium (£/Feinunze)	17.9.	16.9.
London		
f. Händlerpreis	71,95	74,00

New Yorker Metallbörse

	16.9.	13.9.
Gold H & H Ankauf	319,30	321,30
Silber H & H Ankauf	605,00	604,50
Platin fr. Händlerpr.	313,00-318,50	313,00-318,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	98,00-99,00	98,00-99,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	603,00	601,00
Okt.	604,20	603,70
Dez.	612,00	611,00
Jan.	616,90	617,00
März	625,50	624,00
Mai	634,70	634,10
Juli	644,50	643,80
Umsatz	7000	11000
Kupfer (c/lb)	16.9.	13.9.
Sept.	60,10	60,00
Okt.	60,20	60,10
Dez.	60,80	60,60
Jan.	61,05	60,95
März	61,40	61,35
Mai	61,80	61,70
Juli	62,10	62,00
Umsatz	2100	6600

Londoner Metallbörse

	17.9.	16.9.
Aluminium (c/lb)		
mittags Kasse	726,00-726,50	729,50-730,50
3 Monate	748,50-749,00	752,50-753,00
Blei (£/t) mittags	297,00-297,50	299,00-300,00
3 Monate	303,50-303,70	303,00-304,00
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1016,50-1017,00	1025,00-1025,50
3 Monate	1040,00-1041,00	1051,00-1051,50
abends Kasse	–	1022,50-1023,50
3 Monate	–	1048,00-1049,00
(Kupfer-Standard)		
mittags Kasse	997,00-999,00	1022,50-1023,50
3 Monate	1022,00-1024,00	1048,00-1049,00
Zink (£/t) mittags	514,00-516,00	510,00-512,00
Zinn (£/t) mittags	9165-9170	9155-9160
3 Monate	9111-9112	9110-9111
Quecksilber ($/Fl.)	–	275-285
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	67-72



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Betriebswirtschaft
1. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 FU Berlin	Uni Kiel
3 Göttingen	Hamburg
4 Göttingen	Uni Kiel
5 Mannheim	Aachen
6 Mannheim	Frankfurt
7 Mannheim	Hamburg
8 Mannheim	Köln
9 Mannheim	Uni Kiel
10 Mannheim	Uni München
11 Mannheim	Stuttgart

Betriebswirtschaft
2. Semester

von	nach
1 Bamberg	Frankfurt
2 Bamberg	Würzburg
3 FU Berlin	Hamburg
4 Erlangen	Aachen
5 Erlangen	Köln
6 Erlangen	Uni München
7 Hamburg	Uni München
8 Marburg	Hamburg

Betriebswirtschaft
3. Semester

von	nach
1 FU Berlin	Hamburg
2 Mannheim	Münster
3 Mannheim	Osnabrück

Betriebswirtschaft
4. Semester

von	nach
1 Erlangen	Uni München
2 Frankfurt	Hamburg
3 Hamburg	Uni Kiel
4 Mannheim	Hamburg
5 Uni München	Hamburg
6 Uni München	Köln

Pharmazie
2. Semester

von	nach
1 Braunschweig	FU Berlin
2 Braunschweig	Heidelberg
3 Braunschweig	Uni Kiel
4 FU Berlin	Hamburg
5 FU Berlin	Uni Kiel
6 FU Berlin	Münster

Pharmazie
4. Semester

von	nach
1 Münster	FU Berlin
2 Uni München	Heidelberg
3 Saarbrücken	Freiburg
4 Saarbrücken	Heidelberg
5 Saarbrücken	Tübingen

Rechtswissenschaften
4. Semester

von	nach
1 Bonn	Hamburg
2 Frankfurt	Hamburg
3 Freiburg	Hamburg
4 Heidelberg	Hamburg
5 Uni Kiel	Freiburg
6 Uni Kiel	Hamburg
7 Uni Kiel	Tübingen
8 Uni München	Hamburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985





N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij

(Royal Dutch) Geschäftssitz in Den Haag, Niederlande

Interimsdividende 1985

Aufsichtsrat und Vorstand der N.V. KONINKLIJKE NEDERLANDSCHE PETROLEUM MAATSCHAPPIJ (Royal Dutch) haben beschlossen, für das Geschäftsjahr 1985 eine Interimsdividende von hfl. 4,50 je Stammaktie mit einem Nennwert von je hfl. 10 auszuschütten.

Unter Abzug von 25% niederländischer Dividendensteuer und gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 178 ist die Interimsdividende ab Dienstag, den 24. September 1985, im Bundesgebiet oder in Berlin (West) bei nachstehenden Banken zahlbar:

Deutsche Bank AG, *Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, München,*
Deutsche Bank Berlin AG, *Berlin (West),*
Bank für Handel und Industrie AG, *Berlin (West),*
Dresdner Bank AG, *Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken,*
Deutsche Bank Saar AG, *Saarbrücken.*

Zur Interimsdividende auf die Inhaberaktien, die mit einem Dividendenblatt ausgestattet sind, das sich nicht aus einzelnen Dividendenscheinen zusammensetzt (sog. CF-Stücke), sind diejenigen berechtigt, die am 13. September 1985 bei Geschäftsschluß Inhaber dieser Aktien sind und deren Dividendenblätter sich zu diesem Zeitpunkt bei einem der dem Centrum voor Fondsenadministratie B.V. angeschlossenen Verwahrer befinden.

Die Interimsdividende wird abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer am Dienstag, dem 24. September 1985, an obiges Centrum ausgezahlt werden, das für die Weiterleitung an die betreffenden Verwahrer sorgen wird.

Dividenden, die einer im Bundesgebiet oder in Berlin (West) *unbeschränkt steuerpflichtigen Person* (Steuerinländer) zufließen, unterliegen mit ihrem Bruttobetrag der deutschen Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer *nach Tarif. Von der niederländischen Dividendensteuer* werden 2/5 aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer *bei rechtzeitiger Vorlage eines vom Wohnsitzfinanzamt* bestätigten Antrages auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „Inkomstenbelasting nr. 92 D" zusätzlich zum *Nettobetrag vergütet. Der endgültig in den Niederlanden* verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die deutsche Einkommen- bzw. Kör*perschaftsteuer anrechenbar.*

Der Gegenwert der Dividende wird in DM zum Tageskurs gutgeschrieben oder ausgezahlt.

Den Haag, den 12. September 1985
DER VORSTAND

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462



Zeitungs-Zukunft

Eine süddeutsche Regionalzeitung, die in Auflage und Technik zur Spitzengruppe zählt, will die Verlagsleitung jüngeren Händen anvertrauen. Diese Aufgabe verlangt einen Unternehmer mit Sensibilität und Durchsetzungsvermögen. Fachkenntnisse wären von Vorteil. Das Tagesgeschäft, Probleme der neuen Medien, der Ausbau der Technik: ein weites Feld der Verantwortung.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 21. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Auslosung

Durch unseren Treuhänder wurde heute folgende Auslosung vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 31. Dezember 1985:

	Em.		
1. uns. 6 % Hypothekenpfandbriefe	Em. 39	J/J	-270 024-

(27. Auslosung) die Stücke mit den Nummern: 2, 19, 46, 58, 63, 84, 92, 113, 192, 193, 207, 227, 249, 264, 285, 382, 408, 420, 421, 427, 437, 461, 479

Einzureichen sind Stücke mit den Zinsscheinen per 1. 7. 1986 uf.

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

	Em.		
Zur Rückzahlung am 1. November 1985:			
2. uns. 8 % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 276	1. 11. gzj.	-270 472-
Zur Rückzahlung am 4. November 1985:			
3. uns. 6 % Kommunalschuldverschr. *Globalurkunden – stückeloser Verkehr –*	Em. 427	4. 11. gzj.	-270 594-
Zur Rückzahlung am 1. Dezember 1985:			
4. uns. 6¼ % Kommunalschuldverschr. Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 171	J/D	-270 394-
5. uns. 6½ % Kommunalschuldverschr. Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 209	J/D	-270 476-
6. uns. 10 % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr –	Em. 326	1. 12. gzj.	-270 514-
Zur Rückzahlung am 31. Dezember 1985:			
7. uns. 5 ½ % Kommunalschuldverschr.	Em. 8	A/O	-270 304-

Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 4. 1986. Gleichzeitig werden die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1985 bis 31. Dezember 1985 in Höhe eines halben Wertes eines Zinsscheines vergütet.

	Em.		
8. uns. 5 % Hypothekenpfandbriefe Einzureichen sind nur Mäntel	Em. 11	J/J	-270 012-
Zur Rückzahlung am 1. Januar 1986:			
9. uns. 9 % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr	Em. 283	1. 1. gzj.	-270 479-
10. uns. 9¼ % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr	Em. 284	1. 1. gzj.	-270 480-
Zur Rückzahlung am 2. Januar 1986:			
11. uns. 5½ % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr	Em. 441	2. 1. gzj.	-270 604-
Zur Rückzahlung am 1. Februar 1986:			
12. uns. 7½ % Kommunalschuldverschr. Resteinlösung der bisher nicht gelosten Stücke mit der Endziffer 8. Einzureichen sind Stücke mit Zinsscheinen per 1. 8. 1986 uf.	Em. 106	F/A	-270 346-
13. uns. 8¼ % Kommunalschuldverschr. Globalurkunden – stückeloser Verkehr	Em. 173	F/A	-270 395-

Die Einlösung der fälligen bzw. gelosten Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Vom Fälligkeitstage an entfällt der Anspruch auf Verzinsung. Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalurkunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gutschrift über die Kassenvereine.

Hamburg, den 16. September 1985

Hypothekenbank in Hamburg



Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Bekanntmachung
über die prospektfreie Zulassung
zum Handel und zur amtlichen Notierung
an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. DM 70 000 000,–
6,75 % Hypothekenpfandbriefe Em. 437
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 146
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 2. Januar ganzjährig, erstmals am 2. Januar 1986.
Tilgung: 2. Januar 1990 zum Nennwert;

2. DM 20 000 000,–
7,50 % Hypothekenpfandbriefe Em. 440
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 147
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1986.
Tilgung: *1. Februar 2000 zum Nennwert.*
Kündigung: kündbar erstmals zum 1. Februar 1995 zum Nennwert;

3. DM 20 000 000,–
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 442
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 605
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Dezember ganzjährig, erstmals am 1. Dezember 1985,
Tilgung: 1. Dezember 1989 zum Nennwert;

4. DM 45 000 000,–
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 443
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 606
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1986.
Tilgung: 1. Februar 1990 zum Nennwert;

5. *DM 30 000 000,–*
7,50 % Hypothekenpfandbriefe Em. 446
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 148
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1986,
Tilgung: 1. Februar 1995 zum Nennwert;

6. DM 50 000 000,–
7,25 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 447
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 609
verbrieft in einer *Globalurkunde;*
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. März ganzjährig, erstmals am 1. März 1986,
Tilgung: *1. März 1990 zum Nennwert;*

7. DM 30 000 000,–
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 448
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 610
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. März ganzjährig, erstmals am 1. März 1986,
Tilgung: 1. März 1989 zum Nennwert;

8. DM 50 000 000,–
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 451
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 613
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 2. Mai ganzjährig, erstmals am 2. Mai 1986,
Tilgung: 2. Mai 1991 zum Nennwert;

9. DM 30 000 000,–
7,25 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 452
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 614
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 3. Mai ganzjährig, erstmals am 3. Mai 1986,
Tilgung: 3. Mai 1993 zum Nennwert;

10. *DM 25 000 000,–*
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 453
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 615
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt *DM 100,–*
Zinstermin: 2. Mai ganzjährig, erstmals am 2. Mai 1986,
Tilgung: 2. Mai 1990 zum Nennwert;

11. *DM 10 000 000,–*
7 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 454
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 616
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,–
Zinstermin: 3. September ganzjährig, erstmals am 3. September 1985 mit Zinslauf ab 3. Mai 1985,
Tilgung: 3. September 1990 zum Nennwert;

12. DM 50 000 000,–
7 % *Kommunalschuldverschreibungen* Em. 455
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 617
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,–
Zinstermin: 3. Juni ganzjährig, erstmals am 3. Juni 1986.
Tilgung: 3. Juni 1991 zum Nennwert;

13. DM 40 000 000,–
6,75 % Hypothekenpfandbriefe Em. 456
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 149
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1986.
Tilgung: *1. Juni 1990 zum Nennwert;*

14. DM 20 000 000,–
6,50 % *Kommunalschuldverschreibungen* Em. 457
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 618
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,–
Zinstermin: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1986.
Tilgung: 1. Juni 1989 zum Nennwert;

15. DM 60 000 000,–
6,75 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 458
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 619
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 2. Juli ganzjährig, erstmals am 2. Juli 1986,
Tilgung: 2. Juli 1990 *zum* Nennwert;

16. DM 40 000 000,–
7 % *Kommunalschuldverschreibungen* Em. 459
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 620
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1986,
Tilgung: 1. Juni 1993 zum Nennwert;

17. DM 20 000 000,–
7,25 % Hypothekenpfandbriefe Em. 461
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 150
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt *DM 100,–*
Zinstermin: 3. Juli ganzjährig, erstmals am 3. Juli 1986.
Tilgung: 3. Juli 1995 zum Nennwert;

18. DM 30 000 000,–
6,75 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 462
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 622
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 2. Juli ganzjährig, erstmals am 2. Juli 1986,
Tilgung: 2. Juli 1990 zum Nennwert;

19. DM 30 000 000,–
6,75 % Hypothekenpfandbriefe Em. 465
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 151
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,–
Zinstermin: 1. August ganzjährig, erstmals am 1. August 1986,
Tilgung: 1. August 1995 zum Nennwert.

Die Bank ist berechtigt, die Emission 440 mit mindestens vierteljährlicher Frist zu jedem Zinstermin zu **kündigen**, erstmals zu dem angegebenen Termin. *Alle anderen Emissionen dieser Bekanntmachung sind sowohl für die Bank als auch für die Gläubiger während der gesamten Laufzeit* unkündbar.

Für die Ausgabe der Emissionen wurden durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn, unter dem Geschäftszeichen – VII A 2 – W 2531 – *Genehmigungsbescheide erteilt.*

Die Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg hat mit Schreiben vom 9. September 1985 genehmigt, daß es für die Zulassung der vorstehend näher bezeichneten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.

Damit sind die aufgeführten Emissionen gem. § 40 Abs. 1 des Börsengesetzes zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber. Sämtliche Emissionen sind zur ***Girosammelverwahrung*** zugelassen. Die Emissionen sind in Globalurkunden verbrieft und bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt. Rechte aus diesen Globalurkunden sind nur im Wege des Effektengiroverkehrs übertragbar. Die Bezahlung der fälligen Zinsen und der Kapitalbeträge wird durch die Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, vorgenommen.

Als **Sicherheit** für die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dienen die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken- und Kommunaldarlehen einschließlich der diesen entsprechend den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes gleichgestellten Ersatzdeckungswerte. Darüber hinaus haftet die Bank mit ihrem gesamten Vermögen.

Alle unsere Emissionen betreffenden **Bekanntmachungen** werden satzungsgemäß im Bundesanzeiger und außerdem in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sind **mündelsicher**, können von Versicherungen für den **Deckungsstock** verwendet werden und sind nach ihrer Börseneinführung **lombardfähig.**

Hamburg, im September 1985 **Hypothekenbank in Hamburg**

Hypothekenbank in Hamburg



Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35910-0

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Martin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Hans-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gissler, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

---

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN

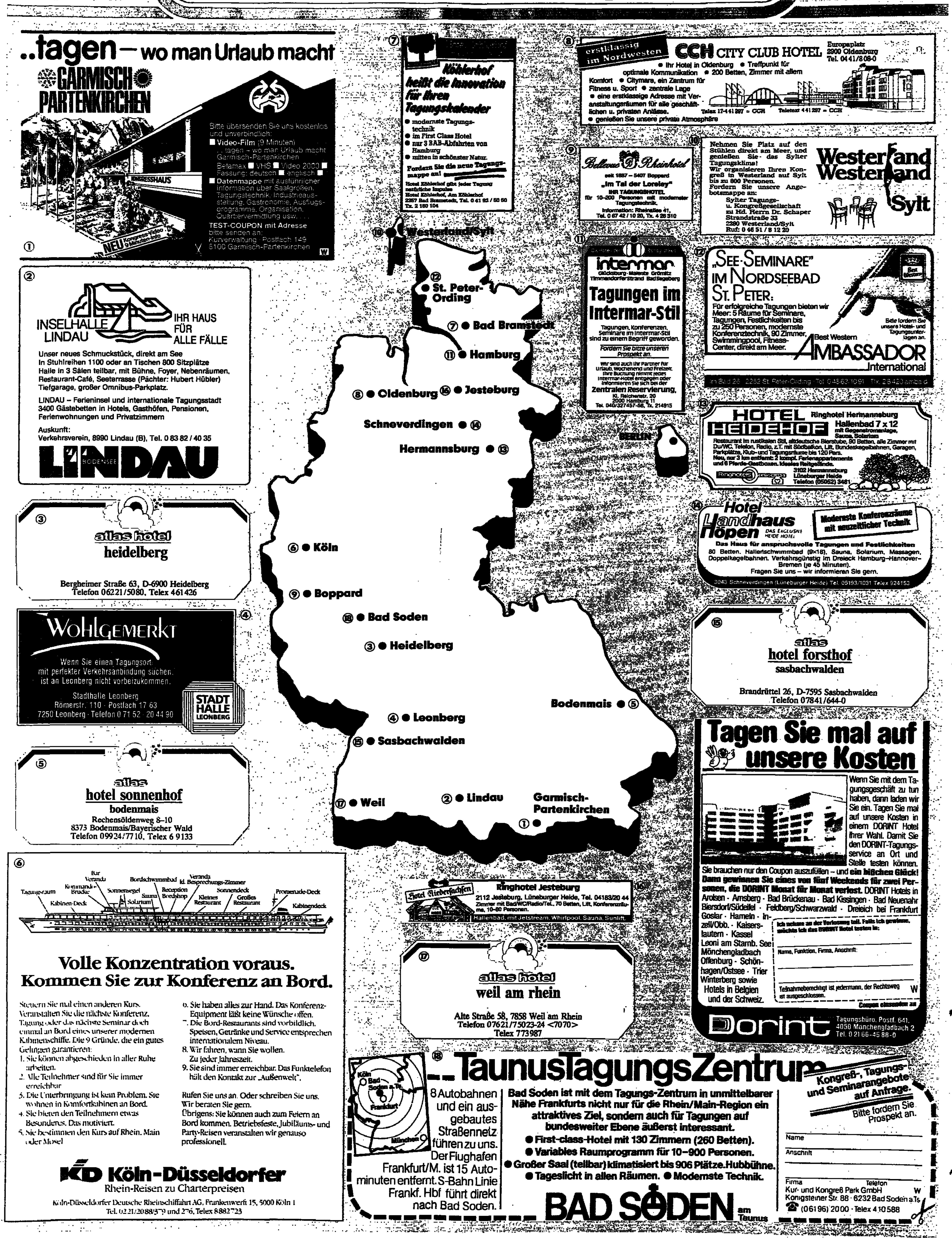


Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.

Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan" drei kleine Hospitäler, die von einem deutschen Arzt betreut werden.
Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.
Weitere Informationen: **Bonner Afghanistan Komitee, Reuterstr. 187, 5300 Bonn 1**

Konto 9019 Sparkasse Bonn Bankleitzahl: 38050000

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz
Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.



Tarzan im Comic-Wald

P.Jo. – Die Comics sind „erwachsen" geworden. Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Literaturwissenschaftler und viele andere haben sich diesem „neuen Medium" zugewandt und es ausgiebig „problematisiert". Nur die Bibliographen schreckten bislang noch davor zurück, in den Dschungel der Hefte, Heftchen, Alben, Sammelbände und Zeitschriften einzudringen, weil keine Bibliothek das wirklich alles gesammelt hat.

Nun aber ist ein Tarzan erschienen, der sich nicht nur in dieser Wildnis komplett auskennt, sondern alle ihre Eigenheiten auch noch ordentlich zu Papier gebracht hat. Aus Peter Skodziks „Deutscher Comic Bibliographie", die gerade als Ullstein-Taschenbuch herauskam, können wir erfahren, was alles an Comics und Comic-Ähnlichem zwischen 1945 und 1980 in deutschsprachigen Ländern gedruckt wurde. Das sind Tausende von Titeln, die mehr als fünfhundert Seiten füllen. Und das sind keineswegs nur die Akim-, Superman- und Micky-Maus-Serien.

Da kann man auch „Die Bibel im Bild" oder „Illustrierte Klassiker" von „Alice im Wunderland" über „Hamlet" bis zu „Oliver Twist" und den „Drei Musketieren" haben. Da fehlen nicht die „progressiven" „Digedag"-Folgen aus der „DDR" oder – nicht minder „progressiv" – die Produktionen der verschiedenen „alternativen Verlage" à la „Aus dem Leben einer Wohngemeinschaft" bis hin zu den diversen Horror- und Porno-Comics (bei denen dann unter „Bemerkungen" manchmal „Es existiert ein Raubdruck" oder „Auf der Liste der jugendgefährdenden Schriften" zu lesen ist). Selbst „Die Geschichte der roten Kindergardisten" und ähnliche Produkte der nach Europa schwappenden Kulturrevolution fehlen nicht.

Solcher Bibliographenfleiß ist natürlich eine Herausforderung, Lücken zu entdecken. Leicht ist das nicht. Als kleiner Triumph bleibt allenfalls, daß dem Autor offenbar Art Spiegelmanns „Breakdowns" in der deutschen Version von 1980 entgangen sind.

Eines aber lehrt das dicke Buch allemal: Was einst als gefährliches Augenfutter für potentielle Analphabeten galt, ist längst zur Lieblingskost intellektueller Legastheniker avanciert.

Das Leipziger Literaturinstitut „Johannes R. Becher" feiert 30. Geburtstag

Grund zur Selbstermutigung

An die tausend Absolventen sind mittlerweile aus dem Leipziger „Literatur-Institut Johannes R. Becher" hervorgegangen. Sie dürfen sich „Diplom-Schriftsteller" nennen, aber im literarischen Leben der „DDR" ist nicht viel von ihnen zu spüren. Und bei uns auch nicht. Zwar sind in den letzten zehn Jahren fast hundert Literaten aus der „DDR" in den Westen abgedriftet, aber davon nicht mal zehn Prozent als Diplom-Schriftsteller. Wo sind sie, die so teuer Ausgebildeten?

Am Geld kann es nicht liegen, daß die Ausbildung so wenig anschlägt. In der Villa in der Tauchnitzstraße bekommt man durchschnittlich etwa doppelt bis dreimal so viel Stipendium wie an anderen Hochschulen der „DDR". Und nirgendwo sonst dürfen Dozenten und Direktoren dem Studenten das Du anbieten, nirgendwo anders können sich Studenten von den Reinigungskräften mit Kaffee, Tee und Wurstbrötchen bewirten lassen.

Aber vielleicht liegt es am unheiligen Gründungsgeist, der noch heute über dem Institut schwebt: Alfred Kurella, einer der größten geistigen Scharfmacher der SED, stand am Anfang der Institutsgeschichte. Er setzte die Gründung, mit dem allmächtigen Parteisekretär Ulbricht im Rücken, gegen den Willen des damaligen Kulturministers Johannes R. Becher durch, der dann ironischerweise seinen Namen dafür hergeben mußte. Vorbild war das Moskauer Gorki-Institut, in dem einst Kurella selbst studiert hatte.

Wenn in totalitären Staaten Literatur und Künste gefördert werden, dann natürlich nicht, um diesen die unabdingbaren Freiheiten des Dichtens und Denkens zuzugestehen, sondern im Gegenteil, um sie auf Linie zu bringen. Das Prinzip heißt Zuckerbrot und Peitsche. Immerhin hat man im Becher-Institut, wie an jeder anderen Hochschule drüben auch, zwei Jahre lang die politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, den dialektischen und den historischen Materialismus, den wissenschaftlichen Kommunismus, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die russische Sprache zu pauken, bevor man sich den eigentlichen Fächern widmen darf. Hinzu kommen obligatorische Theaterbesuche und „freiwillige" Arbeitseinsätze in der sozialistischen Produktion.

Es ist in den dreißig Jahren Becher-Institut immer wieder zu schlimmen Insubordinationen von Schülern gekommen. 1968 wurde der Lyriker Odwin Quast vom Studium geschaßt, weil er sich der „Nichtteilnahme am Theaterbesuch" schuldig gemacht hatte, ebenso erging es den mittlerweile im Westen durch mehrere Bücher bekannt gewordenen Schriftstellern Paul Gratzik und Martin Stade, die sich zudem im Ernteeinsatz erlaubten, nach der neunten Nachtschicht, in der sie Kartoffeln zu Schweinefutter dämpfen mußten, ohne Erlaubnis für zwei Stunden ihre Tätigkeit zu unterbrechen und Bier trinken zu gehen.

Die Geschichte des Leipziger Becher-Instituts ist eigentlich nur aus der Perspektive der dort Gescheiterten interessant, denn deren Geschichte verdeutlicht ebenso wie die der Zensur „vom Negativen her die Macht des Wortes" (Günter de Bruyn). Das erste gültige Buch über den Beginn vor dreißig Jahren dürfte Ralph Giordano unter dem Titel „Die Partei hat immer recht" gelungen sein, und dieses autobiografische Werk geriet, wie konnte es auch anders sein, zu einer regelrechten Anatomie des Stalinismus.

Zu Giordanos Studienkollegen zählten damals auch Erich Loest und Fred Wander. Von den Talenten, die später dort das Vergnügen hatten zu studieren, aber aus politischen Gründen ohne Diplom abgehen mußten, gehören K. Bartsch, R. Kirsch, H. M. Novak, A. Reimann. Nach dem „Prager Frühling" leitete man am Becher-Institut unter der Leitung des damaligen Direktors Max Walter Schulz die bis dahin größte Säuberungswelle ein, der fast ein Drittel aller Studenten zum Opfer fielen, darunter Gerti Tetzner und Klaus Bourquain.

Martin Stade beschrieb in seiner nur im Westen veröffentlichten Erzählung „Exmatrikulation 68" die Situation auf exzellente Weise: „Im Institut war es still. Auch wir vier waren still, es verschlug uns die Sprache, daß wir hier saßen, an einem Sonnabend. Er war zum Gerichtstag erklärt worden, wir waren vors Tribunal bestellt und hatten das Gefühl, als seien wir wehrlos seinem Spruch ausgeliefert." Natürlich wurde sein Gefühl nicht enttäuscht. Als der Spuk vorüber war, reflektierte er: „Das einzig Interessante, was ich erfuhr, war der Umstand, daß die restlichen fünfzehn Studenten alle für unsere Exmatrikulation gestimmt hatten, während unserer Abwesenheit natürlich ..."

Gert Neumann und seine spätere Frau Heide Härtl kamen zuletzt an den Pranger. In Neumanns aufsehenerregendem Buch „Elf Uhr", ebenfalls nur im Westen erschienen, heißt es dazu lapidar: „Ich wurde exmatrikuliert. Die Exmatrikulationsformel lautete: ‚Sie vertreten mit Ihren ideologisch-ästhetischen Bekenntnissen Auffassungen, die revisionistischen Charakter tragen und mit der Lehrmeinung und dem Statut unseres Instituts unvereinbar sind.' Dann wurde ich aus der SED ausgeschlossen ... Die folgenden Jahre waren wie der Beginn eines Lebens. Ich erfuhr von der Weisheit der Wirklichkeit und lernte ihre transzendentale Würdestruktur kennen."

Gert Neumann entwickelte sich nach den fast typischen Stationen „Krankheit und Erschöpfung" zu einem der mutigsten Schriftsteller in der „DDR", der wie kaum ein anderer aus der Perspektive eines Hilfsarbeiters die Freiheit des Denkens und die Würde der Poesie gegen die „Sozialismusmaschine" zu verteidigen sucht.

Wenn freilich das Ergebnis dieser unglaublich inneren Freiheit und dieser moralischen Unbestechlichkeit irgendwie dem Literatur-Institut gutgeschrieben werden könnte, wäre vielleicht sogar die Existenz dieser Korruptionsanstalt mit dem Namen Bechers gerechtfertigt. Auf die Frage, ob dies zur Zeit von dem Dramatiker Hans Pfeiffer dirigierte Jubiläums-Institut ein Sprungbrett für junge, begabte Autoren sei, antwortete Erich Loest in einem Rundfunkgespräch: „Nein. Ein Sprungbrett ist es gar nicht. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieses Institut mehr für die Dozenten da ist als für die Studenten. Wer da als Professor, als Dozent ist, der sitzt warm und trocken. Die Zahl der Lehrer ist ungefähr so groß wie die der Studenten."

Ich halte es aber der Fairneß wegen für nötig, auf Georg Maurer (1907 – 1971) hinzuweisen, der am Becher-Institut jahrelang Poetik las, und zwar in faszinierender, wunderbarer Weise. Maurer, in der Bundesrepublik so gut wie unbekannt geblieben, war selbst ein großer Lyriker, und er war ein guter, verständnisvoller Lehrer, wie auch Gerhard Rothbauer, an den bestimmt viele Absolventen mit Wehmut zurückdenken.

Zum Jubiläum ist jetzt in Leipzig ein Band „Selbstermutigung – Erwägungen ums Schreiben" erschienen. Der Titel ist paradigmatisch. Denn Selbstermutigung, das haben sie bitter nötig, die schreibenden Jungs im sozial existierenden Realismus.

SIEGMAR FAUST



Faszinierende Neuentdeckung: Juliette Binoche – als Nina in Téchinés Film das Zentrum aller Leidenschaften FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Neu im Kino: André Téchinés Film „Rendez-Vous

Eine Arena der Ekstasen

In diesem Film ist richtig, wer den Eindruck hat, sein Gefühlsleben bewege sich in allzu ruhigen Bahnen. Hier küßt man sich und schlägt sich gleich darauf, quält sich im Beziehungskampf mit Eifersucht, Besitzanspruch, läßt Blitz und Donner aufeinander niederfahren. Man gibt sich hin aus Angst vor dem Alleinsein, verweigert sich aus Angst vor der Enttäuschung. Man sucht nach Liebe, notfalls mit Gewalt, und findet immer nur die eigene Leere. André Téchiné hat die Zusammenstöße arrangiert: „Rendez-Vous".

Nina, 18 Jahre jung, naiv, keck, unbekümmert, schön und egozentrisch, ist glücklich der Provinz entronnen. In Paris will sie als Schauspielerin Karriere machen. Gleich bei der Wohnungssuche verliebt sich der Immobilienagent in sie. Paulot heißt er und ist ein schüchterner, sensibler Freund der geordneten Bürgerlichkeit. Sein Wohnungsgenosse Quentin ist das weniger. Er will vor allem Nina nicht in der Wohnung haben. Sagt er am ersten Tag. Am nächsten stellt er ihr nach, gibt sich schwarz-romantisch oder ist gar besessen, denn er droht mit Selbstmord, sollte Nina ihn nicht erhören. Die hat wenig Sinn für Extreme, aber viel Sinn für Sinnlichkeit. Und da Quentin sie fasziniert, begibt sie sich mit ihm in die Arena der Ekstasen, der Ausbrüche und Verletzungen. Der gute Paulot verzweifelt schier.

Nach einer gescheiterten Aussprache stürmt Quentin davon und auf die Straße. Selbstmord? Unfall? Wechsel der Existenzebene? Fortan kann Nina sich noch weniger von ihm lösen. Der Verstorbene spricht und kämpft nun in ihr. An seinem Grab bringt ein Theaterregisseur posthum etwas Licht in Quentins Düsternis. Und nimmt sich Ninas an, will sie gar zur „Julia" trimmen, sie, die es gerade zum Dienstmädchen in einer Salonkomödie gebracht hat. Seine Zuneigung zu ihr ist väterlich, seine Arbeit mit ihr hart, seine Verläßlichkeit gering. Vor der Premiere verschwindet er. Paulot, auf einmal Ninas letzte Stütze, zerfetzt seine Theaterkarte. Nina, die in den Wechselbädern merkwürdig wenig gelernt hat, ist allein. Vorhang auf für Shakespeares Liebesdrama.

Téchiné ist deutlich weniger an eine Geschichte interessiert als am stets anders arrangierten Aufeinanderprallen der Emotionen. Diese Figuren, die zu Gespräch, Annäherung, Austausch nie wirklich fähig sind, verkörpern nur verschiedene Formen der Egozentrik. Jean-Louis Trintignant hat in dem verbrauchten und resignierten, deshalb im Grunde unbeteiligten Regisseur seine seit langem beste Rolle. Wadeck Stanczak, der harmlose Bürger, ist bemitleidenswert in seinem Wunsch nach Ordnung im Haushalt der Gefühle. Die Entdeckungen aber sind Juliette Binoche mit dem Erlebnishunger und dem gefährdeten Selbstbewußtsein des ehrgeizigen Provinzmädchens. Und Lambert Wilson, dessen fiebrige Wechselhaftigkeit den Film wesentlich prägt.

Allerdings ist Téchinés Kalkül stets zu spüren. Geräusche sind künstlich, die Explosionen spürbar vorbereitet, die Reaktionen raffiniert geplant. Da führt ein Chemielehrer seine erprobten Versuche vor und tut atemlos vor Aufregung des Effektes wegen. Der Zuschauer bleibt stets gebannt. Doch – trotz Cinemascope und porentiefer Kameraführung – in unverfänglicher Distanz.

DIETMAR BITTRICH

Lyriker, Romancier, Übersetzer und politischer Kämpfer: Witold Wirpsza (1918–1985) FOTO: H. GRÖHLER

Zum Tode des polnischen Dichters Witold Wirpsza

Frei hinter Stacheldraht

Er kam aus Odessa von jenseits der polnischen Grenzen, und seine Mutter war eine geborene Griechin. Dennoch kann man sich kaum einen polnischeren Autor vorstellen als Witold Wirpsza, der jetzt im Alter von 66 Jahren in West-Berlin verstorben ist. Er war stolz und er war charmant, von einer natürlichen Grandezza, die durch Humor und Trinkfestigkeit gemildert wurde. Er liebte sein Vaterland, war aber ein Kosmopolit durch und durch, der klassischen Literatur und westeuropäischen Lebensformen zugetan, von feinster Bildung und höchster Sprachempfindlichkeit. Seine Übertragungen von Brecht und Thomas Mann und Gottfried Benn ins Polnische gehören zu den Meisterleistungen der Zunft.

Seine eigenen Gedichte harren zum größten Teil leider noch einer kongenialen Übertragung ins Deutsche. Sie stellen ihn durch die Kraft ihrer Aussage und den Phantasiereichtum ihrer Bilder in eine Reihe mit Czeslaw Milosz, dem Nobelpreisträger im kalifornischen Exil, dem er auch in weltanschaulichen und politischen Fragen eng verbunden war. Wie Milosz war Wirpsza ein scharfer Räsonneur, der sich über jeden seiner künstlerischen Schritte penibel Rechenschaft abverlangte.

Mit dem autobiographischen Roman „Orangen im Stacheldraht" wurde er im Westen berühmt, einer Erzählung über polnische Offiziere im deutschen Kriegsgefangenenlager, die vom Reifen innerer Freiheit im Treibhaus räumlicher Unfreiheit kündet und so zur Metapher wurde für die Situation seines Landes während des Krieges und in den Jahren danach. „Orangen im Stacheldraht" wie auch die übrige, ebenfalls noch nicht übersetzte Prosa („Na Granicy", „Stary tramwaj") zeigen einen durch und durch originellen, die ganze Skala moderner Erzählmöglichkeiten beherrschenden Autor, der die Ungeheuerlichkeiten der Zeit bevorzugt mit dem Mittel der Groteske angeht, ohne dabei je die Contenance und den Humor zu verlieren.

Bei einem Mann wie Wirpsza war es nur eine Frage der Zeit, wann er mit dem kommunistischem Regime in Konflikt geraten würde. Eine ungenierte Analyse aktueller polnischer Grundbefindlichkeiten, das Buch „Pole, wo bist du?" im Jahre 1971, ließ die Behörden aufschäumen, führte zu einer öffentlichen Hetzkampagne und zu Provokationen der Geheimpolizei, denen sich der Dichter schließlich entzog, indem er von einem West-Berlin-Aufenthalt nicht mehr nach Polen zurückkehrte. Fortan wirkte er von Berlin aus als einer der führenden Köpfe der Emigration, denen die Kämpfer des Arbeiterkomitees KOR und der „Solidarność" viel zu verdanken hatten.

Doch nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen haben Wirpsza viel zu verdanken. Auf seine lässige, vornehme Art hat er immer wieder für gegenseitiges Verständnis und für Aussöhnung ohne Anbiederung geworben. Die Lücke, die er hinterläßt, ist wirklich groß.

GÜNTER ZEHM

Zürich: „Kaufmann von Venedig" eröffnet die Saison

Lanzelot in Unterhosen

Saisonauftakt im Schauspielhaus Zürich mit dem „Kaufmann von Venedig" unter Gerd Heinz. Aus der abgrundtiefen Tragödie des Juden Shylock ist ein Sammelsurium von Mätzchen und Klamauk geworden. Es beginnt schon damit, daß man die Übersetzung des Österreichers Richard Flatter gewählt hat, die kein Geringerer als Karl Kraus derart zerzaust hat, daß kein Auge trocken blieb, und zwar mit vollem Recht.

Es geht weiter mit dem Mißverständnis des Regisseurs Gerd Heinz, der allen Ernstes glaubt, Antonio, der Kaufmann von Venedig, sei die Hauptrolle des berühmten Stücks. Die Hauptrolle ist aber der Shylock. Er ist von allen großen Schauspielern in allen Ländern seit Hunderten von Jahren gespielt worden, von Kean und Garrik über Richardson bis zu Olivier, von Bassermann zu Werner Krauss und Kortner, von Laughton bis zu Barrymore. Wer, bitte, war in all diesen Aufführungen der Antonio? Das weiß kein Mensch mehr.

Aber Heinz weiß es besser. Die Titelrolle muß die Hauptrolle sein. Zwar tritt Antonio nur selten auf, hat ganz wenig zu sagen, aber er ist, immer nach Heinz, homophil, das heißt nicht ausübend homosexuell, und seine Liebe gilt dem jungen Bassanio. Es geschieht also aus lauter Masochismus, daß er seinem Liebling das nötige Geld besorgt, das dieser zur Brautwerbung braucht.

Und Shylock? Heinz wählt dazu einen bewährten Komiker, der nichts Dämonisches, nicht Erregendes, nichts Bedrohliches hat. Das hat schwerwiegende Folgen – für die Aufführung. Denn nur gegen den Hintergrund eines bedrohlichen Shylock sind die jungen Venezianer, die ihre Tage und Nächte damit verbringen, zu plaudern oder zu speisen, überhaupt erträglich. Ohne Shylock, gewissermaßen als Helden der Geschichte, stehen sie irgendwie nackt und völlig überflüssig da. Mit dem Hintergrund von Shylock wären sie immerhin so etwas wie ein Symbol der Lebensbejahung.

Heinz läßt sie fleißig „Konversation machen". Portias himmlische Ode an die Gnade wird zu einem geschäftsmäßigen Plädoyer vor Gericht. Das Liebesduett im fünften Akt – „In solcher Nacht" – verpufft, weil ohne jede Innigkeit, geschweige denn Sinnlichkeit vorgebracht. Die Faschingsnacht ist weder lustig, noch hat sie Tempo.

Profil haben allenfalls der Moor, der sogenannte Prinz von Marokko, dargestellt durch Alfred Pfeifer, die Portia (Eva Rieck) und ihre Genossin Merissa (Anne-Marie Dermon), die sich freilich auch einigem unterziehen müssen. Die sehr lustige Geschichte der bisher abgeblitzten Freier von Portia müssen sie aus einem Swimmingpool heraus erzählen. Lanzelot wird vom Schnürboden heruntergelassen, kein Mensch weiß, warum. Aber die Leute finden das teilweise recht komisch, wie auch einen späteren Auftritt des gleichen Schauspielers in Unterhosen.

Die Schauspieler sind eben nur so gut, wie Heinz sie läßt. Peter Arens als Antonio ist edel – mehr ist nicht drin. Die übrigen bieten fast alle höchstens Mittelmaß. Ja, und dann wäre noch zu berichten, daß ganz am Ende des Stückes, d. h. als es bei Shakespeare schon zu Ende ist, die Tochter Shylocks, die entführte und verführte Jessica, ein Lied singt. Und dieses Lied singt sie auf jiddisch. Warum, weiß wiederum kein Mensch. Verstanden haben dürfte es in Zürich auch keiner.

Summa summarum: Ein mißglückter Start, ein überflüssiger Abend. Die Reihe der mißglückten Shakespeareaufführungen unter Gerd Heinz wird immer länger.

CURT RIESS

KULTURNOTIZEN

Julian Beck, Schauspieler, Schöpfer des „Living Theater" und Regisseur in der Tradition Erwin Piscators, ist jetzt im Alter von 59 Jahren in New York gestorben.

Die Hockney-Ausstellung mit seinen Arbeiten für das Theater, die Londons Hayward Gallery zeigt (s. WELT v. 12.9.), wurde bis zum 6. Oktober verlängert.

Arbeiten der Preisträger im Bundeswettbewerb 1985 Kunststudenten stellen aus, sind vom 29. September bis 30. Oktober im Bonner Wissenschaftszentrum zu sehen.

Anläßlich James Deans 30. Todestag im September 85 zeigt das Deutsche Filmmuseum Frankfurt zwei Ausstellungen, die sich mit dem Star beschäftigen.

Römer und Germanen – so heißt eine Ausstellung von Gläsern, Bronzen und Keramik aus dem Rheinland, die das Lübcke-Museum Hamm bis 15. September zeigt.

Köln: „Gruppen" als „Musik der Zeit"-Thema

Genesis mit Trommeln

Das erste „Musik der Zeit"-Wochenende der neuen Saison beim Westdeutschen Rundfunk konnte sich auf einen konkreten Anlaß berufen. Denn da gab es einen Wettbewerb „Junge Generation in Europa" und das verständliche Interesse, die Preis-Werke vorzustellen, weil neben der Stadt, der Biennale Venedig und dem Pariser Festival d'Automne eben auch noch der WDR beteiligt war.

Die aufgeführten Preisträger alphabetisch. Aldo Brizzi ließ sich für „Il libro dell'interrogazione poetica" von der Genesis inspirieren, aber im Gedächtnis blieb vor allem das Aufgebot von sechs Schlagzeugern an Trommeln und Pauken, die knallige Zäsuren in die Sparklänge von (tiefem) Bläserquartett und Streichquintett schlugen. „Vox faucibus haesit" von José-Luis Campana stellt die Dinge sozusagen auf den Kopf: Nicht die Elektronik verfremdet den Klavierklang, sondern der Klavierspieler treibt Mimikry mit der Elektronik und kommt unter der Tarnkappe als Synthesizer, Harmonizer und was auch immer daher. Alles nach dem Motto: Ein ganzer Pianist macht ein halbes Elektronikstudio überflüssig.

Toshio Hosokawa nahm in Dan-Sô allerhand japanische Gedanken über Ton-Linien und Ton-Raum auf. Von Robert HP Platz spielte die unentbehrliche Carvin Levine „Flötenstücke" für Altflöte und sieben Instrumentalisten. Preisgekrönt auch noch „Durchlässige Zonen" von Nicolaus Richter de Vroe, gespielt vom Ensemble Modern.

Was dann zum Anlaß das Thema dieser „Musik der Zeit"-Veranstaltung gesellt: „Gruppen". Wofür also junge Komponisten heute komponieren. Nicht für Streichquartett oder Klaviertrio, sondern für ganz konkrete Gruppen. Johannes Kalitzke etwa sein biederes „Trio infernal" für das „trio basso" mit Viola, Cello und Kontrabaß: Drei (warum auch immer) Maskierte traktieren per Fuß ihre Trommeln, murren unartikuliert und produzieren schlichte Streichergeräusche. Claudio Ambrosini vertraute seine Klavier-Cluster und -Glissandi (da mußte Kristi Becker die händeschonenden Handschuhe anbehalten) dem Ensemble Köln an; Friedrich Schenker schrieb sein „Ach Bach" für die Gruppe Neue Musik Hanns Eisler aus Leipzig.

Insgesamt vier Ensembles in fünf Konzerten mit 13 Uraufführungen: ein Marathon, das das Wort „Wochenende" zum Euphemismus machte: Manches wollte kein Ende nehmen. Zum Beispiel Hermann Kellers „Szene" für acht Musiker und einen Dirigenten, an dem die Jungs aus Leipzig mal so richtig den Clown machen konnten, allen voran die Komiker der Truppe, also Friedrich Schenker, der großartige Posaunist, und Burkhard Glaetzner, der nicht weniger großartige Oboist.

Dennoch schien das Konzert des Leipziger Ensembles zum Substantiellsten zu gehören mit seiner aus der Gruppe gewachsenen oder ihr zugeschriebenen Musik. Zum Beispiel durchaus auch Schenkers Tribut ans Bach-Jahr mit aus Wortspielen bezogenen Tonreihen: allerhand Stimmiges, aber nicht nur nach der Art der Alten Meister, und richtiggehende Kontrapunktkünste. Oder eins der schönsten Stücke: Friedrich Goldmanns prächtiges Trio für Oboe, Cello und Klavier, das nun doch, wie von den alten Meistern sparsam in den Mitteln, die leisen eleganten Wirkungen bevorzugte.

DIETER SCHÜREN

JOURNAL

Kolloquium über Kultur und Geld

AFP, Paris

Um Kultur und Geld dreht sich ein internationales Kolloquium, das am 19. und 20. September in Paris veranstaltet wird. Fachleute des Kultur- und Bankwesens aus rund 20 Ländern erörtern Fragen wie Finanzierung, Garantien, Beteiligungen von und an Kulturprojekten und internationale Koproduktionen. Veranstaltet wird das Kolloquium vom seit zwei Jahren bestehenden französischen Institut für Finanzierung von Film und Kultur-Industrie (IFCIC). Schirmherren sind der französische Kulturminister Jack Lang, IFCIC-Präsident Jean Saint Geours und der Bankier Pierre Sarrazin.

Andrea Gabrieli zur Musik-Biennale

AFP, Venedig

Mit einer Messe von Andrea Gabrieli ist in Venedig das internationale Festival zeitgenössischer Musik eröffnet worden. Werke des Renaissance-Meisters stehen auch bei elf weiteren Konzerten auf dem sonst der Moderne gewidmeten Programm der Musik-Biennale. Um Zeitgenössisches geht es vor allem ab 21. September bis zum Festivalschluß am 1. Oktober. Das Programm dreht sich um die Gegenüberstellung der Komponisten-Avantgarde der 50er und der 80er Jahre.

Belgrader Festival mit Heidelberger Theater

dpa, Belgrad

Beim 19. Belgrader Theaterfestival, das bis zum 30. September in der jugoslawischen Hauptstadt stattfindet, wird die Bundesrepublik durch das Theater der Stadt Heidelberg vertreten. An diesem wichtigsten Theaterereignis in Jugoslawien nehmen Ensembles aus acht Ländern teil, darunter das Stockholmer „Pistolteatern" und die „Necessary Angel Co" aus Toronto. Daneben sind Bühnen aus Moskau, Paris, London, Ost-Berlin und Bukarest vertreten. Das Theatertreffen steht unter dem Titel „Klassik – Antiklassik".

Ungarische Autoren klagen über Druckereien

rst. Budapest

Ungarische Schriftsteller sind über die langen Druckzeiten ihrer Werke unzufrieden. Nach offiziellen Angaben beträgt die Durchlaufzeit beim Druck im Durchschnitt achteinhalb Monate, wobei die redaktionelle Arbeit der Verlage nicht mitgerechnet ist. Allerdings kommt es oft auch vor, daß die Herausgabe eines Buches zwei bis drei Jahre dauert. Vor allem Sachbücher sind dann beim Erscheinen inhaltlich oft überholt.

Museum Bonn stellt Rosemarie Trockel aus

DW. Bonn

Skulpturen, Strickbilder und um die 200 Zeichnungen von Rosemarie Trockel zeigt derzeit das Rheinische Landesmuseum Bonn (bis 6. Oktober). Rosemarie Trockel, Jahrgang 1952, zählt gleichsam zur „zweiten Generation" der neuen Kölner Kunstszene. Zu der Ausstellung ist ein Katalog erschienen (25 Mark), der allerdings mehr das bisherige Schaffen der Künstlerin aufgreift als die Ausstellung zu begleiten.

Reste einer römischen Siedlung gefunden

dpa, Den Haag

Bei Ausgrabungen sind im westlichen Teil der ostniederländischen Stadt Nimwegen Überreste einer römischen Siedlung aus den ersten drei Jahrhunderten n. Chr. gefunden worden. Es handelt sich um die ältesten bisher gefundenen Reste von Ulpia Noviomagus, der wichtigsten römischen Siedlung in den heutigen Niederlanden, die zwischen 70 und 270 nach Christus bestanden hat. Entdeckt wurden Teile einer Umfassungsmauer, die Reste eines sieben Meter breiten Stadtgrabens und zwei Backöfen für Töpferton.

Josef Tal 75

dpa, Jerusalem

Der aus Berlin stammende israelische Komponist Josef Tal wird heute 75 Jahre alt. „Ich lebe in Jerusalem, fühle mich sehr wohl, ich liebe gutes Essen und genieße die Gesellschaft meiner Gattin", sagte er kürzlich. Seinen Geburtstag will der 1934 in Palästina eingewanderte Musiker im Kreise seiner Familie und „ohne großen Zirkus" feiern. In Berlin ist kürzlich die Autobiographie Tals erschienen, dessen Werk orientalische Musik mit avantgardistischen Techniken verbindet. Tals Oper „Der Turm" soll 1987 in Berlin anläßlich des 750jährigen Bestehens der Stadt uraufgeführt werden. Das Werk befaßt sich mit der „mangelnden Kommunikation zwischen den Menschen" und enthält Szenen „aus dem Leben unserer Gesellschaft in der Gegenwart", sagte Tal.

Erzwingungshaft für Zeugen im Scholl-Prozeß

FLORIAN NEHM, Baden-Baden

Zum zweiten Mal platzte die mit großer Spannung erwartete Vernehmung des von der Verteidigung Hans-Otto Scholls benannten Entlastungszeugen Klaus Kessler-Seiffert (48). Er verweigerte gestern vormittag die Aussage.

Der Zeuge ist ein früherer Mandant des wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung angeklagten ehemaligen FDP-Politikers Scholl (52). Er habe sich, so Scholl bei seiner Vernehmung, für Kessler-Seiffert früher unter anderem bei dessen Gläubigern eingesetzt. Kessler-Seiffert soll auf betrügerische Weise ein Hotel gekauft haben und sitzt seit Ende 1984 in Karlsruhe in Untersuchungshaft. Schon am 10. September hatte er sich wegen seiner angeblich angeschlagenen Gesundheit für vernehmungsunfähig erklärt und war in Baden-Baden nicht zu seiner ersten Vernehmung vor Gericht erschienen.

Ein angeblich dringender Termin

Als Grund seiner gestrigen Aussageverweigerung gab er an, daß ihm sein Verteidiger nicht mehr beratend zur Seite stehen könne. Dieser hatte wenige Minuten zuvor den Gerichtssaal wegen eines angeblich dringenden Termins in Frankfurt verlassen. So sprach das Gericht nach kurzer Beratung eine fünftägige Erzwingungshaft gegen den Zeugen aus und ordnete seine erneute Vernehmung für den 8. Oktober an.

Angesichts der gegen ihn bestehenden Strafanträge in Karlsruhe und Baden-Baden wolle er sich nicht in eine „gefährliche Situation" manövrieren, erklärte der Zeuge Kessler-Seiffert. Deshalb lehne er jede Aussage ohne juristischen Beistand ab.

Nach Auffassung der Kammer reicht der von Kessler-Seiffert angegebene Grund jedoch nicht zur Verweigerung seiner Aussage aus. Selbst bei einer Vernehmung um 8.30 Uhr hätte sein Anwalt nicht darauf vertrauen können, daß diese bis neun Uhr bereits abgeschlossen sei. Eine Entscheidung, gegen die der Karlsruher Untersuchungshäftling sofortige Beschwerde ankündigte.

Schriftliche Aussage eines Diamantenhändlers

Scholl, in dessen Züricher Banksafe zwei Ringe aus der Baden-Badener Beute sichergestellt wurden, gab zu Prozeßbeginn an, diese Schmuckstücke am 3. Januar 1984 von einem Verwandten jenes Kessler-Seiffert in Zürich erhalten zu haben. Er habe, so Scholl, durch den Verkauf des Schmucks Geld für die Kaution des bereits damals in Untersuchungshaft sitzenden Klaus Kessler-Seiffert beschaffen sollen. Trotz umfangreicher Ermittlungen fehlt jedoch von dem angeblichen Überbringer der Ringe noch immer jede Spur.

Gestern wurde auch die Aussage eines Schweizer Diamantenhändlers verlesen, die sich in einigen Punkten nicht mit den bisherigen Angaben des Angeklagten Scholl deckt. Der 35jährige selbständige Diamantenhändler aus Zürich gab an, am 4. Januar 1985 einen Ring von Scholl angeboten bekommen zu haben, der angeblich seiner in Kairo lebenden Nichte gehöre. Sie wolle, so Scholl damals, jedoch nur den Smaragd, nicht den ganzen Ring verkaufen.

Beachtung fand auch die Anordnung des Gerichts, die beiden Scholl gehörenden Häuser mit dazugehörigen Gärten erneut zu durchsuchen. Gesucht werden eine Waffe, Patronen, ein Safe und ein schwarzer Koffer. Außerdem lehnte das Gericht die von Scholls Verteidigern beantragte Hörung des forensischen Psychologen Udo Undeutsch ab. Er sollte das Erinnerungsvermögen der Zeugen in Frage stellen.

Verfahren um Entführung Axel Sven Springers eröffnet

PETER SCHMALZ, München

Man spricht im gedämpften Kammerton, die Stimme des Vorsitzenden Richters ist schon in der dritten Zuhörerbank kaum mehr verständlich, und der Angeklagte verschluckt die Antworten zumeist. Er wird erst dann vom Richter gebeten, „ein bißchen lauter" zu sprechen, nachdem empörte Journalisten einen Zettel zum Richtertisch hatten bringen lassen.

Die Verhandlung vor der Münchner Jugendkammer scheint von Nachsicht und Verständnis geprägt mit einem jungen Angeklagten, der über Stunden hinweg mit weinerlicher Stimme das schlimme Schicksal beklagt, als einziges Kind wohlhabender Eltern zwar eine goldene Rolex am Arm zu tragen und einen Golf GTI zu fahren, von der Mutter aber stets kontrolliert zu werden.

Den Kontrast liefert Staatsanwalt Arno Greetfeld mit der Anklageschrift: Darin wird dem Angeklagten Robert Tilitzki (23), von Beruf „lediger Abiturient", vorgeworfen, gemeinsam mit seinem drei Jahre jüngeren Schulfreund Jörg Nawrocki und seiner 22jährigen griechischen Freundin Vasiliki Tsapoura in der Nacht zum 21. Januar dieses Jahres den Schüler Axel Sven Springer, Enkel des Verlegers Axel Springer, aus dem Schweizer Internat „Lyceum Alpinum" in Zuoz entführt und eine Lösegeldsumme von 15 Millionen Mark gefordert zu haben. Die Geldübergabe kam nicht zustande, woraufhin die Entführer ihr Opfer nach knapp dreitägiger Gefangenschaft auf dem Züricher Flughafen Kloten freiließen.

Staatsanwalt Greetfeld beschuldigt die beiden Schulfreunde der Verbrechen des gemeinschaftlich versuchten Menschenraubes in Tateinheit mit dem Verbrechen des gemeinschaftlichen erpresserischen Menschenraubes und der räuberischen Erpressung. Das Mädchen ist der Beihilfe angeklagt. Die drei Täter auf der Münchner Anklagebank sind geständig, ein vierter Komplize, der 24jährige Thomas Hägin, wurde vom Kantonsgericht Graubünden bereits zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Plan zu einer Entführung war im Herbst vergangenen Jahres entstanden, als das jetzt in München angeklagte Trio sich auf dem Berliner Rathenau-Gymnasium auf das Abitur vorbereitete.

Tilitzki wußte auch den geeigneten Ort: Er war drei Jahre auf dem Schweizer Lyceum und wußte, wie der Staatsanwalt formuliert, „daß dort Kinder vermögender Eltern ohne besondere Bewachung untergebracht waren". Militärkleidung, Handschellen, Maschinenpistole und Schrotflinte wurden besorgt, ein Cadillac als Tatfahrzeug gekauft.

Zur Tarnung sollte eine angebliche Abiturfeier im noblen Pariser Hotel Ritz dienen, wo der Name von Robert Tilitzki einen solchen Klang hatte, daß die drei auf Kredit in der teuren Suite wohnen konnten. Während das Mädchen im Zimmer blieb und gegenüber dem Personal den Eindruck erweckte, alle drei hielten sich weiterhin im Hotel auf, fuhren die beiden Männer in die Schweiz und gewannen Hägin, einen früheren Mitschüler Tilitzkis, als Mittäter. Zweimal scheiterten die Kidnapping-Versuche, nachdem sie in der Nähe des Internats in eine Radarfalle geraten und beim zweiten Anlauf ins falsche Zimmer eingedrungen waren.

Der dritte Versuch gelang: Unbemerkt waren sie durch ein offenes Toilettenfenster im ersten Stock eingedrungen, hatten Axel Sven Springer überwältigt, gefesselt und geknebelt und den Wehrlosen schließlich abgeseilt. Vorformulierte Forderungen und Erklärungen mußte der Entführte auf ein Tonbnd sprechen, das seiner Mutter in München telefonisch vorgespielt wurde.

Nach drei Tagen berichtete die Tagesschau über den Fall, woraufhin die Entführer ihr Opfer freiließen und kurz darauf gestellt wurden, als sie erneut versuchten, von der Familie Springer 200 000 Mark zu erpressen.

Die Strategie der Verteidiger Bossi und Ufer wurde bereits am ersten von elf Verhandlungstagen deutlich: Sie zielen auf verminderte Schuldfähigkeit zumindest für Tilitzki, da dieser unter einer starken Abhängigkeit vom Elternhaus gelitten habe und in seiner Persönlichkeitsentwicklung gestört sei. Psychiatrische Gutachten sollen diese These stützen. Der Prozeß wird morgen fortgesetzt.

Schulen sollen von Aids-Hysterie verschont bleiben

DW. Frankfurt

Noch wiegeln Politiker und Experten ab. Doch in den Kultus- und Gesundheitsministerien geht bereits die Furcht vor einer Aids-Hysterie an den Schulen um.

Das Problem kam ins Gespräch, als die WELT als erste deutsche Zeitung am vergangenen Dienstag (10. September) zum Thema Aids Stellungnahmen der Kultusministerien veröffentlichte. Dabei wurde deutlich, wie unvorbereitet die Behörden zu Beginn des neuen Schuljahres in dieser Beziehung waren.

Mit Sorge wird die Entwicklung in den USA betrachtet, wo es bereits Demonstrationen und Boykottaktionen aufgebrachter Eltern gegeben hat. Hierzulande hegen die Politiker gegenwärtig noch die Hoffnung, mit Hilfe von Broschüren und Beratung solche Entwicklungen verhindern zu können. Sie kämpfen dabei vor allem gegen mißverständliche Berichte über Aids-Fälle an Schulen.

An deutschen Schulen dürfte es mehr als 1000 an der Bluter-Krankheit leidende Kinder geben. 50 bis 80 Prozent dieser Bluter – das belegen Stichproben – sind Aids-Antikörperpositiv und damit potentielle Überträger der tödlichen Immunabwehrschwäche.

Dem Bundesgesundheitsamt in Berlin sind bislang drei Fälle von Aids-Erkrankungen bei Schülern bekannt geworden, bei denen es sich ausschließlich um Bluter handelt. Die Frage ist, ob sie vom Unterricht ausgeschlossen werden sollen oder nicht.

Die Kultusbürokratien der Bundesländer reagieren bislang unterschiedlich. Während im Saarland und in Rheinland-Pfalz in dieser Woche Informationsmaterial an die Lehrer verteilt wird („Was ist Aids?"), bietet Baden-Württemberg als erstes Land Einzelunterricht per Hauslehrer für infizierte Kinder an.

Am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden sich die Amtsleiter der Kultusministerien in Düsseldorf um eine einheitliche Linie bemühen. Der Rat der Experten ist eindeutig: „Wir müssen alles tun, um die betroffenen Schüler in den Schulen zu lassen", beschwört Professor Meinrad Koch vom Bundesgesundheitsamt (BGA) die Politiker.

Der Leiter der Aids-Gruppe im Bundesgesundheitsamt sieht nach dem Stand der Erkenntnisse keine Notwendigkeit, solche Kinder vom Unterricht auszuschließen. Als Bluter nähmen sie am Sportunterricht nicht teil, so daß die Gefahr einer Übertragung durch Verletzung vernachlässigt werden könne.

Und Professor Günter Landbeck von der Hamburger Universitätsklinik „weiß auch kein Argument" für eine Isolierung der Aids-Virusträger unter den Blutern. Die Gefahr des Nasenblutens könne heute durch Verätzen der Blutgefäße gebannt werden.

Sechsspurige Autobahnen gehören heute zum Bild der saudiarabischen Hauptstadt Riad

FOTO: DIE WELT

Vom Wüstennest zur Weltstadt

EBERHARD NITSCHKE, Köln

Vier Tonnen echten Wüstensand hatten die Veranstalter mit Jumbo-Jets herbeischaffen lassen, damit das Originalexponat „Nomadenzelt" auch wirklich auf Heimatboden stand. Geld spielte keine Rolle, so schien es, um eine Weltpremiere des Königreichs Saudi-Arabien zu verwirklichen: In Köln wurde von Seiner Königlichen Hoheit Prinz Salman Ben Abdul Aziz eine anschließend nach Stuttgart (4. Oktober) und Hamburg (6. November) weiterwandernde Ausstellung über die Hauptstadt Riad eröffnet – der wahrscheinlich erstaunlichsten Aufbauleistung, die je mit Petro-Dollars bezahlt wurde.

Dieses Riad, vor 40 Jahren noch eine Kleinstadt aus Lehmhäusern in einem Lande ohne Elektrizität, einem Land mit einer einzigen, 73 Kilometer langen, asphaltierten Straße außer Wüstenpisten, ist heute Millionen-Metropole eines Königreiches, dessen Ausdehnung stolz als „ungefähr ein Drittel der Größe des Festlandes der Vereinigten Staaten von Amerika" angegeben wird.

Mindestens 2000 Jahre lang hing der Wohlstand dieses Teils von Süd-Arabien vom Export der Myrrhe und des Weihrauchs ab. 1984 aber betrug das Bruttosozialprodukt des Staates, in dem neun Millionen Menschen leben, 150 Milliarden Dollar. Die Geschichte der Entwicklung Saudi-Arabiens zur Wirtschaftsmacht, unter reger Teilnahme deutscher Unternehmen, ist nahezu einmalig in der Welt.

Als der Bruder des Königs Fahd bin Abdul-Aziz die Riad-Ausstellung am Montag in der für diesen Zweck zum Prunkgebäude umgestalteten



Eröffnete die Riad-Ausstellung in Köln: Saudi-Prinz Salman

FOTO: DPA

Halle 5 der Messe Köln eröffnete, kamen 4000 Gäste, an der Spitze der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Es wären bedeutend mehr gewesen, so die am Eröffnungstag mit ihren Nerven fertigen deutschen Organisatoren, wenn man den heftigen Bewerbungen aus Wirtschaft und Politik um diesen Termin hätte nachgeben können. Doch die Saudis, die auch auf der vorangehenden Pressekonferenz in Bonn ihre Informationen nach dem Satz aus dem Koran „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, des Erbarmers" lieferten, hatten sich die penible Auswahl selber vorbehalten.

Sie hatten sich auch vorbehalten, daß die tragenden Pfeiler der Ausstellungshalle nicht viereckig, sondern rund sein mußten, was durch Goldkaschierung von der Decke bis zum Boden erreicht wurde. Unter der Fahne mit der Dattelpalme und den zwei gekreuzten Schwertern und der Inschrift „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Prophet" sieht man Kunst, Gebrauchsgegenstände und Bilder beeindruckender Bauten.

Zum Beispiel das vom „Obersten Aufsichtsrat für die Jugend" errichtete voll überdachte Stadion für 80 000 Besucher, die Islamische Universität für 10 000 Studenten mit 4700 Appartements für ledige und 3750 Wohnungen für verheiratete Studierende, technische Wunderwerke, sechsspurige Stadtautobahnen.

Bei allem Stolz auf die Eigenleistung: Scheich Rashad Nowilaty, Botschafter Saudi-Arabiens in Bonn, räumte ein, daß die Idee zu der Ausstellung aus der Nahost-Abteilung der Deutschen Welle gekommen war.

Bombenanschlag auf das Café de Paris

KLAUS RÜHLE, Rom

Wenige Stunden nach dem Terroranschlag auf das berühmte Café de Paris in der Via Veneto gab der Polizeipräsident von Rom gestern die Identität eines der vermutlichen Täter bekannt. Es handelt sich dabei um den 27jährigen Palästinenser Ahmad Ali Hossen Abu Sereya aus dem Beiruter Flüchtlingslager Borsch el Braschneh. Sereya, der unmittelbar nach der Tat von der Polizei festgenommen worden war, trug einen gefälschten marokkanischen Paß bei sich. In seinem Hotelzimmer wurden 1000 Dollar und eine Million Lire Bargeld gefunden.

Der Anschlag auf das Café, in dem Fellini seinen berühmten Film „La dolce vita" gedreht hatte, ereignete sich Montag abend kurz nach elf Uhr. Ein Mann warf zwei Splittergranaten, von denen eine explodierte, mitten unter die Gäste, zumeist Touristen, die in der lauen römischen Spätsommernacht Longdrinks und Cocktails schlürften. 38 Personen wurden verletzt, fünf von ihnen schwer. Unter den Verletzten befindet sich nach Berichten aus den Kliniken ein in Rom akkreditierter Diplomat. Nach Auskunft der Polizei sind auch zwei Deutsche unter den Betroffenen.

Das ganze spielte sich in wenigen Sekunden ab. Zwei oder drei dunkelhäutige Männer – Zeugen gaben einander widersprechende Berichte vom Ablauf der Tat – kamen in einem weißen Auto angerast, stoppten kurz vor dem Café de Paris, warfen die beiden Handgranaten zwischen die Besucher auf der Terrasse vor dem eleganten Café und sprangen wieder in den Wagen, ließen den Motor aufheulen und verschwanden in einer der Nebenstraßen. Eine der beiden Granaten blieb auf dem Rasen liegen und wurde später von Spezialisten mit Sand zugedeckt und entschärft.

Die Szenerie verwandelte sich blitzartig. Blut spritzte von Tisch zu Tisch und schreiende Menschen suchten verzweifelt Schutz und Dekkung. In wenigen Minuten wimmelte es von Polizisten, Carabinieri und Spionageabwehr. Denn es bestand von Anfang an kein Zweifel, daß es sich um einen politischen Anschlag handelte. Gegen wen, war gestern jedoch noch unklar.

Die amerikanische Botschaft liegt etwa 100 Meter vom Café entfernt. Dessen Besitzer ist Syrer. Das könnte ein Fingerzeig sein. Er wurde nach Auskunft der Ärzte am schwersten verletzt. Die geworfenen Handgranaten sind vom gleichen sowjetischen Typ F 1 wie jene, die vor ein paar Jahren beim Anschlag gegen die römische Synagoge verwendet wurden.

Die Szene hatte einen prominenten Augenzeugen in Peter Falk, dem berühmten „Columbo" aus der gleichnamigen amerikanischen Fernsehserie, der derzeit ein Appartement im Hotel Excelsior genau gegenüber dem Café de Paris bewohnt.

Anwohner müssen Kinderspielplatz dulden

dpa, Koblenz

Der von einem Kinderspielplatz ausgehende Lärm muß von den Anwohnern grundsätzlich ebenso hingenommen werden wie die alltäglichen Geräusche von Kraftfahrzeugen oder Rasenmähern. Das entschied jetzt das Koblenzer Oberverwaltungsgericht (OVG). Die Richter bekräftigten, ein Spielplatz im Wohngebiet sei nicht nur zulässig, sondern sogar geboten, um für Kinder gefahrlose Spielmöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zu den elterlichen Wohnungen zu schaffen. Entsprechend müßten Richtlinien dafür sorgen, daß diese Einrichtungen möglichst zentral sind. (AZ: 1 b 38/85)

Ersatz für Asbest

DW. Berlin

Asbest-Erkrankungen beherrschten vor einiger Zeit die Schlagzeilen. Jetzt legt das Umweltbundesamt in Berlin seinen zehn Bände umfassenden Katalog mit Asbest-Ersatzstoffen vor. Darin werden Einsatzmöglichkeiten für Asbest-Ersatz geschildert. Vorhandene Stoffe, die dieselben Gebrauchseigenschaften wie Asbest haben, werden noch immer aus „alter Gewohnheit, Unkenntnis oder einseitigen Kostenerwägungen unzureichend genutzt", klagt die Bundesbehörde. Der Katalog ist beim Umweltbundesamt, 1 Berlin 33, Bismarckplatz 1, zu erhalten.

Fluglotsenstreik

AFP, Paris

Frankreichs Fluglotsengewerkschaften haben für heute und morgen einen Streik angekündigt, der nach Ansicht der Pariser Flughafenbehörden auch internationale Auswirkungen haben wird. Die Inlands-Fluggesellschaft Air-Inter hat bereits sämtliche Flüge außer nach Korsika annulliert. Auch die Fluggesellschaft Air-France hat die Streichung von Flügen in Aussicht gestellt.

Laura Ashley gestorben

dpa, London

Die britische Modeschöpferin Laura Ashley ist gestern im Alter von 60 Jahren in einem Krankenhaus in Coventry gestorben. Nach einem Sturz von einer Treppe hatte sie mehrere Tage im Koma gelegen. Laura Ashley leitete ein in vielen Ländern vertretenes großes Textil- und Modeunternehmen, das vor allem durch seinen Romantik-Look bekannt wurde.

Gift in Gummibärchen?

rtr, Stuttgart

Das giftige Diäthylenglykol, das bisher vor allem in Weinen und einigen Tabak-Sorten gefunden wurde, ist jetzt auch in Gummibärchen entdeckt worden. Ein Sprecher des baden-württembergischen Gesundheitsministeriums teilte gestern in Stuttgart mit, die chemische Landesuntersuchungsanstalt habe den Stoff in zwei von 13 Gummibärchen-Proben nachgewiesen. Die Werte seien jedoch „nicht so dramatisch".

ZU GUTER LETZT

„Ein Besuch bei den Halswendern in West- und Ostaustralien." Aus dem Programm der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Herpetologie und Terrarienkunde e. V.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: An der Nordflanke eines Hochs über Süddeutschland führen atlantische Tiefausläufer wolkenreiche Luft in die nördlichen Teile Deutschlands.

Vorhersage für Mittwoch:

Süden: Vielfach sonnig. Temperaturen um 20 Grad. Nachts bei 7 Grad. Schwachwindig. Norden: Stark bewölkt und etwas Regen. Temperaturen zwischen 16 und 20 Grad. Nachts um 12 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Am Donnerstag im Süden weiterhin sonnig, auch im Norden wieder freundlicher und wärmer.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	28°
Bonn	18°	Kopenh.	12°
Dresden	15°	Las Palmas	21°
Essen	15°	London	20°
Frankfurt	16°	Madrid	20°
Hamburg	17°	Mailand	20°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	16°	Moskau	11°
Stuttgart	17°	Nizza	27°
Algier	25°	Oslo	13°
Amsterdam	18°	Paris	17°
Athen	26°	Prag	15°
Barcelona	24°	Rom	26°
Brüssel	16°	Stockholm	12°
Budapest	21°	Tel Aviv	30°
Bukarest	22°	Tunis	22°
Helsinki	13°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.02 Uhr, Untergang: 19.28 Uhr; **Mondaufgang:** 13.22 Uhr, Untergang: 21.27 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Der Bhagwan fürchtete um sein Leben

SAD, Rajneeshpuram

Im Reiche des Liebes-Gurus Bhagwan Shree Rajneesh hat es einen Aufstand gegeben. Aber da sich offensichtlich der Guru und ihm Getreue behaupten und durchsetzen konnten, sind nun die Meuterer auf der Flucht.

So jedenfalls stellt es der Guru selbst dar: Er sprach am Sitz der Sekte im US-Bundesstaat Oregon zu etwa 2500 seiner Anhänger.

Dabei erhob er gegen die Meuterer und Flüchtlinge, die sich neuerdings entweder in der Schweiz oder der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, schwere Vorwürfe: „Sie haben versucht, Mitglieder unserer Kommune umzubringen", sagte Rajneesh. „Sie hätten selbst mich ermordet, weil sie davon einen großen Vorteil gehabt hätten. Mein Schweigen war zwar schon günstig für sie, meine endgültige Abwesenheit jedoch wäre für sie noch viel günstiger gewesen. Wir werden die Beweise für unsere Vorwürfe den staatlichen Organen übergeben."

Anführerin der Bhagwan-Gegner war offenbar Ma Anand Sheela, die vermutliche Hauptgeliebte des Gurus und für die Kommune „Internationale Beziehungen" zuständig. Sie leitete auch die von Bhagwan international betriebenen Diskotheken, Restaurants und Bauunternehmen, die jährlich Milliarden umsetzen.

Die 35jährige Sheela, ihre Mitmeuterer und Mitflüchtlinge sollen, so der Guru, finanzielle Mißwirtschaft ge-



Ma Anand Sheela meuterte gegen den Guru und floh

FOTO: DPA

trieben haben, so daß die Kommune nunmehr Schulden in Höhe von 55 Millionen Dollar zu beklagen habe. „Sheela unterhält wahrscheinlich in der Schweiz ein Nummernkonto", sagte der Guru vor seinen Anhängern. „Dorthin hat die Gruppe der Ungetreuen sicherlich auch Geld geschickt."

Nach dem internen Machtkampf setzten sich mit Sheela eine nicht unerhebliche Zahl „Bhagwan-Prominente" nach Europa ab: Ma Anand Puja, Chef des Sanitätsdienstes der Sekte, Swani Krishna Devai, Bürgermeister des Sektenhauptsitzes Rajneeshpuram, Richter Ma Prem Homa, Finanzdirektor Ma Anand Su sowie die Funktionäre Rajneesh Neo-Sannyas, Ma Yoga Vidyai, Ma Shanti Bhardai, Ma Prem Savita, Ma Deva Ritka und Ma Anand Durga.

„Wir mußten eine schmerzliche Lektion lernen", sagte Ma Perem Isabel, die Pressesprecherin des Gurus. „Wir mußten nun erkennen, was erlangte Macht aus Menschen machen kann. Wir sind schwer enttäuscht und sehr schockiert."

Die Sekte zählt inzwischen um eine halbe Million Mitglieder. Mehrere Tausend leben auf dem 30 000 Hektar großen Gebiet im US-Staat Oregon, wohin der Guru 1981 aus der indischen Stadt Poona gezogen war. In Oregon führt die Sekte seit mehreren Jahren Prozesse um die Rechtmäßigkeit des Landkaufs.

Benno Sterzenbach ist tot

Hunderttausende von Science-fiction-Fans lernten ihn Mitte der sechziger Jahre kennen, als er als Kommandant General Wamsler das Raumschiff Orion in der Fernsehserie „Raumpatrouille" durch die Fährnisse des Weltalls steuerte, assistiert von Dietmar Schönherr und Eva Pflug. Später prägte sich sein markantes Gesicht den TV-Zuschauern in zahlreichen „Derrick"-Folgen ein.

Aber das war nur die eine Seite des Mimen, denn ehe das Fernsehen kam, war Benno Sterzenbach schon längst ein großer Schauspieler, der auf allen wichtigen deutschsprachigen Bühnen gestanden hatte. Er war in Hamburg zu sehen, in Zürich und in München, wo er während der Ära Hans Schweikart an den Kammerspielen seit 1957 engagiert war und wo er, quer durch den schauspielerischen Garten sowohl die Klassiker als auch die Moderne spielte. Von Aischylos bis Dürrenmatt reichte die Palette seiner Darstellerkunst.

Sterzenbach wurde am 3. März 1916 in Osnabrück geboren; seine Schauspiel-Ausbildung erhielt er in Frankfurt. In späteren Jahren zeigte er, des Festengagiertseins überdrüssig, eine besondere Vorliebe für Gastspiele quer durch die gesamte Bundesrepublik. Der Film mochte sich diesen Charakterkopf natürlich nicht entgehen lassen; ebensowenig das Fernsehen, das ihn mit handfesten, kernigen Rollen versorgte – wie die des Kfz-Meisters Brensberger in der Serie „PS". Für die nächste Theatersaison war er schon fest „verplant". Vergangenen Freitag ist er im Alter von 69 Jahren in Feldafing am Starnberger See gestorben. KASIMIR KANDLER

Starb mit 69 Jahren: Benno Sterzenbach

FOTO: DIE WELT